

In diesem Heft

Editorial 739

Essay

GERHARD ZWERENZ
Das Trotzki-Tabu 741

Deutsche Jubiläen

RUTH MAY
Stalinstadt 1955.
Der »Neue Mensch«, vom Westen aus betrachtet.
Ein *Quick*-Report 747

ULRICH BUSCH
Friedrich Nietzsche
und die DDR 762

Standorte

CHRISTOPH JÜNKE
Auf zum letzten Gefecht?
Zur Kritik an Domenico Losurdos Neostalinismus 778

Antifaschismus

SIMONE BARCK
»Grundfrage: Antifaschistischer Widerstand«.
Zur Widerstandsrezeption in der DDR bis 1970 786

JULIANE WETZEL
Zur Widerstandsrezeption in der BRD bis 1989 797

(REINHARD OPITZ)
Ein schnellwirkendes Heilmittel ... 805

Utopie-Geschichte

RICHARD SAAGE
Utopia als selbstreflexive Vision.
Zu Ursula K. Le Guins »Planet der Habenichtse« 808

Konferenzen & Veranstaltungen

ARNDT HOPFMANN
Effiziente Pflanzenproduktion mit Hilfe von Gentechnik? 821

Festplatte

WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 824

Bücher & Zeitschriften

André Hahn:
Der Runde Tisch.
Das Volk und die Macht –
politische Kultur im letzten Jahr der DDR
(FRITZ VILMAR) 826

Fritz Reheis:
Die Kreativität der Langsamkeit.
Neuer Wohlstand durch Entschleunigung,
(JENS LANGER) 828

Christian Girschner:
Politische Ökonomie und Weltmarkt.
Allgemeine Weltmarktdynamik in der
Marxschen Kritik der politischen Ökonomie
(ARNDT HOPFMANN) 829

Summeries 830

Editorial

Geschichte ist das, was eine Gesellschaft aus der Vergangenheit erinnert, ist das, was sie für hinreichend wichtig hält nicht zu vergessen. Mit dem vergangenen Geschehen hat das oft nicht allzu viel zu tun. In der Bundesrepublik sind die Heldengedenktage von einst der Währungsreform und dem 17. Juni gewichen; an den Tag von Potsdam hingegen mag man nicht so gern erinnert werden – der 20. Juli ist da weit willkommener. Das Erinnern ist in seiner Auswahl also sehr willkürlich, folgt aber einer gewissen Rationalität. Jede Elite bedurfte bisher eines historischen Koordinatensystems – nicht nur, um sich zu legitimieren, mehr noch, um sich selbst zu vergewissern. Auch Tony Blair und Gerhard Schröder werden die Vorteile solcher Verfahren eines Tages bemerken, Blair wahrscheinlich etwas früher. Vorläufig aber dünken sie sich noch einzigartig, nicht nur unwiederholbar, sondern selbst frei von jeder Wiederholung. Wir leben in großen Zeiten.

Weit scheinrationaler fällt die Festlegung aus, wann was erinnert wird. Denn die moderne Gesellschaft ist der Faszination einer Ziffer erlegen. Aus der Null sind die Krücken geformt, an denen sich die Erinnerung dahinschleppt. Im August steht folgendes Potpourri an: Friedrich Nietzsches Todestag jährt sich zum einhundertsten Mal; Leo Trotzki's Ermordung ist nun sechzig Jahre her. 1950 wurde der Grundstein für die Wohnstadt des Eisenhüttenkombinats Ost gelegt, wenig später zur »ersten sozialistischen Stadt Deutschlands« erkoren. Vor zehn Jahren – da gaben wir die erste Ausgabe von »UTOPIE konkret« in Druck. Letztes Datum ist nicht so erschütternd. Es hat aber mit den drei anderen Daten genauso viel und so wenig tun wie diese drei untereinander. Im Feiertagskalender herrscht die reine Willkür – der Null.

Nietzsches werden sich alle erinnern. Der Schönschauwettbewerb in der Disziplin Deutsche Geschichte ist er kein Unbekannter. Der wurde in der Ex-BRD vor Jahrzehnten mit ihm eröffnet; dort liegt er uneinholbar vor Carl Schmitt, Ernst Jünger, Leni Riefenstahl und Hitlers Beauftragten für die Kriegswirtschaft. Das Neue in diesem Jahr: Ein vergeistigter Nietzsche findet auch im deutschen Osten statt.

Zugegeben, er war mir immer ein bißchen widerlich, wenngleich ich seine weisen Worte über die Familie gern auf den Lippen führe. Die verklemmte Schwüle, seine Angst vor dem Weibe und sein mutig unter der Bettdecke hervorludender Größenwahn schienen mir stets abstoßend, mit zunehmendem Alter auch lächerlich, aber nie

gefährlich. An diesem Punkt war mir Wolfgang Harich immer besonders unverständlich. Aber das muß nicht an ihm gelegen haben.

Nietzsche, auch wenn er das Gegenteil eines Antisemiten war, paßte zu Hitler, wie der zur deutschen Gesellschaft nach dem Ersten Weltkrieg paßte. In Hitlers Händen war das Pfarrerskind gefährlich. Heute sind beide im wahrsten Sinne des Wortes unmodern, heute sind ganz andere Typen gefährlich. Mag sich an Nietzsche also delectieren, wer es braucht. Wir beschränken uns auf unsere Chronistenpflicht: Ulrich Busch beschreibt das verklemmte Verhältnis der DDR zum Verklemmten aus Röcken.

Leo Trotzki ginge uns da weit mehr an. Trotzdem werden unsere Hirne – entstalinisiert, wie sie nun einmal sind – vom Pockennarbigen aus Gori in der Zwinge gehalten. Auch Atheismus ist nur eine Form von Theismus – und der Antistalinismus eine Form des Stalinismus. Mit dem verdrängten Trotzki, über den Gerhard Zwerenz spricht, den Antistalinismus so weit zu treiben, daß man sich endlich von ihm emanzipierte – das wäre eine Aufgabe. Die Zeichen stehen aber eher auf Abwehr des Neostalinismus – wie nicht nur Christoph Jünke meint.

JÖRN SCHÜTRUMPF

GERHARD ZWERENZ

Das Trotzki-Tabu

Beim Betrachten der hunderttausend Sympathisanten, die alljährlich im kalten Januar auf den Straßen Berlins der ermordeten Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gedenken, fällt die deutsche Stille um Leo Trotzki auf, die nur noch der russischen Stille gleicht, ein tiefes Loch aus Unkenntnis, Desinformation, Verlegenheit und Phantasiemangel. Während Frankreich mit zwei höchst vitalen trotzkistischen Parteien lebt, erschöpfte sich die 4. Internationale bei den Westdeutschen in den üblichen linksradikalen Differenzen, deren letzte Klammer die Hochachtung sein mag, die dem einzigen überlebenden deutschen Trotzkisten entgegengebracht wird, den auch hier herzlich zu grüßen ich nicht anstehe: Jakob Moneta, der 86jährige, unverzagt die Erneuerung des Marxismus lebend, mit einer trotzkistischen Unbestechlichkeit Einspruch erhebend, deren Konsequenz in der fatalen schmerzhaften Einsicht mündet, daß die deutsche Entwicklung des revolutionären Marxismus schon mit dem Thälmannschen ZK auf die erst bürokratische, dann liquidatorische Stalin-Linie geriet.

Das deutsche Trotzki-Tabu der Nicht-Erinnerung und Nicht-Wahrnehmung gleicht teils der russischen Fatalität, denn wer sich vorzustellen wagt, welchen Weg die junge Sowjetrevolution eingeschlagen hätte, wäre nicht Stalins Devise vom Sozialismus in einem Lande, sondern Trotzki's Konzeption der permanenten Revolution bestimmend gewesen, der ist auf den geschichtlichen Konjunktiv verwiesen: Wir wissen nicht, was daraus geworden wäre. Was mit Stalin geworden ist, wissen wir dagegen spätestens seit Anfang der neunziger Jahre genau: Der von Trotzki vorausgesagte Sieg des Kapitals über das Stalinsche Modell traf ein, doch schon der Gedanke daran wird nicht gedacht, denn in der alten BRD war Trotzki's eine so minimale wie possierliche Fußnote der Zeitgeschichte, bestensfalls für Geheimdienste interessant, in der DDR aber ein überdimensional sich erstreckender weißer Fleck, wenn auch voller Drohungen mit Parteiausschluß und weit Gefährlicherem. Das Tabu wirkt weiter, nur einige Autoren von Peter Weiß bis Ernst Jünger zogen vor Trotzki hin und wieder den Hut, denn es verschaffte in intellektuellen Kreisen einen Hauch rebellischer Aura.

Tatsächlich verlor die Sowjetgesellschaft nach Lenins Tod mit dem Sieg Stalins über Trotzki ihre revolutionäre Alternative, und der laut Trotzki »russische National-Sozialismus« breitete sich in der Folge seines Sieges über den deutschen Nazismus gen Westen

Gerhard Zwerenz –
Jg. 1925, Schriftsteller.
1952 Philosophiestudium
in Leipzig bei Ernst Bloch;
1957 Übersiedlung
in die BRD;
Werke u. a.: Kopf und
Bauch. Die Geschichte
eines Arbeiters, der unter
die Intellektuellen gefallen
ist (1971);
Der Widerspruch. Autobiog-
raphischer Bericht (1974,
1991 bei Aufbau Taschen-
buchverlag); Die Rückkehr
des toten Juden nach
Deutschland (1986).
Von 1994 bis 1998 war
Gerhard Zwerenz mit
PDS-Mandat Mitglied des
Deutschen Bundestages.
In »UTOPIE kreativ« u. a.:
Herr Bundeskanzler Dr.
Helmut Kohl – persönlich –
(Offener Brief zur deutschen
Militärpolitik), Heft 75
(Januar 1997) und Heft 76
(Februar 1997);
»Verräter und Agenten –
Denunziation als politisches
Kampfmittel« (Vortrag auf

der PDS-Geschichtskonferenz »Realsozialistische Kommunistenverfolgung. Von der Lubjanka bis Hohenschönhausen«, Heft 81/82 (Juli/August 1997) und Konferenzbanda-Sonderdruck Dezember 1997; Sozialismus als Barbarei? Die 12 Merkwürdigkeiten des Schwarzbuches, Heft 99 (Januar 1999); September & Orwell, Heft 107 (September 1999); Die dunkle Rückseite des Mondes oder Nietzsche kam bis Stalingrad, Heft 115/116 (Mai/Juni 1999).

hin aus, was unseren deutschen Sozialismus-Versuch mit einer doppelt nazistischen Entfremdung belastete. Dies zu erkennen, macht erst die erstaunliche Leistung deutlich, die in der DDR dennoch vollbracht wurde, mit der schweren Erbschaft Hitlers am Bein, den Stalinschen Fesseln im Hirn und der ständigen Kapitalbedrohung vor der Tür. Hinzu gesellte sich die strafbewehrte Verpflichtung zur Sklavensprache. Als Ernst Bloch auf der *Fortschrittsschrittskonferenz* Berlin 1956, ermutigt von Chruschtschows Antistalinrede anmerkte, jetzt müsse endlich *Schach statt Mühle* gespielt werden, wirkte das Bild als Verstoß gegen die parteidisziplinierte knechtische Sprachregelung, das Konferenzprotokoll wurde verboten und der Philosoph des *aufrechten Ganges* zum Kriechgang gezwungen.

Pendant zur Moskauer Sklavensprache war und ist das Kapitalkauerwelsch, als dessen jüngsten Jargon wir das globalisierende Börsianisch genießen dürfen, das die Goldesel noch in der Pleite schrill IAH schreien läßt, und diese oratorische Verballhornung des Gedankens, der nur mit seinen Platinkettchen rasseln darf, ist der wahre Universalismus dieser Welt, der die liebe UNO zur Spottgeburt verformt. Innerhalb dieser aufgeblasenen Finanz- und Spekulationskultur war und ist die Gesellschaftsanalytik der deutschen Trotzlisten-Sektion ein Garten Eden von Ratio und Luzidität. Daß der deutsche Trotzismus seinem minimalen Sektionszustand gleichwohl nicht zu entrinnen vermag, liegt an seiner Unfähigkeit, dem großen Schatten des Meisters innovativ zu entkommen. Mit der Austreibung Trotzkis aus der SU entbehrte der Marx-Schüler und Lenin-Gefährte direkter Gesellschaftspraxis, und das erzwungene Manko wurde bei seinen deutschen Jüngern zur erhabenen Weisheitsverkündung: Sie wissen zwar alles besser, können aber nichts Besseres erreichen. So sind sie die klugen Zwischenrufer, deren Worte durchaus erleuchten, doch mangels Reichweite schnell verlöschen. Immerhin bilden sie eine Schule der schärfsten marxistischen Analytiker und ihre hochgestochenen Kritikwerke an KPD, DKP, SPD, PDS sind lesenswert, bleibt nur der Phantasieverlust zu beklagen, die Nachahmungstechnik führt zu Eklektizismus und Dogmatismus, das ist so als begnüge sich ein Biologe im Jahr 2000 mit der Lektüre von Darwins »Entstehung der Arten«. Mit dem Klassiker begann diese Wissenschaft, doch findet sie damit nicht ihr Ende.

Das Scheitern der Sowjets ist nicht in der Marxschen Analyse des Kapitals begründet, sondern im zu abstrakten Utopismus der Revolutionstheorie von Marx. Kurz gesagt: Am Tag nach dem Sieg wissen die Revolutionäre nicht, wie es weiter gehen soll, was Lenin in seinen letzten Lebensjahren nicht unbekannt blieb. Seine Vermutung, die Bürokratie bewirke den revolutionären Stillstand und Niedergang, erwies sich zwar nicht als falsch, verharrte jedoch an der Oberfläche.

Der Dualismus der herrschenden Parteiklasse, der sich nach Lenins Tod in Trotzki und Stalin personalisierte, entsprach dem vorangegangenen Marxschen Dualismus. Als Endergebnis müssen wir konstatieren: Stalins Modell triumphierte über Nazideutschland und das verdient den Respekt aller Antifaschisten. Allerdings wird

der stark vermindert durch die fatale Niederlage des revolutionären Marxismus, die weniger deutlich erkennbar ist, weil die weltweit sichtbar erfolgreiche Sowjetunion lange Zeit den inneren Verfall kaschierte, bis er als unleugbar endgültiger Zusammenbruch in den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts zutage trat.

Die Frage nach der Zwangsläufigkeit des Niedergangs führt zum Anfangsfehler zurück, der Marxschen Überschätzung von Revolutionen, deren politische und moralische Berechtigung er mit dem Glanz teleologischer und theologischer Endzeitphantasien versah. Der religiöse Erlösungsgedanke erschien gesellschaftlich drapiert als klassenloser Himmel auf Erden – ein frommer Wunsch im wissenschaftlichen Gewand, und eine verlockende Gelegenheit für Herrschaftslüstlinge, im Namen vorgegebener Klassenlosigkeit die eigene Macht als *Neue Klasse* auszuüben. Auch dies eine Parallele zum bourgeoisen Berufspolitiker im Zeichen erst des Antikommunismus und hernach der globalen Kapitalhegemonie.

Als Reaktion auf die Mißbräuche und Verbrechen der *Neuen Klasse* ist der Absturz der kommunistischen Parteien, die Schwäche der Sozialisten, ein stärkerer Rechtsdrall der Sozialdemokraten und eine psychopathologische Verzweiflung der vormals Gläubigen zu beobachten. Falls dies nicht der Vorbote einer Negation aller humanen Politikversuche sein sollte, ein bedingungsloser Übertritt ins globale Reich der Reichen, wird die Suche nach Auswegen oberstes Gebot. Sehen wir also nach, ob Trotzki heutzutage noch aushelfen könnte.

Nehmen wir als erstes die Frage vorweg, ob nicht eine von Trotzki statt Stalin geleitete Sowjetunion Hitlerdeutschland hätte ebenfalls widerstehen können. Diese Möglichkeit zu durchdenken kann tröstlich sein, die Antwort scheidet wiederum am Konjunktiv, der ins Reich der Spekulationen führt, wo die Beliebigkeit herrscht. Nicht ganz so beliebig, aber eben doch konjunktivistisch mag der Gedanke sein, wonach das unvergeßliche Jahr 1956 mit dem XX. Parteitag der KPdSU und dem Entstalinisierungsversuch Chruschtschows noch eine reale Chance sowjetischer Reformen geboten hätte. Wenn ja – dann wohl die letzte vor dem endgültigen Niedergang. Um den Versuch einer Neu-Entdeckung Trotzkis nicht einer ebensolchen Gefahr von Beliebigkeit oder rein absichtsbestimmter Umdeutung auszusetzen, sei sofort angemerkt: Es ist keineswegs beabsichtigt, die vergangenen Konflikte der Lenin-Trotzki-Stalin-Ära heute erneut auszufechten. Vielmehr geht es darum, die Gestalt Trotzkis in ihrer vorausweisenden Potentialität zu ergründen, die ihn als Archetyp zum modernsten Charakter des Marxismus im 20. Jahrhundert werden läßt. Neben ihm besteht nur noch Rosa Luxemburg, deren früher Tod die Ausformung ihrer Biographie und Theorie verhinderte.

Luxemburgs Ermordung blieb im üblichen Klassenkampf-schema, denn die Mörder waren deutsche Militärs, direkt oder zumindest indirekt beauftragt von den Mehrheitssozialisten, während Trotzki 21 Jahre später auf Weisung des sowjetischen Mehrheitsdiktators Stalin erschlagen wurde, was dazu führte, daß Rosa Luxemburg in den deutschen Nachkriegsstaaten zwar verdächtig und umstritten blieb, aber doch zugleich bei der Linken traditionsbildend

Das Trotzki-Tabu der Trotzkiisten besteht in ihrer Buchstabengelehrtheit, die ihnen von ihrer eigenen Sklavensprache auferlegt wird, mangels aktuellen Ideen verharren sie im verbalen Käfig, den ihr Vorbild doch stets aufs neue zertrümmerte – das ist eine seiner lebenslangen Leistungen.

Mit anderen Worten: Das Trotzki-Tabu beherrscht seine Nachfolger selbst, insofern sie seinen Marxismus als zeitlich ungebunden fortsetzen, Kategorien wie »Arbeiterklasse« unkritisch nutzend ohne Rücksicht auf die Realie, die dem terminus technicus zugrundeliegt und die im elektronischen und digitalen Zeitalter zerfällt. Das Umgehen mit dem Begriff ohne Korrektur wegen veränderter Fakten ist purer Dogmatismus, wie sich bei der Dogmengeschichte der römischen Kirche zeigt.

wirkte, Trotzki hingegen zum bestenfalls arabischen Dasein verurteilt blieb – dem Osten verboten, dem Westen unheimlich.

Die Verdikte wirken fort. Trotzki ist der unbekannteste Revolutionär im linken Kalender. Das hat Gründe und Folgen.

Es lassen sich mindestens sechs Trotzki unterscheiden: *erstens*: der Literat, Reporter, Kritiker, Analytiker; *zweitens*: der Sozialist und Menschewist; *drittens*: der Leninsche Bolschewist und revolutionäre Strategie; *viertens*: der revolutionäre Widersacher Stalins; *fünftens*: der Exilant; *sechstens*: das Opfer.

Erstens: Der Reporter Trotzki, der die beiden Balkankriege beschreibt, die dem Ersten Weltkrieg vorangingen, fördert auch ein knappes Jahrhundert später noch mehr Realitätserkenntnis zutage als alle modernen Medien der neunziger Jahre zusammengenommen, die beim Zerfall Jugoslawiens lediglich das kollektive Unvermögen gegenwärtiger Bild- und Wort-Informationen bezeugen.

Zweitens: Der Sozialist, zwischen Menschewiki und Bolschewiki positioniert, ist historisch für uns insoweit interessant, als er sich einerseits orthodox-marxistisch artikuliert, andererseits Lenins Korrekturen des Marxismus qua russischer Verhältnisse mehr und mehr akzeptiert.

Drittens: Mit Lenin verbunden übernimmt er dessen Begriffsausweitung der Diktatur des Proletariats auf die Bauernschaft und wird, als Lenin schon beinahe verzagt, Organisator und Oberkommandierender der Roten Armee. Seine Aktivitäten reichen vom fragwürdigen Sieg über die Kronstädter Aufständischen bis zum notwendigen Sieg über die Armeen der weißen Konterrevolutionäre.

Viertens: Nach Lenins Tod und im Konkurrenzkampf mit Stalin verliert Trotzki seine Tatkraft. In der Theorie installiert er die notwendige revolutionäre Permanenz gegen Stalins Diktum vom Sozialismus in einem Lande, dessen Verwirklichung Trotzki für unmöglich erklärt. Seine Meinung legt er 1930 im Vorwort zur deutschen Ausgabe von »Die permanente Revolution« noch einmal gedrängt dar, was vom Jahr 2000 aus betrachtet wie eine reale Prophetie wirkt: Der »siegreichen Sowjetunion« über ein Halbjahrhundert hinweg wird der Puls gefühlt und das Ende vorausgesagt. Trotzki's schwindender Elan nach Lenins Tod geht konform mit der Schwächung der revolutionären Epoche, die dem Ersten Weltkrieg folgte. Die Revolution kehrt in den besten Kopf zurück, wo sie bewahrt wird, während der Triumphator Stalin einen formal sozialistischen Staat schaffen läßt, den Trotzki als national-sozialistisch definiert.

Trotzki im Frühjahr 1939: »Stalin wird sich mit Hitler verbünden.« Das prognostizierte er. Den darauf und daraus folgenden Endkrieg zwischen den beiden National-Sozialisten prognostizierte er nicht mehr. Am 20. August 1940 führte ein Agent Stalins dessen Mordauftrag aus. Vier Jahre später wurde Hitler von Stalin besiegt, und noch einmal 45 Jahre später schluckte das Weltkapital den ganzen nationalen Sozialismus des europäischen Ostens.

Fünftens: Trotzki's Exilierung erfolgte stufenweise. Von der Leninschen Oktoberrevolution 1917 bis zu dessen Tod 1924 war er der neben Lenin maßgebende Politiker. Mehr und mehr läßt er sich aus dem Machtzentrum drängen, das eskaliert im Jahr 1929, als er in die Türkei abgeschoben wird.

In den folgenden 21 Exil-Jahren versucht der Exilant anfangs die 3. Kommunistische Internationale gegen Stalin umzufunktionieren. Als es mißlingt, soll eine 4., also trotzkistische Internationale den revolutionären Kampf an zwei Fronten führen – gegen Stalin und den inzwischen in Deutschland an die Macht gelangten Hitler.

Das individuelle Leben Trotzki verläuft ab 1933 ebenfalls in zwei Phasen, die sich nicht so deutlich voneinander trennen lassen. Die Exilanten-Misere fordert Tribut. Auf euphorische Zeiten folgen Krisen, Zusammenbrüche, Krankheiten. Die Ablösung der europäischen Revolutionsperiode durch die Stalinsche und Hitlersche Konterrevolution endet im 2. Weltkrieg. Der Mordanschlag auf Trotzki am 20. August 1940 und der Tod am 21. August wirkt wie eine symbolische Beglaubigung. Seit einem Jahr, fast auf den Tag genau, seit dem 23. August 1939 gibt es den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt, den Trotzki im Frühjahr 1939 vorausgesagt hatte, belächelt von allen Fachleuten.

Der Sozialismus in einem Land, den der Revolutionär für unmöglich erklärte, überdauerte ihn um 5 Jahrzehnte. Das Modell weitete sich im Kriege auf mehrere Länder aus und verschwand als sowjetische Variante Anfang der neunziger Jahre in den Wirren eines globalisierenden Kriminalkapitalismus, der in den Lehrbüchern nirgendwo verzeichnet stand, obwohl er per Marx'scher Analyse voraussagbar war.

Mit den Morden an Liebknecht-Luxemburg-Trotzki besiegeln die zeitweisen Sieger der Geschichte das Ende der Revolutionen im 20. Jahrhundert. Die drei Morde nehmen die kriegerischen Massenmorde vorweg. In drei individuellen Lebensläufen spiegelt sich der konterrevolutionäre Terror. Was bleibt, kann in Trotzki's ›Tagebuch im Exil‹ nachgelesen werden.

Sechstens: Ich verweise auf Georg Büchners Drama ›Dantons Tod‹. Die Trauer des Dichters gilt der verlorenen Revolution, aus der als Erbe und Liquidator ein Napoleon entsteht. Der Napoleon des 20. Jahrhunderts, der die Revolution erbt, fortsetzt und liquidiert, ist Josef Stalin. Der Revolutionär, der die Revolution auf Dauer verkörpert, ist Leo Trotzki, der mit Lenin siegreiche, von Stalin und Hitler besiegte Marxist. Fragt sich, was von all dem heute im Jahr 2000 noch Bedeutung haben kann. Zwar spricht die Zeitgeschichte einen neuen, modernen Dialekt. Doch bleibt sie bei der Sklavensprache. Bürgertum und Sozialdemokratie spielen wechselseitig Katz und Maus. Kommunisten reden nach jeder Niederlage weiter wie vordem. Trotzkiisten denken scharf gegen alle anderen an, nur nicht über sich und den historischen Trotzki hinaus. Denn die deutsche Linke entstammt einer Spaltpilzkultur, jeder Genosse eine Klasse für sich, jede Gruppe ein Generalstab ohne Armee, gelingt aber eine Armeebildung, folgt sie einem Napoleon an der Spitze in neue Aufrüstungen. Summa summarum: Die Linke wird, welche Form sie auch annimmt, jeweils von den ungelösten Konflikten ihrer Vergangenheit eingeholt, denn ihr gemeinsames Gesetz ist die Verspätung, ihre Gesellschaftsform das indische Kastenwesen, wonach sich eine Hierarchie der Kasten bildet, die einander ignorieren oder verachten, wenn sie sich nicht gar bekriegen und liquidieren. Wie Marx/Engels und Sozialdemo-

kratie nicht zusammenpaßten, wie Noske und Liebknecht/Luxemburg unter keinen Umständen zu harmonisieren vermochten, so war es mit Stalin und Trotzki, so ist es mit SPD und PDS, mit den Trotzkiisten und dem Rest der Welt und alle miteinander mißachteten seit Jahrzehnten gemeinsam jenen einsamen Satz, der da lautet: *»Das Leben ist schön. Die kommende Generation möge es reinigen von allem Bösen, von Unterdrückung und Gewalt und es voll genießen.«* Das steht in Trotzki's Testament vom 27. Februar 1940, einem Halbjahr vor seinem Tode. Es ist die Fassung Trotzki's für die Aussage von Karl Marx, in der es heißt, daß *»... der Mensch das höchste Wesen für den Menschen sei, also mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist ...«*. (Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie – Einleitung).

Die logischen Konsequenzen aus beiden Prinzipien, dem von Marx und dem Totzki's, wagen die ach so revolutionären Linken nicht einmal andeutungsweise zu ziehen.

Das Elend der deutschen Linken beginnt schon, wenn wir den Konjunktiv, das berüchtigte *»Was wäre, wenn ...«* gehorsam aus unserem Denken verbannen. Was wäre aber, wenn nicht Stalin über Trotzki, sondern Trotzki über Stalin gesiegt hätte? Als die Hamburger Führungsakademie wegen ihres Umgangs mit dem rechts-extremistischen Rechtsanwalt Roeder sich bis auf die Knochen blamierte, riskierte sie die Einladung des jüdischen Kommunisten und Buchenwald-Häftlings Emil Carlebach. Daraufhin erschrocken vor der eigenen Courage hielt die BW-Akademie den Vorgang geheim, und als Carlebach die Medien informierte, hielten auch Presse, Funk und Fernsehen, also die Helden der 4. Gewalt, absolut dicht. Das ist die Innenausstattung der deutschen Freiheit. Mitteilenswert ist vor allem der Satz Carlebach's, daß die Deutschen im ganzen 20. Jahrhundert ohne eigene Soldaten besser gefahren wären. Natürlich lachen alle Realisten von rechts wie links einen solchen Konjunktivismus höhnisch aus. Wer besitzt schon den geschichtsnegierenden Mut, das luftig Wünschenswerte gegen das fatal und verheerend Gewordene zu setzen?

Was also wäre aus einer trotzkiistischen Sowjetunion geworden? Wer wagt sich eine nichtstalinsche, sondern trotzkiistische KPD zu denken? Welche Energien wären nutzbar geworden, welche Fehler, Restaurationen und Verbrechen wären unterblieben? Hätte man von Trotzki, der die von ihm mitzuverantwortende Niederschlagung des Kronstädter Aufstands im März 1921 bedauerte, jedoch noch im nachhinein als Ausnahme und *»tragische Notwendigkeit«* bewertete – hätte man von diesem Trotzki die *Große Säuberung* erwarten können? Wären ihm die Massenmorde an Genossen, Nichtgenossen, Ausländern bis hin zu den 25 700 polnischen kriegsgefangenen Offizieren und Zivilbeamten zuzutrauen gewesen? Hätte er getan, was von Stalin getan wurde und was exakt den Warnungen Lenins vor diesem Stalin entsprach?

RUTH MAY

Stalinstadt 1955. Der »Neue Mensch«, vom Westen aus betrachtet. Ein *Quick*-Report

Freiheit oder Sozialismus. Acht Jahre nach der Vereinigung der ungleichen Brüder und Schwestern trägt sich folgendes zu: Die Welt der Westdeutschen, wo sich die C-Parteien darum streiten konnten, welches die entschiedenere Parole sei: »Freiheit oder« oder »Freiheit statt Sozialismus« – diese Welt droht ihren Geist aufzugeben. Nach Frau Noelle-Neumanns Erkundungen der deutschen Seele trauen die Westdeutschen (ihre ostdeutschen Mitbürger sowieso) immer weniger der Freiheit und immer mehr dem Sozialismus zu.

Freiheit oder Gleichheit? Seit Anfang der siebziger Jahre waren die Westdeutschen vom Institut für Demoskopie Allensbach examiniert worden, und bis 1990 wuchs die Bevorzugung der Freiheit vor der Gleichheit stetig.

»Seit 1994 hat sich der Trend gedreht. In Ostdeutschland (das seit der Einheit auch am Examen teilnehmen durfte, RM) gaben 1994 50 Prozent der Gleichheit, der sozialen Gerechtigkeit den Vorrang, jetzt, 1998, sind es 60 Prozent; statt 36 Prozent 1994 entscheiden sich nur noch 25 Prozent für den Vorrang der Freiheit. In Westdeutschland hatte 1994 die Freiheit mit 60 Prozent einen klaren Vorsprung gegenüber 30 Prozent für möglichst große Gleichheit, soziale Gerechtigkeit, jetzt 1998 stimmen nur noch 47 Prozent für den Vorrang der Freiheit, 42 Prozent für Gleichheit, soziale Gerechtigkeit.«¹

Da ist etwas schiefgegangen. Keine Rede mehr von Stasi und Parteiherrschaft, von Treuhand und Gauckbehörde. Es wächst zusammen, was zusammen gehört. Aber das Lied der Deutschen ist nicht Freiheit & Democracy², sondern Sozialversicherung und Staatsknete. Die Einheit vollendet sich – aber zu welchem Preis? »Die Kluft zwischen Westdeutschen und Ostdeutschen ist dabei, sich zu schließen durch Anpassung der Westdeutschen an die Empfindungswelt der Ostdeutschen. Die innere Einheit Deutschlands wird durch den Bundestagswahlkampf bestimmt gestärkt. Jedoch unter der Perspektive des überzeugten Anhängers der freiheitlichen parlamentarischen Demokratie ist der Preis dafür hoch. Mit der Bundestagswahl 1998 wird entschieden, was das für ein Land sein wird, die Berliner Republik.«³ Die Deutschen haben eine rot-grüne Koalition gewählt, und die große Änderung, was immer die Wähler wollten, ist nicht eingetreten. Die stumme Koalition der Westparteien – als hätten wenigstens sie Elisabeth Noelle-Neumanns Warnung verstanden – setzt mit Schröder die Politik der Strangulierung des Sozialstaats fort, die unter Kohl begonnen hat.

Ruth May – Jg. 1959, Stadtplanerin, Universität Hannover; Arbeitsgebiete: Planungsgeschichte, Planungstheorie; Veröffentlichung: Planstadt Stalinstadt. Ein Grundriß der frühen DDR – aufgesucht in Eisenhüttenstadt, Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 92, Dortmund 1999.

1 Elisabeth Noelle-Neumann: Was ist anders als 1994? In Deutschland kehren sich die Trends um, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 25. Februar 1998.

2 Nach: Bert Brecht: Der anachronistische Zug oder Freiheit und Democracy (1947).

3 Wie Anmerkung 1.

Als Hilmar Pabel Anfang 1955 die DDR besuchte, darunter auch Stalinstadt, sah die Welt noch anders aus. Die Gegensätze waren klar: Hier der freie Westen, und dort der unfreie Osten. Wird die Rhetorik noch vom Wiedervereinigungsbegehren bestimmt, bereitet die Bundesregierung mit der NATO-Integration den nächsten Schritt der Teilung vor. Es sind die Auseinandersetzungen um die Pariser Verträge vom Oktober 1954, die die politische Gestimmtheit in der Bundesrepublik zur Zeit von Pabels Reise bestimmen. Diese Verträge sahen einen Verteidigungsbeitrag der Bundesrepublik vor, die öffentlichen Debatten drehen sich um die Remilitarisierung, die Einbindung in das westliche Paktsystem; es gibt die »Ohne-mich!«-Bewegung, die, nach den Erfahrungen des Krieges, als Opposition gegen die Wiederbewaffnung in der Bevölkerung spontane Zustimmung findet. Im Januar 1955 hatte eine Versammlung in der Frankfurter Paulskirche ein *Deutsches Manifest* gegen eine Remilitarisierung und Spaltung Deutschlands unterzeichnet. Auch *Quick* berichtete darüber; unter dem Titel »Offensive gegen die Aufrüstung – und in der Frankfurter Paulskirche spricht die deutsche Opposition« verweist die Illustrierte auf internationale Proteste gegen eine deutsche Wiederbewaffnung in London, Rom, Paris, New York, die nach ihrer Darstellung kommunistisch gesteuert sind. »An historischer Stätte, in der Paulskirche zu Frankfurt ..., fanden sich 800 deutsche Männer zusammen. Aus welchen ›Lagern‹ sie kamen, zeigt allein schon die erste Reihe ...: der stellvertretende Bundestagspräsident Prof. Carlo Schmid, SPD-Vorsitzender Erich Ollenhauer, der frühere Innenminister Gustav Heinemann, als Vertreter der Jugendverbände Ernst Lange, der katholische Theologe Prof. Johannes Hessen, der evangelische Prof. Helmut Gollwitzer, vom Gewerkschaftsbund Georg Reuter, und der berühmte Heidelberger Soziologe und Historiker Prof. Alfred Weber. Sie alle trieb die gleiche Frage: Was wird aus dem zerrissenen Deutschland, wenn seine westliche Hälfte aufrüstet? Sie sind erhaben über jeden Verdacht, Kommunisten zu sein. Gleichwohl lehnen sie, wie diese, eine Aufrüstung ab, und ihre Forderung lautete: alle Verhandlungsmöglichkeiten mit Moskau ausschöpfen, bevor es zu spät ist.«⁴ In ihrem *Deutschen Manifest* heißt es unter anderem: »Die Antwort auf die deutsche Schicksalsfrage der Gegenwart – ob unser Volk in Frieden und Freiheit wiedervereinigt werden kann, oder ob es in dem unnatürlichen Zustand der staatlichen Aufspaltung und einer fortschreitenden menschlichen Entfremdung leben muß – hängt heute in erster Linie von der Entscheidung über die Pariser Verträge ab. Die Aufstellung deutscher Streitkräfte in der Bundesrepublik und in der Sowjetzone muß die Chancen der Wiedervereinigung für unabsehbare Zeit auslöschen und die Spannung zwischen Ost und West verstärken.« Die Pariser Verträge wurden vom Bundestag am 27. Februar 1955 gegen die Stimmen der SPD angenommen.

Kurz zuvor, nach einem Ratsprotokoll der Stadt Stalinstadt war es etwa in der dritten Februarwoche, besuchte Hilmar Pabel in Begleitung eines DDR-Reporters von der *Neuen Berliner Illustrierten* die neue Stadt. »QUICK-Mitarbeiter Hilmar Pabel erhielt vom Presseamt des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen

4 *Quick*, Nr. 7 vom 12. Februar 1955.

Republik in Ostberlin die Erlaubnis zu einem großen Reisebericht aus dem Gebiet der DDR. Sein Bericht wurde nicht zensiert. So konnte er mit seiner Kamera endlich eine alte Sehnsucht erfüllen: ein Wiedersehen mit den Deutschen zwischen Elbe und Oder. QUICK weiß, daß dieser Bericht manchen befremden wird – in Ost wie in West. Aber hier sprechen Tatsachen, wie Hilmar Pabel sie sah ...«.⁵ Hilmar Pabel ist ein reisender Fotoreporter, für die Leser der Illustrierten *Quick* berichtet er von den fernen Plätzen der Welt. Fernsehen ist noch kaum verbreitet, die Illustrierten sind ein populäres Medium. Das Titelblatt dieser Ausgabe zeigt Pabel mit seiner Kamera, der genaue Beobachter mit dem Zeigefinger am Auslöser, vor einem seiner Fotos, das, zum Aufblättern einladend, schräg aufs Blatt gesetzt, einen prägnanten Eindruck von der neuen Stadt vermittelt: Stalinstadt im Schnee, mitten im zweiten Wohnkomplex aufgenommen, vor dem Kindergarten, wo gerade eine kleine Gruppe von der Hand der Kindergärtnerin zur Mutter wechselt, die, ziemlich bepackt, mit ihnen loszieht. Drumherum erkennt man den Eingang der Erich-Weinert-Allee, noch ganz ohne Baumbestand, eine markante Ecke der Stadt. Sicherlich werden dieses Bild und die Stadtansicht, die großzügige Fußgängerallee und die aufwendige wie ebenso eigenartige neoklassizistische Architektur der Gebäude, Aufmerksamkeit und Neugier des westdeutschen Publikums geweckt haben.

Hilmar Pabels Reportage aus der jungen Stalinstadt war, mitten im Kalten Krieg, tatsächlich eine kleine Sensation. Ein solcher Bericht und solche Bilder waren, zumal in einem Massenblatt, in der Bundesrepublik zuvor nicht zu sehen gewesen. Und Pabel ist ein begeisterter Fotograf. Er beobachtet und vermittelt das, was er sieht, als eine erregende Neuigkeit. »Wenn man aus der schneebedeckten Weite des flachen Landes plötzlich die qualmenden Schornsteine, die Kokereien und die sechs Hochöfen des Eisenhüttenkombinats J. W. Stalin vor sich auftauchen sieht, begreift man sofort, was hier geschehen ist. Aus dem Nichts mußte eine Stadt entstehen, weil aus dem Nichts eine ganze Eisenhütte geschaffen werden sollte.« Für Pabel ist die neue Stadt eine Herausforderung: Ein riesiges Werk in einer platten Landschaft, wie aus dem Nichts mit der Stadt in diese abgelegene Gegend an der Oder gesetzt, ein politisches Projekt von ungeheurem Aufwand – und gegen widrige Umstände. Über das neue Werk war im Westen viel berichtet worden, Pabel schreibt, man habe immer wieder behauptet, es sei »fehlkonstruiert«. Er weist auf die Schwierigkeiten in der frühen Zeit des Werks hin, die Änderungen der Planung nach Stalins Tod – die ja, genauer gesagt, als Antwort auf den 17. Juni 1953 vorgenommen wurden – und er erzählt von der harten Zeit des Anfangs, als die Stalinstädter noch in Barackenstädten hausen mußten. Hilmar Pabel ist fasziniert – und erschrocken: »Es ist das ehrgeizigste, aber zugleich sicherlich auch das gewagteste Experiment der Zone.«

Stalinstadt im Februar 1955: Der zweite Wohnkomplex ist weitgehend aufgebaut, die HO-Gaststätte *Aktivist* ist als der erste Vergnügungsort der Stalinstädter schon seit einigen Monaten eröffnet, das *Friedrich-Wolf-Theater* steht kurz vor der Vollendung. Es wird

5 Der Reisebericht ist unter dem Titel: »Quick besucht die Deutschen zwischen Elbe und Oder« in: *Quick*, Nr. 12 vom 19. März 1955 (Erster Großbericht: Stalinstadt an der Oder) und folgenden Ausgaben erschienen.

langsam so etwas wie Stadt sichtbar. Der wichtigste Eingang zum Werk liegt noch am Ende der *Magistrale*, die selbst noch gar nicht bebaut ist. Hilmar Pabels Foto bietet einen großartigen Blick auf die damalige Betriebsamkeit an diesem Übergang zwischen Stadt und Werk, den Stoßbetrieb bei Schichtwechsel, mit Fußgängern, Omnibussen an einem torbogenartigen Durchgang mit der Aufschrift »Eisenhüttenkombinat J. W. Stalin«. In der Stadt selbst sieht man Fußgänger, Fahrradfahrer, Schlitten – und nur ein einziges Auto. Auf allen Bildern wirkt StalinStadt bereits wie eine Stadt, obwohl viele Straßen noch ganz plötzlich in der Heide enden. Die Stadt hat 14 000 Einwohner, davon leben dreitausend in den neuen Wohnungen, die anderen sind noch in Baracken untergebracht.

Erstaunlich ist nicht nur das, was Pabel zeigt, erstaunlich ist auch, was er nicht zeigt: Die Wohnlager, die, bei entsprechender Absicht, sicherlich als Panorama für die ärmlichen Verhältnisse »in der Zone« hätten erhalten können, werden nicht vorgeführt. Eben- sowenig interessiert sich der Fotoreporter für die frühen Gebäude im ersten Wohnkomplex, die in der eigenen Berichterstattung in der DDR als »kasernenmäßige Kästen« kritisiert worden waren – und die man natürlich auch einem westdeutschen Publikum als »Ulbrichts Exerzierplatz« hätte anbieten können. Und er zeigt nicht etwa die Auslagen in den Schaufenstern der Läden, die wohl auch in StalinStadt weniger glitzerten als in der Bundesrepublik. Statt dessen erfährt man zum Beispiel von hellen, großzügigen Wohnungen zu bezahlbaren Mieten, von Tanzfeiern im *Aktivist*, von Vorzügen und Privilegien, die die frühe DDR diesen Neubürgern bietet. Auffällig auch, daß keine der zahlreichen Baustellen gezeigt wird, man hat den Eindruck, dem Fotoreporter ginge es allein um das schon erahnbare Ergebnis. Pabel fühlt sich an Charkow erinnert, er sieht Gebäude im sowjetischen Stil, eine Stadt »ganz nach dem Muster der neuen Städte in der Sowjetunion«. Pabel war im Zweiten Weltkrieg Kriegsberichterstatter für die Illustrierte *Signal*, die der Auslandsabteilung der Wehrmachtspropaganda unterstellt war. Dabei ist er auch in der Sowjetunion gewesen. (Noch 1996 hält man in der Hamburger Fotografieausstellung »Das deutsche Auge« die Biographien der früheren Nazi-Fotografen schamhaft bedeckt. Ein Kritiker der *Süddeutschen Zeitung* bemerkt dazu: »Sie ... machten einfach weiter, nach dem ›Zusammenbruch‹ gleich wieder groß im Geschäft. Als wäre nichts gewesen. Sie hatten doch ›nur‹ fotografiert. Der alte, selbstgedrechselte, schutzschildartige Minderwertigkeitskomplex vieler Photographen spielt da hinein, die Selbstlüge, Photographie an sich sei unpolitisch.«⁶)

Pabels Report stellt nicht die Schwächen und Schwierigkeiten in den Vordergrund, sondern er will die Stadt in den Absichten ihrer Erfinder porträtieren, nicht als Baustelle, sondern als Konzept. »Hier soll, so wird im Osten immer wieder erklärt, etwas für Deutschland völlig Neues entstanden sein: eine Stadt ohne jegliche Verbindung zu einer bürgerlichen Vergangenheit, das ›bis ins letzte durchorganisierte‹ Idealbild der klassenlosen Gesellschaft.« Dies ist es, was seine Neugier erregt, was er entdecken will – und was ihn womöglich mehr Neues entdecken läßt, als tatsächlich da ist. Die Fotoreportage schildert die Zustände in einem fernen Land.

6 Claus Heinrich Meyer: Das Ende der Photographie? Die Ausstellung »Das deutsche Auge« in Hamburg, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 15. Juni 1996. Ein knappes Jahr zuvor, am 16. September 1995, war in derselben Zeitung über Pabel folgendes zu lesen: »Wie ein roter Faden zieht sich durch seine Serien und Reportagen ein tiefes inneres Anliegen. Es geht um die Menschlichkeit im Angesicht von Tod, Zerstörung, Krieg und Unterdrückung.« Was immer ein inneres Anliegen ist: Jeder kann irren, und jeder kann sich ändern. Pabel, so dort weiter, »bekam für seine Photographie und für sein journalistisches Werk viele Auszeichnungen und Ehrungen. Aber er war auch immer bereit, für seine Überzeugung einzustehen und zu kämpfen. So zum Beispiel 1987, als er aus Protest einem Amtsrichter in Schwäbisch Gmünd seine beiden Bundesverdienstkreuze auf den Tisch knallte. Pabels Tochter hatte sich an Sitzblockaden gegen die Pershing-Stationierung beteiligt und war wegen Nötigung verurteilt worden.« Hatte er sich geändert?

Uns, den Westdeutschen, sind die Ostdeutschen abhanden gekommen: »In der Stadt selbst gibt es weder selbständige Bäcker, Schneider, Schlächter noch selbständige Ärzte oder Juristen – nur Arbeiter und Angestellte volkseigener Betriebe. Von ferne erinnere mich das Stadtbild an die vertrauten Silhouetten der Industriezentren an Rhein, Ruhr und Saar. Aber, als ich näher komme ...

Blick in eine fremde Welt. Ich fahre durch seltsame, ungewohnte Straßen, die eher an Charkow als an eine deutsche Stadt erinnern. Es ist drei Uhr nachmittags – aber ich sehe kaum Menschen. Erst im Stadtzentrum begegne ich jemandem: Frauen in Schwesterntracht (!) mit vielen Kindern. Eine von ihnen gibt mir die Erklärung für das menschenleere Stadtbild: »Um diese Zeit sind alle im Werk. Nur wir sind da, wir betreuen tagsüber die Kinder.«

Ist das noch Deutschland? Schichtwechsel – auf einmal sind die Straßen belebt von vielen Menschen. Sie sprechen viele Dialekte, berlinisch, sächsisch, ostpreußisch. Dennoch – ich habe das beklemmende Gefühl, hier in einem fremden Land zu sein: massige Häuserblocks im sowjetischen Stil, die eher Regierungsgebäuden oder Versicherungspalästen als Wohnstätten gleichen. Sie sind hell und großräumig, aber wie eintönig! 500 Häuser, genormt, eines wie das andere, keine Straße mit »eigenem Gesicht«. Und die Menschen, die stolz in ihnen wohnen? Beginnt hier die große Umwandlung der Einzelwesen in »Kollektiv-Glieder«, etwas, wogegen sich die westliche Freiheits-Idee wehrt, wovon der Osten aber das Heil erwartet?«

Im selben Jahr schreibt Marion Gräfin Dönhoff über den Verlust des Einheitsgedankens unter den Deutschen. Was allen Völkern wichtig und wert ist, die Westdeutschen haben es vergessen: die nationale Identität. »In Deutschland war es leider immer so, daß man sich mit den Gegebenheiten abfand: in der wilhelminischen Ära und auch unter Adolf Hitler. Und heute ist es wieder so. Man schiebt der Regierung oder dem Osten oder den Alliierten die Schuld daran zu, daß die Wiedervereinigung nicht zustande kommt. Man hält dabei alle anderen für verantwortlich, nur sich selber nicht, und schließlich heißt es dann: »Ja, da ist eben nichts zu machen. Wenn die Behörden nichts erreichen und wenn internationale Konferenzen nichts verschlagen, dann gehts eben nicht ...« Andere Völker verhalten sich anders. Die Polen haben sich in keinem Jahrhundert mit den sogenannten Tatsachen abgefunden, und wie oft ihr Land auch geteilt wurde: ihre Energien, ihre brennende Sehnsucht haben sie immer wieder zusammengeführt. Was aber brennt bei uns? Allenfalls der Wunsch, möglichst rasch vorwärtszukommen und möglichst viel zu verdienen. ... Das Wort »Wiedervereinigung« ist aschgrau geworden, wie Mehltau oder Schimmelpilz. Mancher mag es kaum noch hören. Über dem Gerede von der Wiedervereinigung haben manche vergessen, daß Deutschland geteilt ist. Man sollte mit einer Schaufel einmal diesen traurigen Haufen abgenutzter Worte hochheben können, um zu sehen, was darunter ist. Sicherlich entdeckte man dann, daß man noch einmal neu anfangen, besser: alles neu durchdenken müßte.«⁷ Was Marion Gräfin Dönhoff in der renommierten westdeutschen Wochenzeitung *Die Zeit* als die Selbstvergessenheit der Deutschen im Westen

7 Marion Gräfin Dönhoff: Macht Ernst mit der Solidarität!, in: *Die Zeit* vom 29. Dezember 1955.

beklagt – ihr Vergessenwollen des Faschismus wie ihr stillschweigendes Anerkennen der Teilung, mögen da auch Verwandtschaftspäckchen hin und her geschoben werden, Dresdner Stollen gegen brasilianischen Kaffee – die Deutschen, und das meint immer die Westdeutschen, haben sich damit abgefunden. Hilmar Pabel sieht eine fremde Welt entstehen: »Seit zwanzig Jahren bin ich mit meiner Kamera schon einige Male um die Erde gewandert und habe das Leben vieler Völker studiert. Nirgends aber ist die Wirklichkeit so schwer zu erfassen wie bei den Deutschen zwischen Elbe und Oder. In unserer alten Heimat.« Hilmar Pabel ist ein Fremder. Was er schreibt, klingt wie aus einem Eskimo-Dorf, alle laden ihn ein, und immer beschleicht ihn eine große Furcht: Sind das noch Deutsche, oder sind das schon Kosaken? Ist das noch zwanzigstes oder ist das schon einundzwanzigstes Jahrhundert? Ich, Hilmar Pabel, ehrlicher Berichterstatter meiner Zeit, durch Kriege gegangen mit meiner Leica, der ich die Russen kennengelernt habe, kenne die Deutschen nicht mehr. Brüder und Schwestern – was sehe ich statt dessen? Eine Jugend, die teilhat an fadenscheinigen Vorteilen eines Systems, aus dem nie etwas werden kann. Oder vielleicht doch? Der geübte Beobachter weiß nicht, was die Zeit bringt. Muß er sich vielleicht wieder einmal umstellen? Dieser Orwellschen Welt gehört womöglich die Zukunft?

Und Pabel macht seinen Bericht für die *Quick*, eine populäre illustrierte Zeitschrift mit über einer Million Auflage in Westdeutschland. Er hat das Privileg, als erster über jene Musterstadt der DDR berichten zu dürfen. Pabels Blick auf die neue Stadt ist ein dokumentarischer. Aber es gibt sowenig ein eindeutiges Dokument, sowenig es eine eindeutige fotografische Abbildung gibt. Wie beide der Interpretation bedürfen, so lenkt diese bereits den Blick des Fotografen. Und als Reporter beschriftet er seine Fotos und holt aus ihnen heraus, was sie von sich aus gar nicht hergeben. »So also ist das hier, die Arbeiter, die Ladenmädchen, die Volkspolizisten lachen und flirten und tanzen und trinken miteinander und füllen das ganze Haus ›Aktivist‹, und es steht in Stalinstadt, und die unsichtbare Hand, die das alles lenkt, die sieht man freilich nicht.« Die Bilder zeugen von einer Neugier auf das, was da entstehen konnte, seine Kommentare von dem Schrecken, aber auch der Neugier der Westdeutschen, daß dieses Neue die neue Zeit sein könnte. Sein Kameraauge ist geradeaus. Aber die Texte, die er den Bildern beigibt, bezeugen die Abwehr eines Gesellschaftsexperiments, das er ihnen erst unterlegen muß, um es in den Bildern zu erkennen. So nimmt es nicht wunder, daß er im Abbild von Stalinstadt eine Exerzieranstalt des *neuen Menschen* dechiffriert. Trau keinem unter dreißig – das Durchschnittsalter der Stalinstädter liegt bei fünfundzwanzig, angeblich wurden sie von ihren Eltern getrennt in dieses Experiment geschickt. »So gesehen freilich stellen die Stalinstädter einen herrlichen Rohstoff dar, aus dem man ideale Marxisten (!) formen kann. Dem Regime verdanken sie alles, ihr gutes Einkommen, ihre moderne Kleidung, ihr Leben im ›Schaufenster‹ der DDR und den Tanz am Samstagabend bei vollen Tischen ..., den sie lebensfroh und naiv genießen. Ich kann mich vor Einladungen kaum retten.« Die Menschen sind offen und freundlich zu ihm. Ist

das der Sozialismus, der noch den Fremden zur Gleichheit verführt? Wissen sie nicht, welche Privilegien sie genießen gegenüber einer Umwelt, die viel schlechter dran ist?

Wissen die Stalinstädter das wirklich nicht? Sind nicht auch die Stalinstädter Glücksritter? Eben dem Krieg entronnen ergreifen sie eine Chance, und diese Chance identifizieren sie mit Sozialismus. Hilmar Pabels kleine Portraits von einem Arzt, einem Traktoristen, einem Lehrer, stellen uns diese als Leute vor, die bei ihrer Sache sind, und immer wieder berichtet er von freundlichen Begrüßungen, die er erfahren hat und die er als Naivität begreift. »Sie alle kennen keinen Vergleich mit dem Leben in der übrigen Welt, sie wissen nur, daß es früher schlechter war in den Baracken und daß jetzt in diesen Straßenburgen Wohnungen für sie da sind. Ich glaube schon, daß sie sich dort sogar glücklich fühlen, denn auch Glück ist ja relativ. Und sicher sind sie stolz darauf, was in den letzten Jahren hier geschehen ist.« Und wohin der Fotograf auf seiner Reise durch die DDR auch kommt, immer ist es das Russische, das ihm an meisten auffällt. In der nachträglichen Erinnerung kommt es ihm vor, als sei er mit Watte in den Ohren herumgegangen: »Wenn ich mit den Menschen spreche, merke ich oft, daß ganz einfache Fragen ›verdächtige‹ Fragen sind. Ich stoße auf Mißtrauen, und Mißtrauen begegnet mir auch, wenn ich zu fotografieren beginne. Die Leute sind liebenswürdig, und sie sprechen auch. Aber – sagen sie eigentlich etwas?« Vor allem die Politisierung des Lebens sei ihm aufgefallen, »nicht nur von der Wiege bis zum Grabe, sondern täglich, stündlich überall. Da frage ich in Jena eine 20jährige Studentin nach dem größten Wunsch ihres jungen Lebens. Es ist weder ein schickes Abendkleid noch eine Reise irgendwohin in die Ferne. Ernsthaft und mit Überzeugung sagt mir Evelyn: ›Ein einheitliches Deutschland‹, und sie fügt hinzu: ›Denn davon hängt alles ab.‹ « – Man merkt an diesem Report, daß die Teilung im Westen mental schon vollzogen ist, während die Menschen im Osten, wie auch von der SED propagiert, noch an die Wiedervereinigung glauben. Ein Fotoreporter reportiert für seine Leser, im Bewußtsein, daß er die Meinung der Mehrheit trifft. Die Ära Adenauer konsolidiert sich in ihrer Option für die NATO im Westbündnis, die Westdeutschen genießen das Wirtschaftswunder. Man schreibt über die nivellierte Mittelstandsgesellschaft, das Ende der Klassenkämpfe, die *lonesome crowd*. Wer Augen hat, konfrontiert sich mit dem italienischen Neo-Realismus und seiner Auseinandersetzung mit dem faschistischen Italien, ansonsten ist die Zeit der Abrechnung vorbei. Die Kontinuität hat obsiegt, die, die mitgemacht haben, sind wieder dabei, auch Hilmar Pabel. Sein Sensorium ist das Sensorium der Westdeutschen. *Quick* läßt sie den Neuen Menschen fürchten.

Es gibt einen Ausspruch von Bert Brecht, wonach das einfache Abbild nichts mehr auszusagen vermag, daß das Abbild vielmehr des Kommentars bedürfe, um verstanden zu werden. In Hilmar Pabels früheren Veröffentlichungen gibt es ein bemerkenswertes Beispiel dafür, wie das Bild mit dem Kommentar auf verschiedene Weise verfügbar gemacht werden kann. Im November 1942 erschien in der schon erwähnten Illustrierten *Signal* eine Bilderserie,

die Pabel von einer Kompanie der Infanterie im Vormarsch nach Osten gemacht hat. Aus dieser Bildserie veröffentlicht er 1954 noch einmal einige Fotos, neu arrangiert und kommentiert in seinem Fotoband »Jahre unseres Lebens«. Was 1942 als »Die Chronik der 50 km« einen soldatischen Heroismus ausstellt, in Stahlgewittern, zu Fuß und mit der Waffe in der Hand, wo sich, wie *Signal* erklärt, im Schutz der stählernen Kolosse die Infanterie im Nahkampf, Mann gegen Mann nach vorn arbeitet, wo »abgekämpft und hoffnungslos« die Sowjetsoldaten ihr »verzweifertes Spiel, den letzten Versuch zum Widerstand« beenden (*Signal*) – das stellt sich 1954 als eine ergreifende Geschichte dar, in der unsere Landser immer nachdenklicher werden und doch nicht zu deuten wissen, wie oder was ihnen geschieht: »Wie schön waren die Sommermorgen in Rußland! Wie gut tat es, inmitten von Kameraden singend in den jungen Tag zu marschieren! Sie alle kannten den Krieg, aber sie vergaßen ihn für diese Stunde. Dann war er plötzlich wieder da. Mittags schon standen sie vor einem frischen Grab: der Raach war gefallen, der Lois, er wird nie wieder singen – kann das einer begreifen? Und nachmittags kommen der Franzl und der Sepp zurück, der Sepp, der mittags so stumm und nachdenklich am Grab vom Alois stand. Beinahe wären nun auch sie an der Reihe gewesen. So ging einer nach dem anderen. Immer kleiner wurde die Kompanie.«⁸

In der Ausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944« wurde auch die Kriegsdarstellung in den populären westdeutschen Nachkriegsmedien gezeigt, in denen die heimkehrenden Frontsoldaten ihr Bild vom Krieg entwarfen, in den illustrierten Massenblättern, im Trivialroman, im Film. »Hier fand die Behauptung von ganz normalen Krieg, der von anständigen Soldaten und vorbildlichen Offizieren geführt worden war, eine plausible und erinnerungswürdige Form.«⁹ In Bert Brechts 1955 veröffentlichter *Kriegsfibelf* schreibt Ruth Berlau im Vorwort: »Warum unseren Arbeitern der volkseigenen Industrie, unseren Genossenschaftsbauern, unseren aufbauenden Intellektuellen, warum unserer Jugend, die schon die ersten Rationen des Glücks genießt, ausgerechnet jetzt diese düsteren Bilder der Vergangenheit vorhalten? Nicht der entrinnt der Vergangenheit, der sie vergißt. Dieses Buch will die Kunst lehren, Bilder zu lesen. Denn es ist dem Nichtgeschulten ebenso schwer, ein Bild zu lesen wie irgendwelche Hieroglyphen. Die große Unwissenheit über gesellschaftliche Zusammenhänge, die der Kapitalismus sorgsam und brutal aufrechterhält, macht die Tausende von Fotos in den Illustrierten zu wahren Hieroglyphentafeln, unentzifferbar dem nichtsahnenden Leser.«¹⁰

Die Eigenart der Fotografien Hilmar Pabels besteht darin, daß sie mehr aussagen, als der Kommentar zurücknimmt. Zu jener Zeit ist Stalinstadt das Erfolgsprojekt der DDR. Es ist die Zeit, wo die Kumpel an der Ruhr dafür streiken, daß die Montanmitbestimmung nicht ausgehöhlt wird. Die Arbeiter in Westdeutschland führen ihre ersten Verteidigungskämpfe. Die FDJ ist verboten, das Verbot der KPD ist auf dem Weg. Der Geist der Massenpresse, und vornan der illustrierten Zeitschriften, ist beseelt von der Überlegenheit des

8 Hilmar Pabel: Jahre unseres Lebens, Stuttgart 1954.

9 Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.): Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944 (Ausstellungskatalog), Hamburg 1996.

10 Bertolt Brecht: Kriegs-fibelf, Berlin/DDR 1955.

westlichen Konsummodells. Und da kommt dieser Bericht aus der östlichen Zone des Ostens Deutschlands, den sie damals noch Mitteldeutschland genannt haben, weil die Begehmnisse auf jene Gebiete, die auf der Landkarte als polnisch oder sowjetisch verwaltet bezeichnet wurden, längst nicht aufgegeben waren – da kommt dieser Bericht von Hilmar Pabel in einer gewöhnlichen westdeutschen Illustrierten, und er tut so, als wenn er etwas aufschreckte. Was aber schreckt er auf? Nichts, was die Menschen nicht eh schon glauben und wissen. Das Gemüt und der Verstand der Westdeutschen sind eingefroren im Kalten Krieg, und gerade und selbst die Erfolge des Sozialismus sind Beweise und Zeugnis der Unfreiheit dieses Systems.

»Jetzt wohnen vierzehntausend Menschen hier. In fünf Jahren sollen es mehr als doppelt soviel sein: fünfunddreißigtausend. So verlangt es der Plan. Was werden das für Menschen sein? Und was für Menschen leben heute in diesen gerade ausgerichteten Wohnblocks von Stalinstadt? Sie sprechen deutsch, diese Frauen mit den Kopftüchern und diese Männer. Und wenn ich sie näher kennenlernen, lachen und winken sie mir zu. Aber etwas Beklemmendes und Erregendes hat mich hier erfaßt. Heute gehe ich auf den Straßen der jüngsten Stadt Deutschlands. Aber ist das noch Deutschland?« – Die Stalinstädter stehen wie eine Bedrohung da. Die jungen Bewohner sind den westdeutschen Lesern Zeugen dafür, daß auch sie schon einmal mitgemacht haben für eine idealistische Verblendung. Sozialismus, das ist nichts anderes als Nationalsozialismus. Jeder ist verführbar. Ohne mich! und: Nie wieder! prägen als Mahnung und Leitformel ihre zu jeder Politik distanzierte Haltung. Daß im Osten Deutschlands, in Stalinstadt, eine junge Generation aufwächst, die Gelegenheiten nutzt und sich mit einem neuen Beginnen einverstanden erklärt, unverwandt dem Fremden beugend, ohne Feinderklärung, ist unter diesen Umständen nur Anlaß ihres Mißtrauens, das sie gegen sich selbst hegen. Keine Hoffnung mehr, nur noch Erfolg. Wir sind gebrannte Kinder, jede Überzeugung ist trügerisch. Pabel ist der Zeuge dieser Haltung der Westdeutschen in einer populären westdeutschen Zeitschrift, und zugleich gibt er Zeugnis von dem Versuch einer jungen Generation von Menschen in Deutschland, die augenscheinlich neu beginnen wollen. Er hat sie als Exoten gesehen.

Kommt die Demark bleiben wir – kommt sie nicht, gehn wir zu ihr. Die Überlegenheit des Kapitalismus hat gesiegt. Jedenfalls hat sie in der *Heldenstadt* Leipzig ihre Akklamation gefunden. Sollte es aber gar nicht die Freiheit, sondern viel eher der nüchterne Sinn für diese Überlegenheit gewesen sein, der die Einheit beflügelt hat, so mag es die Ironie der Geschichte sein, daß auch die Westdeutschen die Freiheit nicht mehr wollen – oder sie verstehen Freiheit gegen Noelle-Neumann als eine Macht, die nur der gewinnt, der sich auf Gleichheit und Gerechtigkeit verlassen kann. – » ›Wir waren glücklich in der DDR‹, rief während der öffentlichen Sitzung der Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur eine ältere Frau mit vor Erregung zitternder Stimme in den überfüllten Versammlungssaal des Rathauses von Eisenhüttenstadt. Hierher hatte sich im April 1997 die Kommission des Deutschen Bundes-

tages begeben, um Fachleute anzuhören und das Gespräch mit Zeitzeugen zu suchen. ... Die Schatten der Vergangenheit sind noch allgegenwärtig in dieser ›ersten sozialistischen Stadt‹ der DDR, die Anfang der fünfziger Jahre am Reißbrett entstanden war. ... Die realsozialistische Schüßigkeit ist notdürftig von den bunten Tupfern der schönen neuen Warenwelt überkleckert worden, im übrigen scheint die Zeit stehengeblieben zu sein. Hier also waren die Menschen glücklich. In diesen Wohnbezirken hatten sie irgendwann – meist nach jahrelangem Warten – die begehrten Vollkomfort-Wohnungen mit Fernheizung und fließendem Wasser bekommen, haben sie ihre Kinder in den ›kombinierten Kindereinrichtungen‹ abgeliefert, um morgens zur Schicht zu fahren, haben – um das kleine Glück vollkommen zu machen – nach zehn- oder fünfzehnjähriger Anmeldefrist ein Auto bekommen, den Urlaub in einer Einrichtung des FDGB-Feriedienstes geplant, abends vor dem Fernseher gesessen und wenn der ›Blaue Bock‹ oder Millowitsch kamen, heimlich den Westkanal eingestellt; und mehr an Freiheit haben sie sich eigentlich nie gewünscht. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich so ein Leben vorzustellen, und jede Ironie verbietet sich angesichts der simplen Ehrbarkeit derer, die gerne stolz auf diese Art der Existenz sein möchten. ... Wer es noch nicht wußte, konnte es im April 1997 in Eisenhüttenstadt erleben: Die Aufarbeitung der DDR-Geschichte steht auch sieben Jahre nach der Vereinigung vor großen Problemen.«¹¹ Stefan Wolle, ein in der DDR Gemaßregelter, ist unzufrieden mit seinen Landsleuten in der Musterstadt des Sozialismus. Hier hatte, wie Pabel schrieb, »die große Umwandlung der Einzelwesen in ›Kollektiv-Glieder‹ (begonnen), etwas, wogegen sich die westliche Freiheits-Idee wehrt, wovon der Osten aber das Heil erwartet«. Und im Rückgriff darauf reklamieren ihre Bewohner ein Spießerglück und können mit Freiheit natürlich nicht umgehen. Was er, Wolle, mit der BRD gewonnen hat, ist ihnen fremd. Sie klammern sich an die verlorene Sicherheit und nehmen die Freiheit in Anspruch, ihre Klagen vorzutragen. Ist das undankbar? Braucht Freiheit Dankbarkeit, oder lebt sie erst von der Unverschämtheit derer, die sie in Anspruch nehmen?

Stalinstadt hat verschiedene Umbrüche erfahren. Das Ende der Stalin-Ära hat ihr einen neuen Namen eingebracht, Eisenhüttenstadt. Mit der Vereinigung hat das Eisenhüttenkombinat Ost den Besitzer gewechselt, es ist westeuropäisch geworden. Die jungen Menschen von Stalinstadt aus dem Jahre 1955 scheinen etwas nicht vergessen zu haben: den Vorzug der Gleichheit, den sie auch als einen ihrer Freiheit verstanden haben. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – in gewisser Weise versuchen sie, die Ideale der französischen Revolution, die ja nur halb und unbeholfen die Ideale der DDR gewesen sind, in die neue Zeit hinüberzuretten. Und wenn Frau Noelle-Neumann recht hat, haben sie einen größeren Erfolg, als die Konstrukteure einer Vereinigung, die mit Freiheit & Democracy den egalitären Impuls austreiben wollen.

Wir waren glücklich in der DDR: Die, die sich da zu Wort melden, rücken die Geschichte der DDR und ihrer Stadt in das milde Licht der geschönten Erinnerung. Wenn man heute Zeitungsberichte lesen kann, die auf eine wachsende Ausländerfeindlichkeit

11 Stefan Wolle: Herrschaft und Alltag. Die Zeitgeschichtsforschung auf der Suche nach der wahren DDR, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament* vom 20. Juni 1997.

Jede Geschichte hat eine Vorgeschichte. Auf Hilmar Pabels Fotoreportage über Stalinstadt bin ich durch einen Hinweis von Jochen Czerny (EKO. Eisen für die Republik, illustrierte historische Hefte 34, Berlin 1984) gestoßen.¹² Ich habe mir aus einem Zeitungsarchiv diese Reportage besorgt und in meiner Arbeit

»Planstadt Stalinstadt. Ein Grundriß der frühen DDR – aufgesucht in Eisenhüttenstadt«, Dortmund 1999, darauf aufmerksam gemacht. Andreas Ludwig, der in Eisenhüttenstadt das »Dokumentationszentrum für Alltagskultur der DDR« betreibt, war sehr interessiert, einen Beitrag von mir über Pabels Reportage in einen Band über Eisenhüttenstadt zu ihrem 50jährigen Jubiläum aufzunehmen. Schließlich beließ er es bei einer einfachen Wiedergabe des *Quick-Reports*.

gerade unter Jugendlichen in der ehemaligen DDR und gerade auch in Eisenhüttenstadt hinweisen, so daß sich Unternehmensleitung und Betriebsrat der französischen Konzerntochter EKO genötigt sehen, dagegen vorzugehen, dann weist das auf eine nachhaltige Irritation hin. Es weist auch darauf hin, daß unter Gleichheit wohl immer schon die eigenen Leute, nicht aber die Fremden verstanden wurden. Die Egalität verdankt sich einer Abschließung, auf deren Auflösung nicht wenige der ehemaligen DDR-Bürger mit Ausschließung reagieren.

Hilmar Pabel, als er 1955 Stalinstadt und die DDR besuchte, hat mit seinem westdeutschen Blick ein Zeugnis hinterlassen für den Versuch, etwas Neues zu beginnen, was er womöglich als eine Form der asiatischen Produktionsweise angesehen hat. Und was er so dokumentiert hat, in der Fremde eines fernen Landes, das könnten die Herausforderungen sein für eine Berliner Republik, die sich als Republik überhaupt noch konstituieren muß.

ULRICH BUSCH

Friedrich Nietzsche und die DDR

»Die Welt, in der wir selber geistig existieren, ist weitgehend eine von Marx und Nietzsche geprägte Welt.«¹ Diese, einst von *Max Weber* getroffene Einschätzung scheint weit über ihre Zeit hinauszureichen und auch für die *geteilte Welt* der Deutschen zwischen 1945 und 1990 Gültigkeit besessen zu haben – für *Karl Marx* im Osten und für *Friedrich Nietzsche* im Westen.

Inwieweit dies tatsächlich so war, soll hier nicht erörtert werden, auch nicht das Unvollständige einer solchen Gegenüberstellung und die darin zum Ausdruck kommende »Vertauschung« von Herkunftsort und späterem Wirkungsbereich, denn *Karl Marx* wurde in Trier geboren, war also Westdeutscher, *Friedrich Nietzsches* Geburtsort Röcken (bei Lützen) dagegen liegt in der ehemals preußischen Provinz Sachsen, dem heutigen Land Sachsen-Anhalt, ebenso die Stätten seiner Jugend, Naumburg und Schulpforta, sowie sein Grab (in Röcken). Sein letztes Wohn- und Sterbehaus steht im thüringischen Weimar, wo auch der Nachlaß aufbewahrt wird und sich seit 1896 das Nietzsche-Archiv befindet. Anfang und Ende *Nietzsches* liegen also dicht beieinander, im Herzen Ostdeutschlands.

Anläßlich des 100. Todestages *Friedrich Nietzsches*, am 25. August 2000, ist zu fragen, welchen Platz dieser kritische Geist und unbequeme Philosoph im geistig-kulturellen Leben der DDR eingenommen hat. Den ihm gemäßen oder einen anderen? Die Antwort auf diese Frage setzt eine Aufarbeitung der Nietzsche-Rezeption in der DDR voraus, wozu es bisher nur vereinzelte Ansätze und Versuche gibt.² Ungeachtet der räumlichen Bindung *Nietzsches* an Ostdeutschland, war er in der DDR ein Fremder, ein Verrufener, keiner, nach dem Straßen und Plätze benannt wurden – ganz im Gegensatz zu *Karl Marx*, dessen Name auf Tausenden Straßenschildern zu lesen ist und nach dem sogar eine Großstadt (Chemnitz) benannt war.

Diese unterschiedliche, ja gegensätzliche Behandlung von *Marx* und *Nietzsche* und die darin zum Ausdruck kommende Ersetzung des Wörtchens »und« bei *Max Weber* durch das Wörtchen »oder« in der Nachkriegsrealität zeigt, daß es komplementär zur territorialen, politischen, militärischen und wirtschaftlichen Teilung Deutschlands von 1945 bis 1990 auch eine *geistige* Teilung gab, einen *ideologischen Dissens*. Falsch wäre es jedoch, hieraus den Schluß zu ziehen, im Geistesleben Ost- und Westdeutschlands hätte jeweils nur einer der beiden Denker eine Rolle gespielt, *Marx*

Ulrich Busch – Jg. 1951, Dr. sc. oec., Bankkaufmann, von 1987 bis 1997 Dozent an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin; zuletzt in UTOPIE kreativ: »Sozialtransfers für Ostdeutschland. Eine kritische Bilanz« (Heft 105 Juli 1999).

1 Zitiert nach E. Baumgarten (Hrsg.): *Max Weber – Werk und Person*, Tübingen 1964, S. 554f.

2 Vgl. Dennis M. Sweet: *Nietzsche Criticized: The GDR Takes a Second Look*, in: *Studies in GDR Culture and Society*, No. 7/1987, pp. 141-153; Norbert Kapferer: *Das Feindbild der marxistisch-leninistischen Philosophie in der DDR*, Darmstadt 1990; Guntolf Herzberg: *Nietzsche in der DDR – eine Ergänzung*, in: Ders.: *Abhängigkeit und Verstrickung. Studien zur DDR-*

im Osten und *Nietzsche* im Westen, während der andere gänzlich ohne Einfluß gewesen sei. Dies war mitnichten der Fall! Denn, so wie *Luzifer* in der geistigen Welt des Christentums, obwohl aus dem christlichen Himmel ausgestoßen, als »Herr der Finsternis« seinen Platz hat, also letztlich doch dazu gehört, so hatten auch *Marx* und *Nietzsche* in der gespaltenen »geistigen Welt« der geteilten Nation jeweils ihren Platz – als ideologische Feindbilder. Dies implizierte nicht nur ihre in der Regel einseitige und ideologisch verzerrte Rezeption sowie Instrumentalisierung im Kalten Krieg, sondern darüber hinaus auch, ähnlich dem christlichen Teufel, ihre Existenz in der Nichtexistenz³, ihre »Phänomenalisierung«⁴ sowie den Verlust ihrer Authentizität durch die Loslösung des ideologischen Bildes von der historischen Gestalt. Gerade an *Friedrich Nietzsche* und dessen Rezeption in der DDR läßt sich dies eindrucksvoll demonstrieren, denn, so schreibt *Manfred Riedel*, »die Geschichte jenes an Nietzsche begangenen Unrechts im untergegangenen Realsozialismus ist so abenteuerlich wie der Nietzsche-mißbrauch durch den vergangenen Nationalsozialismus.«⁵

Vorgeschichte

Den Ausgangspunkt für die Rezeptionsgeschichte *Nietzsches* in der DDR bildet die von *W.I. Lenin* 1913 aufgestellte These, wonach »in jeder modernen Nation«, in »jeder nationalen Kultur« »zwei nationale Kulturen« existierten, eine bürgerliche und eine proletarische.⁶

Die Übernahme dieser Position im Osten Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg führte dazu, daß anfangs nur die dem Klasseninhalt des Proletariats verpflichteten beziehungsweise diese vorbereitenden und unmittelbar dem gesellschaftlichen Fortschritt dienenden Werke der Vergangenheitskultur als »Erbe« angesehen und angeeignet wurden, alles nicht dazu passende jedoch vernachlässigt, ignoriert oder sogar bekämpft wurde.⁷ *Nietzsches* Zuordnung diesbezüglich war eindeutig: Er gehörte ins bürgerliche Lager und nicht ins proletarische. Seine Kritik am Sozialismus, Liberalismus und Christentum, an Demokratie, Rationalität, Moral usw. wurde verstanden als eine Kritik »von rechts«, als elitär-aristokratisch und konservativ, getragen von einem romantizistischen Nihilismus, von Subjektivismus, Immoralismus und Irrationalismus. Kaum ein Denker des 19. Jahrhunderts schien weniger in das Traditionsverständnis der SED zu passen als *Nietzsche*. Und niemand schien die geistige Gegnerschaft ihr gegenüber besser zu verkörpern als *Nietzsche*. Er war somit für die Rolle als Leitbild des ideologischen Gegenentwurfs zum sozialistischen Kulturerbe geradezu prädestiniert. Auf ihn konzentrierte sich die geistige Feindschaft des antifaschistisch-sozialistischen Staates, seine Ideologiekritik. So wurde *Nietzsche* für den Nachkriegsantifaschismus zum ideologischen Hauptfeind erklärt und für die DDR schließlich zum »Staatsfeind«.⁸

Diese Sicht stützte sich auf eine durchaus fundierte, aber dem Zeitgeist verhaftete Kritik älterer sozialdemokratischer Autoritäten, insbesondere auf *Franz Mehring*⁹, welcher in *Nietzsche* vor allem den »Sozialphilosophen des Kapitalismus« und den Vordenker des »ausbeutenden Großkapitals«¹⁰ sah. »Subjektiv«, schrieb er 1899, stellt seine Philosophie »ein verzweifeltes Delirium des Geistes«

Philosophie, Berlin 1996, S. 242-248; Manfred Riedel: Nietzsche in Weimar. Ein deutsches Drama, Leipzig 2000.

3 Zum Beispiel durch Bezugnahme oder Zitierung ohne Namensnennung, gezielte Apostrophierung, bewußtes Totschweigen etc.

4 Vgl. Manfred Buhr: Es geht um das Phänomen Nietzsche!, in: Sinn und Form, 40. Jg. (1988), Heft 1, S. 200ff.

5 Manfred Riedel: Nietzsche in Weimar ..., a.a.O., S. 148.

6 W.I. Lenin: Kritische Bemerkungen zur nationalen Frage, in: Werke, Bd. 20, Berlin 1961, S. 17 (Hervorhebung – UB.).

7 Ein bezeichnendes Beispiel, wie in solchen Fällen verfahren wurde, stellt der Umgang mit dem Werk von Karl May dar. Ähnliches wäre in den fünfziger Jahren auch in bezug auf Nietzsche denkbar gewesen, fand aber nicht statt. Jens-Fietje Dwers führt die »Nichtverschleuderung des Nietzsche-Archivs« auf den Einfluß Johannes R. Bechers als Kulturminister zurück (vgl. Jens-Fietje Dwers: Abgrund des Widerspruchs, Berlin 1998, S. 714). Als Wolfgang Harich Ende der achtziger Jahre den Vorschlag unterbreitete, den »Nietzschemüll« gegen Devisen in den Westen zu verkaufen und das Grab in Röcken »einzuebnen«, fand er bei den dafür zuständigen Stellen längst kein Gehör mehr. Vgl. Wolfgang Harich: Nietzsche und seine Brüder (1989), Schwedt 1994, S. 161f.

8 Manfred Riedel:

Nietzsche in Weimar ...,
a.a.O., S. 17.

9 Vgl. Franz Mehring: Die Lessing-Legende, in: Ders.: Gesammelte Schriften, Bd. 9, Berlin 1963; Ders.: Zur Philosophie und Poesie des Kapitalismus (1891); Nietzsche gegen den Sozialismus (1897), Über Nietzsche (1899), in: Gesammelte Schriften, Bd. 13, Berlin 1961, S. 159-183.

10 Franz Mehring: Zur Philosophie und Poesie ..., a.a.O., S. 159f.

11 Franz Mehring: Über Nietzsche, a.a.O., S. 182.

12 Vgl. Kurt Eisner: Psychopathia spiritualis. Friedrich Nietzsche und die Apostel der Zukunft, Leipzig 1892.

13 Vgl. Gustav Landauer: Aufruf zum Sozialismus, Frankfurt/Wien 1967.

14 Vgl. Lily Braun: Memoiren einer Sozialistin, 2 Bd., München 1909/1911.

15 Vgl. Manfred Riedel: Nietzsche in Weimar ..., a.a.O., S. 62ff. und M. Depermann: Nietzsche in Rußland, in: Nietzsche-Studien, Bd. 21, Berlin – New York 1992, S. 242ff.

16 Wolfgang Harich: Nietzsche und seine Brüder, a.a.O., S. 207.

17 Georg Lukács: Zur Kritik der faschistischen Ideologie (1933), Berlin und Weimar 1989; Ders.: Nietzsche als Vorläufer der faschistischen Ästhetik, in: Internationale Literatur, Nr. 8/1935.

dar, »objektiv« aber ist sie »eine Verherrlichung des großen Kapitalismus«¹¹. Andere, weniger kritisch und pauschal urteilende zeitgenössische »linke« Positionen zu Nietzsche, wie beispielsweise die sozialrevolutionär-anarchistische von Kurt Eisner¹², Gustav Landauer¹³, Eduard Bernstein und Lily Braun¹⁴, blieben dagegen unberücksichtigt. Ebenso auch die zustimmende bis kritisch-differenzierende Wertung Nietzsches bei Anatoly Lunatscharski, Leo Trotzki, Maxim Gorki, Alexander Blok und anderen.¹⁵

Begünstigt wurde Nietzsches Inszenierung als ideologisches Feindbild auch dadurch, daß er im Deutschland der Nachkriegszeit alles andere als ein Unbekannter war. Er war in den Köpfen präsent wie kaum ein anderer deutscher Denker, in gewisser Hinsicht war er sogar populär – und zwar als »Vordenker« des Nationalsozialismus, als »Urfaschist«¹⁶. Die Vulgarisierung seiner Ideen und Ansichten durch die Nationalsozialisten, ihre Berufung auf ihn als ihren »Vorläufer« und »geistigen Ahnen«, war nicht ohne Wirkung geblieben. Man brauchte ihn deshalb nach 1945 als Gegner nicht erst »aufzubauen«, seine Bücher nicht zu drucken und seine Theorien nicht zu verbreiten, alles war bereits da – und durch die Nazis aufs schrecklichste mißbraucht und diskreditiert. Die ideologische Auseinandersetzung konnte also sofort beginnen. Und sie tat es auch. Grundlage dafür waren neben den bereits oben genannten Texten von Franz Mehring vor allem »Kampfschriften« aus der Zeit des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus, so die Schriften »Wie ist die faschistische Philosophie in Deutschland entstanden?« und »Nietzsche als Vorläufer der faschistischen Ästhetik« von 1933 beziehungsweise 1934 von Georg Lukács¹⁷, »Der Fall Nietzsche« von Hans Günther aus dem Jahre 1935¹⁸ und »Der Einfluß Nietzsches auf das französische Geistesleben« von Alfred Kurella von 1936¹⁹. In ähnlicher Diktion sind auch die Essays »Deutsche Lehre«²⁰ und »Deutsches Bekenntnis« von Johannes R. Becher²¹ verfaßt, welche zuerst 1943 beziehungsweise 1945 publiziert worden sind.

Charakteristisch für diese Texte ist, daß Nietzsche hier beinahe ausschließlich als »prophetischer« Vorkämpfer und Vorläufer der späteren reaktionären Tendenzen²² in der Philosophie behandelt wird, also als Wegbereiter der faschistischen Ideologie. Seine Wahrnehmung erfolgt nicht authentisch, anhand originärer Texte und in historisch-kritischer Sicht, sondern »gebrochen« durch den Mißbrauch seiner Ideen im Faschismus. Selbst Hans Günther, der es noch 1935 unternahm, Nietzsche gegen die groben Verfälschungen der Nazis, gegen ihre Versuche, ihn »auf »arisch« zurechtzufrieren«, verteidigte, räumte letztlich ein, daß »die braunen Philopaster« (Baeumler, Giese, Krieck, Rosenberg usw.) schließlich »doch in Nietzsches Geiste (handeln), wenn sie in den Phrasen ... »Kampf um die Macht« und »Rassenkampf« das Grundprinzip alles gesellschaftlichen und geschichtlichen Lebens erblicken ... Vielleicht würde sich Nietzsche, dieser »feinfühlende«, »hochgeistige« Aristokrat, sähe er den Rassenbetrieb im Dritten Reich, im Grabe herumdrehen. Aber da hier letzten Endes doch seine Prinzipien wirksam wurden, wäre auch das eine Inkonsequenz: eine Paradoxie.«²³ In seiner grundlegenden Abrechnung mit der Ideologie des

Nationalsozialismus, ebenfalls 1935 verfaßt, vermerkte *Günther*: »Begonnen hat es mit *Nietzsche*. Seine Dionysos-Dithyramben auf den ›Übermenschen‹, der Mythos der ›blonden Bestie‹, ... seine Verhöhnung der schwachen, ohnmächtigen Tugenden der Menschenliebe, Gerechtigkeit und Milde, sein abgründiger Hass gegen die Masse, all dies ließ zum ersten Male jene Geistesverfassung reifen, ... die nicht mehr um das Menschentum, sondern dagegen kämpfen will und – kämpft«²⁴. Während es hier noch um die geistige Vorläuferschaft *Nietzsches* gegenüber der Ideologie des Faschismus geht und um den Mißbrauch des Philosophen durch den Nationalsozialismus, verwischen sich in späteren Auseinandersetzungen die Unterschiede zwischen *Nietzsche* und der nationalsozialistischen Ideologie mehr und mehr. Dies gilt insbesondere für *Lukács* und *Becher*. So hat *Nietzsche* in den Augen *Lukács*' zusammen mit *Simmel*, *Spengler*, *Keyserling* und anderen »die wichtigsten Vorspanndienste für den Faschismus« geleistet, das heißt, entscheidende philosophische Fragen des Faschismus wurden von ihm »so fertig formuliert, daß die abgestempelten Ideologen des Faschismus sie bloß abzuschreiben und zu übernehmen« brauchen²⁵. *Becher* wurde hier noch deutlicher, indem er von *Nietzsches* Philosophie als »einer Philosophie der gepanzerten Faust« spricht, welche sich schließlich »in ihrer Praxis, dem Faschismus, als dem Totschläger alles wahrhaft Lebendigen, der Welt zeigte«²⁶.

Die hier vorgenommene tendenzielle Gleichsetzung von *Nietzsches* Philosophie mit der Ideologie des Faschismus lieferte die Begründung für die »Politisierung« und »Kriminalisierung« *Nietzsches* in der Nachkriegszeit. In den Augen der deutschen Kommunisten saß »Nietzsches Geist mit auf der Anklagebank des Nürnberger Prozesses«²⁷, als »Schuldiger« versteht sich. Während *Thomas Mann*, ohne *Nietzsche* von jeder geistigen Mitschuld freisprechen zu wollen, in dieser Gleichsetzung doch »das plumpste aller Missverständnisse«²⁸ erblickte, machten sich andere genau diese Sicht unkritisch und ungeprüft zu eigen und stellten so die Weichen für die jahrzehntelange Tabuisierung *Nietzsches* in der DDR. Bezeichnend dafür ist eine Rede *Otto Grotewohls*, gehalten 1948 auf dem Kulturtag der SED, worin er SS-Schergen »Kinder Zarathustras« und Mitglieder von Himmlers Totenkopf-Orden »Söhne« *Nietzsches* nannte.²⁹

Unter Pieck und Ulbricht

Das Selbstverständnis der DDR als antifaschistischer Staat und dessen Rückverortung in die Klassenkämpfe der zwanziger und dreißiger Jahre bestimmte ganz wesentlich das Nietzsche(feind)bild. Schließlich bezog die DDR ihre Legitimation als Staat »auch aus dem Kampf gegen Nietzsche als Vorläufer des Faschismus«³⁰. Die Abrechnung mit dem Nationalsozialismus war deshalb hier – im Unterschied zur Bundesrepublik Deutschland – zugleich eine entschiedene Abrechnung mit dessen (tatsächlichen und vermeintlichen) geistigen Wegbereitern und Vordenkern, zu welchen neben *Houston St. Chamberlain*, *Richard Wagner*, *Graf Gobineau*, *Paul de Lagarde*, *Oswald Spengler*, *Ludwig Klages*, *Ernst* und *Georg Friedrich Jünger*, *Martin Heidegger*, *José Ortega y Gasset*, *Ernst*

18 Hans Günther: Der Fall Nietzsche, in: Ders.: Der Herren eigener Geist. Ausgewählte Schriften, Berlin und Weimar 1981, S. 255-321.

19 Alfred Kurella: Der Einfluß Nietzsches auf das französische Geistesleben, in: Internationale Literatur, Heft 7/1936, S. 152-157.

20 Johannes R. Becher: Deutsche Lehre, in: Gesammelte Werke, Bd. 16, Berlin und Weimar 1978, S. 250ff.

21 Johannes R. Becher: Deutsches Bekenntnis, in: Ders.: Bemühungen, Reden und Aufsätze, Berlin und Weimar 1971, S. 367-390.

22 Georg Lukács: Zur Kritik ..., a.a.O., S. 234.

23 Hans Günther: Der Fall Nietzsche, a.a.O., S. 286f.

24 Hans Günther: Der Herren eigener Geist, in: Ders.: Der Herren eigener Geist ..., a.a.O., S. 76.

25 Georg Lukács: Zur Kritik ..., a.a.O., S. 107.

26 Johannes R. Becher: Deutsche Lehre, a.a.O., S. 250f.

27 Manfred Riedel: Nietzsche in Weimar ..., a.a.O., S. 164.

28 Thomas Mann: Nietzsches Philosophie im Lichte unserer Erfahrung (1947), in: Ders.: Gesammelte Werke, Bd. 9, Frankfurt/M 1990, S. 703.

29 Otto Grotewohl: Die geistige Situation der Gegenwart und der Marxismus, in: Dietrich, G. (Hrsg.): Um die Erneuerung der Kultur, Dokumente 1945-1949, Berlin 1983, S. 222f.

30 Manfred Riedel: Nietzsche in Weimar ..., a.a.O., S. 12.

31 Georg Lukács: Wie ist Deutschland zum Zentrum der reaktionären Ideologie geworden? (1942), in: Ders., Zur Kritik ..., a.a.O., S. 380.

32 Georg Lukács: Die Zerstörung der Vernunft (1955), Berlin und Weimar 1984.

33 So findet sich zum Beispiel im Musiklexikon in zwei Bänden von Horst Seeger, Leipzig 1966, in dem Richard Wagner gewidmeten Artikel kein einziger Hinweis auf Wagners Antisemitismus und seine Rolle als Vorläufer nationalsozialistischer Ideologie. Seine Musik- und Bühnenwerke wurden in der DDR von Anfang an aufgeführt und hoch geschätzt; seine Schriften zum Teil gedruckt (Autobiographie »Mein Leben«, »Briefe«, »Erzählungen«), zum Teil einfach vergessen.

34 Johannes R. Becher: Deutsches Bekenntnis, a.a.O., S. 388f.

35 Georg Lukács: Der deutsche Faschismus und Nietzsche, in: Schicksalswende. Beiträge zu einer neuen deutschen Ideologie, Berlin 1948, S. 5.

36 Franz Mehring: Gesammelte Schriften, Bd. 13, a.a.O., S. 168f, 165 und 420.

37 Vgl. Manfred Riedel: Nietzsche in Weimar ..., a.a.O., S. 217f.

38 Bernhard Kaufhold: Zur Nietzsche-Rezeption in der westdeutschen Philosophie der Nachkriegszeit, in: Robert Schulz (Hrsg.): Beiträge zur Kritik der

Krieck, Alfred Rosenberg, Alfred Baeumler und anderen eben auch *Friedrich Nietzsche* gezählt wurde. Lukács hielt, in bewußter Konzentration auf den ersten und wichtigsten Repräsentanten der spätbürgerlichen Philosophie, die »Abrechnung mit Nietzsche für einen Zentralpunkt der Entwurzelung der reaktionären Ideologie in Deutschland.«³¹ Seine Zeichnung einer reaktionären Linie in der deutschen Philosophie, die von *Schelling* über *Nietzsche* direkt zu *Rosenberg* und *Hitler* führt,³² wurde richtungweisend für den Umgang mit »problematischen« Denkern in der frühen DDR. Im Falle *Nietzsches* führte dies zum totalen Verdikt, während andere Geistesgrößen, zum Beispiel *Richard Wagner*, vergleichsweise glimpflich davongamen.³³ Dies zeigte sich schon frühzeitig, indem *Nietzsche* nicht verlegt wurde, dafür aber um so häufiger, ohne zitiert zu werden und ohne Quellenangabe, quasi stellvertretend für alle vom Nazismus mißbrauchten Philosophen und Literaten, herhalten mußte, wenn es um die Abrechnung mit dem Nationalsozialismus und seinen geistigen Voraussetzungen ging.

So schrieb zum Beispiel *Johannes R. Becher*, seine frühere *Nietzsche*-Bewunderung zurücknehmend, 1945 in einem Aufsatz: »Unsummen deutschen Leides, unzählige Opfer wären uns erspart geblieben, hätten wir früher erkannt, was zu erkennen war. Und hätten wir es von uns selbst aus nicht erkannt, so wäre von unseren Feinden zu erfahren gewesen, wer zu wem gehört, wer zusammengehört. Der Vernunftzerstörer und Volksverächter, der fanatische Menschheits- und Freiheitsfeind Friedrich Nietzsche hat drei Mächten seine Todfeindschaft angesagt: der Demokratie, dem Sozialismus und dem Christentum ... Demokratie, Sozialismus und Christentum, das waren auch die Mächte, deren Verfolgung sich Hitler am dringendsten angelegen sein ließ.«³⁴ Ähnlich argumentierte Lukács, indem er *Nietzsche* zum »führenden Philosophen der Reaktion«³⁵ erklärte und als »Beweis« für dessen Rolle als Vorläufer und Ideenspender des Faschismus vor allem Zeugnisse des Mißbrauchs *Nietzsches* durch die Nationalsozialisten anführt. Mit dieser einseitigen Abqualifizierung des Philosophen fiel er noch hinter *Franz Mehring* zurück, der immerhin eingeräumt hatte, daß *Nietzsche* nicht nur ein »Philosoph des Großkapitals« war und insofern ein ideologischer Gegner, sondern auch ein »geistreicher Kauz« und »ein Stück Poet«, der sich »einer glitzernden Sprache« bediente.³⁶

Anders als *Ernst Bloch* und *Hans Mayer*, die keinen Zweifel daran ließen, daß *Nietzsches* Denken »faschistisch brauchbar« gewesen war, ihn aber nicht darauf beschränkt wissen und schon gar nicht mit der Ideologie des Nationalsozialismus gleichgesetzt sehen wollten³⁷, gingen Lukács, *Becher*, *Kurella*, *Kaufhold*, *Heise* und andere den in den antifaschistischen Propagandaschriften der dreißiger Jahre vorgezeichneten Weg und stempelten *Nietzsche* zum geistigen »Sündenbock« für den schlimmsten Sündenfall der deutschen Geschichte. Für *Bernhard Kaufhold* zum Beispiel war *Nietzsche* ein »politischer Philosoph«, der »eine hervorragende Rolle in der nationalsozialistischen Weltanschauung« gespielt hatte, eine »Wegbereiterrolle für den Faschismus«³⁸, und sonst nichts. Und *Wolfgang Heise* sah in *Nietzsche* den »geheimen

Klassiker der reaktionärsten, direkt in den Faschismus mündenden ideologischen Linie der bürgerlichen Philosophie«³⁹. *Nietzsche* avancierte auf diese Weise zum philosophischen Hauptfeind des Marxismus und »Urquell alles philosophischen Übels«⁴⁰. Seine Werke waren damit tabu, was jede kritisch-produktive Auseinandersetzung mit seinem Denken wenn nicht gänzlich unmöglich machte, so doch zumindest erschwerte.

Sieht man die gesellschaftswissenschaftliche Literatur der fünfziger und sechziger Jahre daraufhin durch, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, *Nietzsche* sollte totgeschwiegen und vergessen werden. So fand *Nietzsche* in einer Monographie über das »nationale philosophische Erbe« aus dem Jahre 1960 nicht einmal mehr dem Namen nach Erwähnung⁴¹. Und auch in dem DDR-Philosophie-Lehrbuch aus dem Jahre 1967 sucht man vergeblich nach einem Hinweis auf sein Werk.⁴² Andernorts finden sich ein paar dünne Sätze über das »reaktionäre Klassenwesen der Philosophie Nietzsches« und seiner »Lehre«⁴³, nicht aber eine eingehende Auseinandersetzung mit seinen Anschauungen. Seine Werke wurden nicht zitiert, geschweige denn gedruckt; sein Name taucht in philosophischen Arbeiten nur selten auf, und dann ganz am Rande. Von wenigen Ausnahmen in der Literatur- und Kunstgeschichte abgesehen⁴⁴, scheint es ihn in der Wahrnehmung der DDR-Öffentlichkeit nicht mehr gegeben zu haben.

Dies erweist sich jedoch bei genauerem Hinsehen als klare Fehleinschätzung: *Nietzsche* existierte auch in dieser Zeit sehr wohl und wurde auch rezipiert!

Angesichts der Tatsache, daß sein Geburts- und Sterbeort auf dem Territorium der DDR lagen und das international bedeutende, durch die Fälschungen der Nietzsche-Schwester, *Elisabeth Förster-Nietzsche*, allerdings in Verruf geratene Nietzsche-Archiv sich ebenfalls hier befand, konnte dies auch gar nicht anders sein. Nicht vergessen werden darf in diesem Zusammenhang auch, daß *Giorgio Colli* und *Mazzino Montinari* seit 1961 in Weimar an der kritischen Gesamtausgabe aller Schriften und Briefe *Nietzsches* arbeiteten. Hinzu kommt, daß in den ostdeutschen Privathaushalten unzählige Bücher *Nietzsches*, der ja auch hier bis 1945 zu den meistgelesenen und gedruckten Autoren zählte, existierten. Da *Nietzsche* in der DDR zwar tabuisiert, aber zu keinem Zeitpunkt wirklich verboten war⁴⁵, wurden seine Bücher natürlich auch gehandelt, über den Antiquariatsbuchhandel und privat.⁴⁶ Ganz abgesehen davon, daß *Nietzsches* Werke in Bibliotheken für wissenschaftliche Zwecke ohnehin zur Verfügung standen.

So spielte *Nietzsche* in der DDR unter *Pieck* und *Ulbricht* eine eigenartige Doppelrolle: Offiziell galt er als »Unperson« und ideologischer »Hauptfeind«, in Weimar jedoch wurde, von Partei und Regierung geduldet und gefördert, stillschweigend die kritische Gesamtausgabe seiner Werke und Briefe betrieben, die erste wissenschaftliche und von ideologisch motivierter Verfälschung freie Nietzscheedition überhaupt. In den Gesellschaftswissenschaften, namentlich der Philosophie, Geschichte und Soziologie, existierte eine fast einheitliche Ablehnungsfront gegen *Nietzsche*⁴⁷. Sein Name diente hier lediglich als Code für verbale ideologische

gegenwärtigen bürgerlichen Geschichtsphilosophie, Berlin 1958, S. 279ff.

39 Wolfgang Heise: Friedrich Nietzsche, Werke in drei Bänden (Rezension), in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Heft 4/1958, S. 654.

40 Norbert Kapferer: Das Feindbild ..., a.a.O., S. 69.

41 Rugar O. Groppe: Das nationale philosophische Erbe, Berlin 1960.

42 Alfred Kosing (Leiter des Autorenkollektivs): Marxistische Philosophie, Berlin 1967.

43 Abriß der Geschichte der Philosophie (Übersetzung aus dem Russischen), Berlin 1966, S. 414, 442ff.

44 Vgl. z. B. Hans Jürgen Geerds (Hrsg.): Deutsche Literaturgeschichte in einem Band, Berlin 1966, 464ff. und die kunstgeschichtlich bedeutenden Werke von Richard Hamann, Jost Hermand: Gründerzeit, Naturalismus, Impressionismus, Stilkunst um 1900 und Expressionismus, Berlin 1965-1967 und 1975.

45 Die von Dennis M. Sweet und von Steven E. Aschheim verbreitete Meinung, Nietzsche sei in der DDR »offiziell verboten« gewesen, entspricht nicht den Tatsachen (vgl. Dennis M. Sweet: Friedrich Nietzsche in the GDR. A Problematic Reception, in: Studies in GDR. Culture and Society 4. Selected Paper from the Ninth New Hampshire Symposium on the GDR, Lanham, MD: University Press of America 1984, p. 224ff; Steven E. Asch-

heim: Nietzsche und die Deutschen. Karriere eines Kults, Stuttgart/Weimar 2000, S. 324.

46 Wolfgang Harich beklagt diesen Tatbestand außerordentlich und sieht hierin einen Akt der von der Regierung geduldeten Unterwanderung der offiziellen Ideologie der DDR (vgl. Wolfgang Harich: Nietzsche und seine Brüder, a.a.O.).

47 Vgl. zum Beispiel die mehr als 20 Einträge zu Nietzsche im Philosophischen Wörterbuch, (hrsg. von Georg Klaus und Manfred Buhr), Leipzig 1964, 1965, 1966, 1969ff.

48 Georg Lukács: Die Zerstörung ..., a.a.O., S. 252.

49 Vgl. Vier-Mächte-Abkommen über Berlin (West) vom 3. September 1971; Grundlagenvertrag vom 21. Dezember 1972; Verkehrsvertrag vom 26. Mai 1972 usw.

Abgrenzungsmanöver, als Chiffre sozusagen im ideologischen Klassenkampf, während seine Ansichten und Ideen im einzelnen kaum eine Rolle spielten.

Was sich hierin zeigt, ist, daß die sich in den sechziger Jahren vertiefende politische Teilung Deutschlands eine »Teilung« der Geistes- und Kulturgeschichte nach sich zog. Die Systemauseinandersetzung erfaßte nunmehr auch die tiefer liegenden Schichten des Geisteslebens. Philosophie und Geschichtswissenschaft standen im Zentrum der weltanschaulichen Auseinandersetzung und waren Hauptaustragungsort der ideologischen Kontroverse. In weniger ideologisierten Bereichen jedoch, wie der Literaturwissenschaft und der Kunstgeschichte, beschäftigte man sich dagegen durchaus und zum Teil recht intensiv mit *Nietzsche*. Ebenso in inoffiziellen privaten Zirkeln und philosophisch interessierten Gesprächskreisen. *Nietzsche* avancierte so allmählich zu einem geheimnisvollen bekannten Unbekannten, dessen Einfluß größer war als auf den ersten Blick erkennbar. Es deutete sich hierin, Ende der sechziger Jahre, aber bereits auch schon an, daß die dogmatisch-einseitige Sicht eines politisch tabuisierten und ideologisch, im Sinne einer antifaschistischen Legitimierung der DDR instrumentalisierten *Nietzsche* nicht durchzuhalten war. Die DDR brauchte vielmehr ein differenziertes, weniger einseitiges Nietzschebild, um ihre Positionen in der Systemauseinandersetzung, aber ebenso im Innern, bei der Ausgestaltung der sozialistischen Ideologie, glaubhaft vertreten zu können.

Unter Honecker

Läßt sich für die fünfziger und sechziger Jahre festhalten, daß *Nietzsche* in der DDR einerseits als »der führende Philosoph der imperialistischen Reaktion«⁴⁸ angesehen wurde, als Ideologieträger des Konservatismus und »Präfaschist«, was ihn zum ideologischen Feindbild stempelte, er andererseits aber als »Unperson« galt, über welchen der Bann des Schweigens verhängt worden war, so trifft dies für die siebziger und achtziger Jahre nicht mehr gleichermaßen zu. Vielmehr vollzog sich während der *Honecker*-Ära ein schleichender Wandel im Umgang mit *Nietzsche*, was umso bemerkenswerter ist, da es sich hierbei nicht um einen singulären Prozeß gehandelt hat, sondern um eine Neubewertung des Philosophen vor dem Hintergrund einer *generellen* gesellschafts- und kulturhistorischen Neuorientierung – innerhalb welcher *Nietzsche* dann allerdings der spektakulärste Fall war.

Daß es Anfang der siebziger Jahre in der DDR zu einer geistigen und kulturpolitischen »Wende« kam, hatte natürlich Gründe – äußere, aber auch innere, substantielle.

Zunächst ist hier das Heraustreten der DDR aus der internationalen Isolierung zu nennen, durch die völkerrechtliche Anerkennung des zweiten deutschen Staates, die Aufnahme der DDR in die UNO (1973) und die Normalisierung der Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland.⁴⁹ Als zweites die Unterzeichnung der Schlußakte von Helsinki durch die DDR (1975), was insbesondere in geistig-kultureller Hinsicht eine Erweiterung des Horizonts mit sich brachte. Für die Innen- und Kulturpolitik der DDR wurden dadurch

neue Maßstäbe gesetzt. Die veränderte weltpolitische Rolle der DDR als ein Staat im Zentrum Europas erforderte ein neues historisches Selbstverständnis. Die bisher vertretene Traditionslinie – von *Thomas Münzer* bis zu *Ernst Thälmann* – erwies sich dafür als entschieden zu eng, zumal der Versuch, mit der DDR eine eigenständige »sozialistische Nation« zu etablieren, als gescheitert angesehen werden mußte.

In ihrem, auf die proletarische Tradition und die Klassik eingengten kulturellen Erbe besaß die DDR eine entschieden zu geringe historische Legitimationsbasis. Als Staat und Teil einer Kulturturnation entblöbte sie sich dadurch faktisch wesentlicher Seiten ihrer Geschichte. Um der veränderten politischen Situation gerecht werden zu können, bedurfte es eines neuen, gegenüber früher wesentlich erweiterten Erbeverständnisses, und dies im Rahmen eines erweiterten Geschichtshorizontes.

1972 und 1973 wurde in den kulturtheoretischen und -politischen Zeitschriften der DDR (*Sinn und Form*, *Weimarer Beiträge*, *Theater der Zeit* u.a.) eine lebhafte Debatte darüber geführt, wie das kulturelle Erbe in bezug auf den Sozialismus zu bewerten sei.⁵⁰ Das Ergebnis dieser Auseinandersetzung beförderte schließlich eine, gegenüber früher, deutlich *breitere* Erbe-Rezeption und einen *differenzierteren* Umgang mit dem Erbe, als Ausdruck einer souveräneren Haltung der DDR gegenüber der eigenen Vergangenheit. *Hans Kaufmann* urteilte darüber 1980, daß sich die seit 1945 vorherrschende »Art der Vermittlung von Erbe« seitens der Partei und ihrer ideologischen Wortführer auf ein »Verhältnis von Vormundschaft« gründete, dieses »Vormundschaftsverhältnis« aber »mehr und mehr zum Mißverhältnis« geworden sei. Er postulierte deshalb, daß es an der Zeit sei, ein freieres, souveränes, individuell stärker differenziertes Verhältnis zur geistigen Überlieferung herzustellen.⁵¹

So definierte man Anfang der siebziger Jahre die Begriffe »Erbe« und »Tradition« neu, das heißt, in einem wesentlich erweiterten und veränderten Sinn. Die aus der Vergangenheit übernommenen proletarischen und sozialistischen Elemente der Kultur wurden, angereichert durch Teile des »fortschrittlichen« nationalen und Weltkulturerbes, zur *sozialistischen Tradition* erklärt, der Rest zum (bürgerlichen und sonstigen) *Erbe*. Bezeichnend für diese neuartige Herangehensweise an das historische Erbe war die Wiederentdeckung historischer Größen und die Rückprojizierung der eigenen Geschichte über das Jahr 1945 hinaus.

Als Schlüsselfigur dafür ist *Friedrich II.* von Preußen anzusehen, der nach jahrelanger Herabsetzung und Verfemung nun wieder als Denkmal »Unter den Linden« in Berlin und in Potsdam-Sanssouci Aufstellung fand und dessen historische Größe und Persönlichkeit in dem viel beachteten Buch von *Ingrid Mittenzwei* als »»aufgeklärter Konservativer« und »intelligenter, vielseitiger und musisch begabter Herrscher«⁵² eine Neubewertung erfuhr. Darüber hinaus wurde *Otto von Bismarck* als Realpolitiker und deutscher Reichsgründer gewürdigt⁵³, preußische Offiziere wie *Scharnhorst*, *Gneisenau*, *Clausewitz* und *Blücher* fanden Eingang in die militärische Traditionspflege, Reformen aus der Zeit der Napoleonischen

50 Vgl. Hans Kaufmann: Zehn Anmerkungen über das Erbe, die Kunst und die Kunst des Erbens, in: *Weimarer Beiträge* 10/1973; Winfried Schröder: Dialog über Tradition und Erbe, Berlin 1976 sowie VII. Schriftstellerkongreß der DDR, Protokoll, Berlin 1974.

51 Hans Kaufmann: Versuch über das Erbe, Leipzig 1980, S. 31.

52 Ingrid Mittenzwei: *Friedrich II von Preußen. Eine Biographie*, Berlin 1979, S. 206f.

53 Vgl. Ernst Engelberg: *Bismarck. Urpreuße und Reichsgründer*, Berlin 1985.

Kriege wie Freiherr von Stein und Wilhelm von Humboldt wurden geehrt und Künstler, die dem sozialistischen Realismus recht fern standen, wurden nunmehr umfassend publiziert, so zum Beispiel Franz Kafka, Sigmund Freud, Rainer Maria Rilke, Stefan Zweig, Stefan George, James Joyce, Marcel Proust, Robert Musil, Hermann Hesse, um nur einige zu nennen. Auch die philosophische Erberezeption erfuhr eine beträchtliche Erweiterung, indem neben Leibniz, Kant, Herder, Fichte, Hegel, Feuerbach, Marx und Engels nun auch Schelling, Friedrich Schlegel, Schleiermacher, Schopenhauer, Kierkegaard und andere Beachtung fanden.

Vor dem Hintergrund weltweiter politischer Entspannung und friedlicher Koexistenz und dem neuen Umgang in der DDR mit dem geistigen Erbe erschien plötzlich der Abbau ideologischer Feindbilder möglich, was auch Friedrich Nietzsche in ein neues Licht rückte.

Das Verdikt, welches ausgehend von Mehring, Günther, Kurella, Lukács und Becher in der Zeit des antifaschistischen Widerstandes und in der Nachkriegszeit über ihn verhängt worden war, schien nicht mehr zeitgemäß. Es einfach aufzuheben, war aber auch nicht möglich. Dazu bedurfte es zuvor der Auseinandersetzung mit dem großen Vormund in dieser Frage, Georg Lukács. Die Kritik an Lukács, welcher bislang in der DDR »uneingeschränkte Autorität« genöß⁵⁴, und die Distanzierung gegenüber seinen Klassifikationsmustern und Vorgaben war dann auch das wesentliche Ergebnis der Erbedebatte in der ersten Hälfte der siebziger Jahre. Werner Mittenzwei schrieb dazu 1974: »Für die neuen Fragen reichte Lukács' Aktionsradius nicht mehr aus.« Seine Theorie »war von einer anderen gesellschaftlichen Basis her strukturiert, ging von anderen Zielvorstellungen und weltanschaulichen Alternativen aus«. Nun aber traten die Grenzen seiner Theorie deutlich zutage: »Was vorher die Entwicklung gefördert hatte, wurde jetzt mehr und mehr zum Hemmnis.«⁵⁵ Wie stark dieses »Hemmnis« tatsächlich war, dokumentiert eine Debatte, welche 1985, anlässlich des 100. Geburtstages Lukács', in Berlin stattfand und auf welcher Wolfgang Heise, bezugnehmend auf die aktuelle Auseinandersetzung mit dem Nietzscheanismus der Gegenwart, nachdrücklich auf Lukács Autorität verwies.⁵⁶

Da Lukács, wie oben gezeigt, gerade auch das Nietzschebild in der DDR entscheidend mitgeprägt hatte, stellte die Distanzierung von ihm, die Überwindung seiner einseitigen Nietzschekritik, geradezu eine Voraussetzung für die Neubewertung Nietzsches dar. Diese folgte dann auch prompt durch Hans Kaufmann, indem dieser, sich gegen Lukács wendend, feststellte, daß Nietzsche in seiner Wirkung auf die deutsche Literatur (vor 1933) »überwiegend nicht als Ideologe reaktionärer Mobilisierung aufgefaßt (wird), sondern ... als Interpret der am eigenen Leib verspürten Krise der Gesellschaft«⁵⁷. Seine Ideologisierung und Denunziation als Vordenker des Faschismus erfolgten offensichtlich erst in Reaktion auf seinen Mißbrauch durch die Nationalsozialisten, andererseits aber auch, um ihn als »Feindbild« aufzubauen und im politisch-ideologischen Schlagabtausch während des Kalten Krieges benutzen zu können. Unter dem Vorzeichen weltweiter politischer Entspannung und

54 Werner Mittenzwei: Gesichtspunkte, in: Dialog und Kontroverse mit Georg Lukács, Leipzig 1975, S. 91.

55 Ebenda.

56 Wolfgang Heise: Georg Lukács – historische Position und sein Totalitätsbegriff, in: Manfred Buhr, József Lukács (Hrsg.): Geschichtlichkeit und Aktualität, Berlin 1987, S. 199.

57 Hans Kaufmann: Krisen und Wandlungen der deutschen Literatur von Wedekind bis Feuchtwanger, Berlin und Weimar 1976, S. 37.

eines differenzierteren Umgangs mit dem Erbe in der DDR wurde nun die Neubewertung *Nietzsches* eingefordert, seiner Person wie seines Werkes.

Nicht, daß *Nietzsche* jetzt grundsätzlich anders als bisher wahrgenommen wurde, ist hier das Novum, denn das wurde er nicht, sondern daß seine Rezeption nunmehr *differenzierter* und *weniger einseitig* erfolgte. *Friedrich Nietzsche* galt von nun an nicht mehr nur als der politische Philosoph und Prophet des aufkommenden Imperialismus, sondern *auch* als »der große Außenseiter, der ... viel tiefer sah als die offiziellen Ideologien«, »der nicht beschönigte und beschwichtigte, ... der vielmehr sagte, daß es hart, grausam, bestialisch in der Geschichte zugeht und daß die sich verschärfenden Widersprüche auf eine Katastrophe zutreiben«⁵⁸. Zu diesem neuen Nietzschebild gehörte auch, daß er nun nicht mehr nur kritisiert wurde, sondern auch gewürdigt. So zum Beispiel von *Bernd Leistner*, welcher in *Nietzsche* nicht einen »präfaschistisch« gerichteten Denker« sah, sondern den »wohl glänzendsten deutschen Kulturkritiker des ausgehenden 19. Jahrhunderts«⁵⁹.

Neben der vermeintlichen Rolle *Nietzsches* als Vordenker des Faschismus fand jetzt, zitiert bei *Thomas Mann*, auch »der sozialistische Einschlag« seines Werkes ausdrückliche Erwähnung⁶⁰, was in der Nietzsche Rezeption der DDR einen völlig neuen Akzent setzte. Zumal *Thomas Manns* Text schon vor längerer Zeit publiziert worden war, 1955 und 1963, im Rahmen der Gesamtausgabe seiner Werke.⁶¹

Die hier aufgezeigten Aspekte bedeuten nun natürlich nicht, daß sich in bezug auf *Nietzsche* plötzlich alles verändert hätte. Dies war mitnichten der Fall: *Nietzsches* Werke wurden in der DDR nach wie vor nicht verlegt und die offizielle philosophische Diskussion nahm auch jetzt kaum von ihm Notiz. Als einziges Buch über *Nietzsche* erschien 1977 von *Stepan F. Oduv* »Auf den Spuren Zarathustras. Der Einfluß Nietzsches auf die bürgerliche deutsche Philosophie« (1971) als Übersetzung aus dem Russischen im Akademie-Verlag. Im Vorwort zu diesem Werk ist zu lesen, daß die Philosophie *Nietzsches* einen »angestammten Platz im ideologischen Arsenal der Bourgeoisie« besitze und es deshalb angesagt sei, sie »einer wissenschaftlichen Analyse und einer prinzipiellen Kritik vom Standpunkt der marxistisch-leninistischen Philosophie aus zu unterziehen«⁶². Auseinandersetzung also statt Tabuisierung und sachliche Kritik statt Verfemung. Das war der neue Ton im Umgang mit *Nietzsche*. Auch wird ausdrücklich auf die Differenz zwischen dem »geistigen Aristokratismus Nietzsches« und der »Blut-und-Boden-Ideologie des Nazismus« hingewiesen⁶³, was auch marxistischen Lesern einen neuen Zugang zu *Nietzsche* bot. Das in diesem Buch getroffene Gesamturteil *Nietzsche* gegenüber bleibt jedoch kritisch-ablehnend⁶⁴. Im Unterschied zu früheren Publikationen stützt sich dieses Urteil jetzt jedoch auf eine ausgiebige Text- und Wirkungsanalyse und nicht auf eine ideologische Vorverurteilung.

Parallel zu dieser Monographie gab es eine Vielzahl anderer Veröffentlichungen. *Nietzsches* Name tauchte immer öfter in wissenschaftlichen Arbeiten auf und seine Werke fanden immer häufiger

58 Ebenda, S. 38f.

59 Bernd Leistner: Unruhe um einen Klassiker. Zum Goethe-Bezug in der neueren DDR-Literatur, Halle-Leipzig 1978, S. 78.

60 Ebenda, S. 38.

61 Thomas Mann: Nietzsche Philosophie ..., a.a.O., S. 665.

62 Hans-Martin Gerlach, Günter Rieske: Vorwort zur Ausgabe in deutscher Sprache (1974) zu Stepan F. Oduv: Auf den Spuren Zarathustras, Berlin 1977, S. 8.

63 Ebenda, S. 9.

64 Vgl. ebenda, S. 431.

65 Vgl. Stephan Hermlin (Hrsg.): Deutsches Lesebuch. Von Luther bis Liebknecht, Leipzig 1976, S. 504ff.

66 Vgl. z. B. Hans Kaufmann: Versuch über das Erbe, a.a.O.; Geschichte der deutschen Literatur, Bd. 8, Zweiter Halbband, Berlin 1975, S. 732 und 922ff.

67 Als Beispiel sei angeführt Werner Heiduczek: Tod am Meer, Halle 1977.

68 Gerhard Winkler: Max Klinger, Leipzig 1984, S. 222 und 231.

69 Vgl. z. B. Wilhelm Windelband: Lehrbuch der Geschichte der Philosophie, S. 1891ff., welcher Nietzsche ausschließlich als Dichter behandelt sowie Alois Riehl, welcher bis 1920 sein Buch mit dem Titel »Friedrich Nietzsche. Der Künstler und der Denker« in sieben Auflagen herausbrachte.

70 Damit stimmt überein, was Klaus Höpcke, von 1973 bis 1989 stellvertretender Kulturminister der DDR, rückblickend anmerkte, nämlich, daß, da die »Edition spätbürgerlicher Philosophen ... in Wissenschaftsverlagen behindert wurde«, ein Ausweg dahingehend eronnen wurde, »Editionen solcher Autoren dann eben in belletristischen Verlagen vorzubereiten« (Klaus Höpcke: In den Orkus mit ihm oder ins Bücherregal?, in: Ders.: Gegensteuern, Schkeuditz 1998, S. 163f.).

71 So war geplant, im Aufbau-Verlag eine vierbändige Nietzsche-Ausgabe herauszubringen, kommentiert und herausgegeben von Wolfgang Heise, ähnlich wie

Erwähnung. Verbale Verunglimpfungen hingegen wurden immer seltener. Der Beginn einer konstruktiven Auseinandersetzung mit *Nietzsche* und einer wissenschaftlichen Aufarbeitung seiner Rolle in der Philosophie und Kulturgeschichte schien greifbar nahe. Der entscheidende Durchbruch erfolgte dann jedoch auf dem Wege einer Tabuverletzung durch *Stephan Hermlin*, welcher in sein »Deutsches Lesebuch« (1976) – worin, bestimmt für einen größeren Leserkreis, »deutsche Stimmen des Humanen« vereinigt wurden – auch ein Gedicht aus dem »Zarathustra« aufnahm.⁶⁵ Dies ermunterte nachfolgend andere Autoren, *Nietzsche* ebenfalls wieder aufscheinen zu lassen, sowohl in kulturgeschichtlichen und literaturwissenschaftlichen Schriften⁶⁶ als auch in belletristischen Werken⁶⁷. Bei »Eterna« erschien *Gustav Mahlers* dritte Sinfonie, mit dem »trunkenen Lied« Zarathustras, in neuer Einspielung und *Max Klingers* Nietzschebüsten und -zeichnungen wurden in Leipzig in voller Schönheit präsentiert und in einschlägigen Büchern ausgiebig abgebildet.⁶⁸ Überdies gelangten zahlreiche Werke der Weltliteratur mit Bezügen auf den unbequemen Philosophen, von *George Bernard Shaw*, *August Strindberg* und *Stanislaw Przybyszewski* bis hin zu *Albert Camus* und *Saul Bellow*, auf den Markt und trugen so indirekt dazu bei, *Nietzsches* Präsenz im Alltagsbewußtsein zu vergrößern.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang eine Akzentverschiebung dahingehend, daß *Nietzsche* jetzt nicht mehr (oder zumindest nicht in erster Linie) als Ideologe und politischer Philosoph rezipiert wurde, sondern als Dichter, als Künstler. Scheinbar knüpfte man damit nur an eine schon früher vertretene Auffassung an⁶⁹, tatsächlich aber handelte es sich hierbei um eine Revision des Nietzschebildes und des Umgangs mit *Nietzsche* über einen Umweg.⁷⁰

Die achtziger Jahre bieten in bezug auf *Nietzsche* schließlich abermals eine veränderte Situation. Dies zum einen dadurch, daß *Nietzsche* nun endlich, nach zähem Ringen zwischen Herausgebern, Verlagen und Widersachern in der Parteiführung, erscheinen durfte.⁷¹ Als einziges Werk erschien schließlich »Ecce homo« 1985 im Verlag Edition als bibliophile Faksimile-Ausgabe. »Menschliches, Allzumenschliches« und »Die fröhliche Wissenschaft« wurden zwar für den Druck vorbereitet, ihre Auslieferung erfolgte aber erst 1990. Parallel dazu gab es seit 1983 Aktivitäten, das Nietzsche-Archiv wieder herzurichten und »interessierten Besuchern« (vor allem aus dem westlichen Ausland) zugänglich zu machen.⁷²

Mehr aber noch als die Inangriffnahme der Edition seiner Werke wurde die Veränderung der Situation dadurch markiert, daß die Auseinandersetzung um *Nietzsche* jetzt öffentlich geführt wurde. Dies begann im akademischen Bereich mit der Vergabe entsprechender Forschungsthemen⁷³ und setzte sich in einem, zunächst an *Wolfgang Harich* ergangenen Auftrag des Akademie-Verlages fort, ein umfangreiches Buch über *Nietzsche* zu verfassen, um »endlich ein differenziertes Nietzschebild« zu erhalten.⁷⁴ *Harich* erwies sich hierfür als der falsche Adressat, von anderen Autoren wurden jedoch in dieser Zeit umfangreiche Nietzsche-recherchen in Angriff genommen, so unter anderen von *Renate Reschke*, *Eike Middell*, *Heinz Malorny*, *Günther Rudolph* und *Hans-Martin Gerlach*.

Daneben gab es Aktivitäten einer inoffiziellen Beschäftigung mit *Nietzsche*, deren Ergebnisse in Büchern und Fachzeitschriften der DDR nicht veröffentlicht wurden. Einzelne Beiträge erschienen im Westen⁷⁵, andere blieben unveröffentlicht. 1982 fand in Magdeburg, unter dem Dach der Kirchen, ein Nietzsche-Symposium unter dem Titel »Der mißbrauchte Philosoph – Wiederentdeckung von Friedrich Nietzsche« statt, auf dem die verschiedensten inoffiziellen Aktivitäten der Beschäftigung mit *Nietzsche* seit Ende der sechziger Jahre zusammengeführt wurden.⁷⁶ Trotz stark eingeschränkter Publikationswirksamkeit erreichten die Beiträge dieser Veranstaltung einen größeren Kreis Interessierter, da sie in mehreren Großstädten der DDR in Diskussionsveranstaltungen verbreitet wurden.

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit *Nietzsche* in den achtziger Jahren ist durch eine betonte Sachlichkeit und durch die Bereitschaft zum Dialog charakterisiert. Das Feindbild *Nietzsche* der fünfziger und sechziger Jahre hatte »deutliche Risse« bekommen, die relative Geschlossenheit der philosophischen Argumentation gab es nicht mehr und von einem »marxistisch-leninistischen Konsens« konnte »keine Rede mehr« sein, konstatierte *Norbert Kapferrer* rückblickend 1990.⁷⁷

Während beispielsweise *Heinz Malorny* noch 1981 in der *Einheit* die in der BRD »niemals erfolgte wirkliche Abrechnung mit den Ideen Nietzsches« beklagte und *Nietzsches* Ideen ganz »eindeutig im Sinne der Interessen der reaktionärsten Kreise der herrschenden Klasse, konservativer und neofaschistischer Kräfte« auslegte⁷⁸, fragte *Renate Reschke* bereits nach den »produktiven Impulsen«, die von *Nietzsches* Philosophie ausgingen⁷⁹ und setzte sich für eine kritische, aber differenziertere Auseinandersetzung mit *Nietzsche* und den Ergebnissen der aktuellen Nietzsche Rezeption ein. Geradezu umwerfend mutete ihr Versuch an, zwischen *Nietzsche* und *Marx* »produktive Begegnungspunkte« ausmachen zu wollen und bei der Bewertung bürgerlicher Philosophen den »Klassenstandpunkt« nicht mehr als das Ausschlaggebende anzusehen. Bezugnehmend auf die neuere Nietzscheforschung schrieb sie: »Das Resultat ist kein anderer Nietzsche, aber doch einer, der nicht mehr – auch seitens marxistischer Kritik – schadlos einseitig der potenzierten Vereinfachung konservativer Interessenvertretung zuzuschlagen ist, der vielmehr in allen seinen extremen Wertsetzungen und Ambivalenzen sachbetonter Auseinandersetzung offen ist.«⁸⁰ Dies eröffnete eine völlig neue und ungewohnte Diskussionsbasis, literaturwissenschaftlich wie philosophisch. Hierin dokumentierte sich aber zugleich auch eine für die Nietzsche Rezeption der achtziger Jahre typische Differenzierung zwischen der philosophiehistorischen und der literatur- und kunstwissenschaftlichen Sicht. Daneben gab es, wenn man die Lehrbücher und Nachschlagewerke hinzunimmt, noch eine dritte Lesart, die politisch-ideologische.

Aber auch *Malorny*, der »Nietzsches Papst« der DDR, rückte mehr und mehr von den alten, von *Lukács* geprägten Interpretationsmustern ab, wenn er feststellte: »Wir identifizieren Nietzsche keineswegs mit den Faschisten ... Es handelt sich auch nicht nur um den Abstand im kulturell-geistigen Niveau, der zwischen Nietzsche

bereits Sigmund Freud bei Volk und Welt und Reclam in Leipzig und Sören Kierkegaard bei Hinstorff in Rostock. Zu diesem Vorhaben hatte auch Manfred Buhr als Vorsitzender des Rates für Grundfragen der ideologischen Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus seine Zustimmung signalisiert. Durch den plötzlichen Tod Heises kam dieses Vorhaben jedoch zum Erliegen. Statt dessen wurden dann »wegen der immer mehr als unerträglich empfundenen Lücke« einige hundert Exemplare der sechsbändigen, von Karl Schlechta besorgten, Werk Ausgabe Nietzsches importiert und vor allem »an interessierte Wissenschaftler« verkauft (Klaus Höpcke: *Gegensteuern*, a.a.O., S. 164f., 168f.).

72 Vgl. ebenda, S. 165f. sowie Manfred Riedel: *Nietzsche in Weimar ...*, a.a.O., S. 290ff.

73 Vgl. Renate Reschke: *Die anspornende Verachtung der Zeit. Studien zur Kulturkritik und Ästhetik Friedrich Nietzsches*, Dissertation B an der Humboldt-Universität Berlin 1983; Erhard Naake: *Friedrich Nietzsches Verhältnis zu wichtigen sozialen und politischen Bewegungen seiner Zeit*, Dissertation A, Universität Jena, 1985.

74 Vgl. Wolfgang Harich: *Nietzsche und seine Brüder*, a.a.O., S. 172. Höpcke gibt hierzu eine etwas andere Darstellung, worin Harich zuerst »sein Interesse an der Problematik bekundete« (Klaus Höpcke: *Gegensteuern*, a.a.O., S. 171).

75 Zum Beispiel: Markus Meckel: *Der Weg Zarathustras als der Weg des*

Menschen. Zur Anthropologie Nietzsches im Kontext der Rede von Gott im »Zarathustra«, in: Nietzsche-Studien, Bd. 9, Berlin-New York 1980, S. 174-208.

76 Vgl. Manfred Riedel: Nietzsche in Weimar ..., a.a.O., S. 248ff.

77 Vgl. Norbert Kapferer: Das Feindbild ..., a.a.O., S. 6.

78 Heinz Malorny: Nietzsche-Renaissance in der Welt von gestern, in: Einheit, Heft 10/1981, S. 1043.

79 Renate Reschke: Nietzsche in der marxistischen Kritik Osteuropas, in: Nietzsche-Studien, Bd. 10/11, Berlin-New York 1981, S. 98ff.

80 Renate Reschke: Kritische Aneignung und notwendige Auseinandersetzung, in: Weimarer Beiträge, 29. Jg. (1983) 7, S. 1198.

81 Heinz Malorny: Friedrich Nietzsche und der deutsche Faschismus, in: Dietrich Eichholtz, Kurt Gossweiler (Hrsg.): Faschismusforschung. Positionen, Probleme, Polemik, Berlin 1980, S. 282.

82 Ludwig Elm (Hrsg.): Falsche Propheten, Berlin 1984, S. 78.

83 Heinz Malorny: Friedrich Nietzsche und der deutsche Faschismus, a.a.O., S. 301.

84 Erhard Lange, Dietrich Alexander (Hrsg.): Philosophenlexikon, Berlin 1982, S. 697 (H. Malorny).

85 Hans-Martin Gerlach, Reinhard Mocek: Bürgerliches Philosophieren in

und einem Hitler oder Rosenberg klafft. Wir haben auch alle inhaltlichen Unterschiede der Auffassungen Nietzsches gegenüber der sog. »nationalsozialistischen Weltanschauung« zu beachten.⁸¹ Und 1984 führte derselbe Autor aus, daß die philosophische Bedeutung Nietzsches darin bestehe, »einer der wichtigsten Wegbereiter und Schrittmacher des geistigen Umstellungsprozesses auf die neuen weltanschaulich-ideologischen Erfordernisse des heraufziehenden monopolkapitalistischen Zeitalters gewesen zu sein«⁸². Als solcher war er nicht unbedingt ein »Präfaschist«, auf jeden Fall aber doch ein »philosophischer Gegner«⁸³. Demgegenüber herrschte in dem 1982 erschienenen »Philosophenlexikon« noch die orthodoxe Sicht vor, wenn dort vom gleichen Autor ausgeführt wird: »N(ietzsche) ist Stammvater der spezifisch imperialistischen, konservativen und präfaschistischen, der ausgeprägt irrationalistischen Linie in der deutschen bürgerlichen Philosophie ... Seine antidemokratischen und fortschrittsfeindlichen Ideen wirkten als Ferment in den Ideologien der rechtsradikalen politischen Richtungen. Damit wurde er zu einem der geistigen Wegbereiter des Faschismus ...«⁸⁴

In anderen Publikationen, die teils in Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Philosophie, teils in direkter Reaktion auf die Nietzsche-Renaissance im Westen entstanden sind, überwog ebenfalls das Bemühen, das Thema *Nietzsche* sachlich »abzuarbeiten«. Dabei wurde nicht verschwiegen, daß *Nietzsches* Philosophie »günstige Voraussetzungen für eine ideologische Funktionalisierung bot«⁸⁵, 1914 ebenso wie 1933. Die Gesamtbewertung des Philosophen aber wurde nicht mehr in erster Linie an dieser Tatsache festgemacht. Wie überhaupt zu beobachten ist, daß jetzt, im Unterschied zur früheren Rezeption, sehr sorgfältig zwischen der authentischen Philosophie *Nietzsches* und seiner philosophischen sowie politischen Wirkungsgeschichte unterschieden wird, wobei die Fälschungen des Nietzsche-Archivs unter *Elisabeth Förster-Nietzsche* in diesem Kontext ein eigenes Kapitel darstellen. Der Rückschluß von dem Mißbrauch *Nietzsches* durch die Nationalsozialisten auf den Wesensinhalt seiner Philosophie wurde zunehmend als Fehlschluß erkannt. Hatte sich nicht auch *J. W. Stalin* auf *Marx* und *Engels* berufen?!

Harich und die Revision des Nietzschebildes

1985 hielt Politbüromitglied *Kurt Hager* in der Berliner Akademie der Künste eine Rede zum Traditions- und Erbeverständnis in der DDR, worin er gegenüber der Erbedebatte der siebziger Jahre wiederum eine Erweiterung des Erbebegriffs vornahm. »Dem Erbe, das wir vorfinden«, führte er aus, »müssen wir uns in seiner Ganzheit stellen, um einen klaren Standpunkt dazu zu gewinnen«⁸⁶. Dieses Herangehen galt ausdrücklich auch für das *gesamtdutsche* geistig-kulturelle Erbe und stellte insofern eine Antwort auf die immer problematischer werdende Legitimationskrise der DDR als »Arbeiter-und-Bauern-Staat« dar. Zugleich bedeutete das Eintreten für eine umfassende Erberezeption eine Unterstützung Honeckers in seinem Bemühen um eine Politik der Annäherung an die Bundesrepublik, welche zwischen 1984 und 1987 unter dem Motto

»Koalition der Vernunft« intensiv betrieben wurde. Vor diesem Hintergrund erschienen unter anderem *Stefan Zweigs* großer Nietzscheessay von 1925⁸⁷ und *Theodor Lessings* Aufsatz »Nietzsche«⁸⁸.

1986 veröffentlichte *Heinz Pepperle* in der Zeitschrift *Sinn und Form* einen Aufsatz unter dem Titel »Revision des marxistischen Nietzschebildes?«⁸⁹, welcher den Beginn einer neuen Phase der Auseinandersetzung um *Nietzsche* in der DDR markierte. Obwohl dieser Text keineswegs in der Absicht verfaßt worden war, das bisherige Nietzschebild grundsätzlich zu revidieren und es durch ein gänzlich anderes zu ersetzen, wurde er doch Anlaß für eine Debatte, in der es letztlich genau um diese Frage, um die Revision des bisherigen Nietzschebildes, ging.

Die differenzierende Sicht *Pepperles* auf den umstrittenen Philosophen, die Herausstellung der »rückhaltlos ehrlichen Persönlichkeit« *Nietzsches*, die Anerkennung seiner »plastischen, expressiven Sprache«, seiner »scharfsinnigen Kritik der niedergehenden bürgerlichen Kultur«, seiner »Religionskritik« usw.⁹⁰ als durchaus beachtenswerte Leistungen, rief *Wolfgang Harich* auf den Plan, welcher schon seit längerem jeden neuen Ton im Umgang mit *Nietzsche* argwöhnisch registrierte.

Dieser reagierte darauf nun in einem Gegenartikel gänzlich unzeitgemäß⁹¹: »Die Ideengeschichte aller Zeiten kennt keinen beredteren Kündler der Gewalt, keinen passionierteren Kriegstreiber als Nietzsche.«⁹² »Eine Gesellschaft kann kulturell kaum tiefer sinken, als wenn sie die Kenntnis seiner Elaborate zu den Kriterien ihrer Allgemeinbildung rechnet ... Den Mann nicht für zitierfähig zu halten, sollte zu den Grundregeln geistiger Hygiene gehören.« Also: »Ins Nichts mit ihm!«⁹³ Auf *Lukács* rekurrierend und sowohl im Ton als auch, was die inhaltliche Diktion anbetraf, weit hinter den Stand der Auseinandersetzung der siebziger und achtziger Jahre zurückfallend, löste er mit dieser Attacke auf *Pepperle* eine Debatte aus, die ihm wahrlich nicht zur Ehre gereichte, *Nietzsche* aber in den Mittelpunkt eines Teils der geistig-kulturellen Debatten rückte. Dies geschah einerseits durch eine größere Anzahl von Gegenartikeln, publiziert in *Sinn und Form*⁹⁴, mehr aber noch durch das Aufgreifen des Fehdehandschuhs durch *Stephan Hermlin* auf dem X. Schriftstellerkongreß der DDR 1987 und seine Polemik gegen *Harich* auf diesem Forum, die von anderen Rednern unterstützt wurde.⁹⁵

Hermlin wertete *Nietzsche* auf dem Kongreß als »einen der anregendsten Schriftsteller der letzten hundert Jahre, an dem kein Künstler unserer Zeit vorbeikam ..., als einen kranken Querdenker, ... einen Dichter, ... einen Philosophen, von dem leider mehr als eine Verbindung zum Faschismus hin reicht, was uns daran erinnern sollte, daß selbst Hegel unter Faschisten seine Adepten hat«⁹⁶. Die Fortsetzung der Debatte in der Zeitschrift *Sinn und Form* wirkte wie ein Befreiungsschlag: endlich konnte mit der orthodoxen Parteimeinung zu *Nietzsche* abgerechnet werden, endlich war der Weg frei für eine differenzierte Rezeption des Philosophen, welche zwischen Werk und Wirkungsgeschichte unterscheidet. Zugleich aber offenbarte auch diese Debatte den Dissens, den es in dieser Frage nach wie vor in der DDR gab.

unserer Zeit, Berlin 1982, S. 171.

86 Kurt Hager: Tradition und Fortschritt, in: *Sinn und Form*, Heft 3/1985, S. 447.

87 Stefan Zweig: Friedrich Nietzsche, in: *Der Kampf mit dem Dämon*, in: Ders.: *Essays 1925-1928*, Leipzig 1985.

88 Theodor Lessing: Nietzsche, in: Ders.: *Wortmeldungen eines Uner-schrockenen*, Leipzig und Weimar 1987, S. 115-175.

89 Heinz Pepperle: Revision des marxistischen Nietzschebildes?, in: *Sinn und Form*, Heft 5/1986, S. 934-969.

90 Ebenda, S. 967.

91 Wolfgang Harich: »Revision des marxistischen Nietzschebildes?«, in: *Sinn und Form*, Heft 5/1987, S. 1018-1053.

92 Ebenda, S. 1028.

93 Ebenda, S. 1036 und 1053.

94 Vgl. *Sinn und Form*, Heft 1/1988.

95 Vgl. X. Schriftstellerkongreß der DDR, Plenum, Berlin 1988, S. 72ff.

96 Ebenda, S. 73f.

97 Hans-Martin Gerlach: Friedrich Nietzsche – ein Philosoph für alle und keinen?, in: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, Heft 9/1988, S. 777-786.

98 Vgl. Beiträge zur Kritik der bürgerlichen Philosophie und Gesellschaftstheorie, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Nr. 7-8/1987.

- 99 Hans-Martin Gerlach:
Friedrich Nietzsche ...,
a.a.O., S. 780.
- 100 Manfred Buhr (Hrsg.):
Enzyklopädie zur bürgerlichen
Philosophie im 19.
und 20. Jahrhundert,
Leipzig 1988.
- 101 Heinz Malorny: Zur
Philosophie Friedrich Nietz-
sches, Berlin 1989.
- 102 Ferdinand Toennies:
Der Nietzsche-Kultus. Eine
Kritik, Berlin 1990.
- 103 Manfred Buhr (Hrsg.):
Moderne – Nietzsche –
Postmoderne. Studien zur
spätbürgerlichen Ideologie,
Berlin 1990.

Dies gilt vom Grundsatz her auch für die Nietzsche-Konferenz, die 1986 an der Universität in Halle stattfand und deren Beiträge teilweise in der *Deutschen Zeitschrift für Philosophie*⁹⁷, teilweise in der wissenschaftlichen Zeitschrift der Universität publiziert wurden⁹⁸. Auch diese Veranstaltung war von dem Bemühen getragen, »sich Nietzsche in seiner bürgerlich-anarchischen Antibürgerlichkeit als eines bürgerlichen Intellektuellen zu nähern(!), der sich die Widersprüche der imperialistischen Gesellschaft vornehmlich ästhetisch und theoretisch-kritisch aneignete ...«⁹⁹. Eine ähnlich differenzierende, die pauschale ideologische Abqualifizierung *Nietzsches* als »Präfaschist« oder »Protofaschist« vermeidende Darstellung findet sich in der »Enzyklopädie zur bürgerlichen Philosophie im 19. und 20. Jahrhundert«¹⁰⁰.

Darüber hinaus waren in der Endphase der DDR mehrere Bücher zu *Friedrich Nietzsche* in Arbeit, die teilweise aber erst nach 1989 erscheinen konnten, so die umfangreiche Monographie »Zur Philosophie Friedrich Nietzsches« von *Heinz Malorny*¹⁰¹, die Edition des Nietzschebuches von *Ferdinand Toennies* durch *Günther Rudolph*¹⁰² sowie der Sammelband »Moderne – Nietzsche – Postmoderne«¹⁰³.

DDR-Veröffentlichungen zu Friedrich Nietzsche

- X. Schriftstellerkongreß der DDR, 24.-26.11.1987, 2 Bände, Berlin 1988.
- Lange, Erhard/Alexander, Dietrich (Hrsg.) (1982): Philosophenlexikon, Berlin, S. 693-698 (H. Malorny).
- Bauermann, Rolf/Gerlach, Hans-Martin (Hrsg.) (1987): Beiträge zur Kritik der bürgerlichen Philosophie und Gesellschaftstheorie, Bd. 7/8, Halle-Wittenberg.
- Becher, Johannes R. (1945): Deutsches Bekenntnis, in: Ders.: Bemühungen. Reden und Aufsätze, Berlin und Weimar 1971.
- Böhme, Thomas (1988): Das Erbe verfügbar besitzen, in: Sinn und Form, Heft 1, S. 187ff.
- Buhr, Manfred (1988): Es geht um das Phänomen Nietzsche! in: Sinn und Form, Heft 1, S. 200-210.
- Buhr, Manfred (1988): Zum Komplex Geschichte der Philosophie und ideologischer Klassenkampf, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Heft 6, S. 516-522.
- Buhr, Manfred (Hrsg.) (1988): Enzyklopädie zur bürgerlichen Philosophie im 19. und 20. Jahrhundert, Leipzig (darin diverse Einzelartikel verschiedener Autoren).
- Buhr, Manfred (Hrsg.) (1990): Moderne – Nietzsche – Postmoderne. Studien zur spätbürgerlichen Ideologie, Berlin.
- Buhr, Manfred/Steigerwald, Robert (1981): Verzicht auf Fortschritt, Geschichte, Erkenntnis und Wahrheit. Zu den Grundtendenzen der gegenwärtigen bürgerlichen Philosophie, Berlin.
- Dietzsch, Steffen (1990): Vom Wiederentdecken eines Unvergessenen. Überlegungen zur ersten Nietzsche-Edition in der DDR, in: Weimarer Beiträge, 35. Jg., Heft 6, S. 1018-1026.
- Eckhardt, Hans-Georg (1988): Im Schnellgang überwinden?, in: Sinn und Form, Heft 1, S. 195-198.
- Elm, Ludwig (Hrsg.) (1984): Falsche Propheten. Studien zum konservativ-antidemokratischen Denken im 19. und 20. Jahrhundert, Berlin (insbes. Kap. II, S. 74ff.).
- Gedö, Andras (1988): Marx oder Nietzsche? Die Gegenwärtigkeit einer beharrlichen Alternative, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Heft 9, S. 787ff.
- Gedö, Andras (1978): Philosophie der Krise, Berlin.
- Gerlach, Hans-Martin (1976): Spätbürgerliche Philosophie und Konservatismus, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Heft 5/1976, S. 603-617.
- Gerlach, Hans-Martin (1988): Friedrich Nietzsche – ein Philosoph für alle und keinen?, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Heft 9, S. 777-786.
- Gerlach, Hans-Martin/Mocek, Reinhard (1982): Bürgerliches Philosophieren in unserer Zeit, Berlin.
- Grotewohl, Otto (1948): Die geistige Situation der Gegenwart und der Marxismus, in: Ders.: Um die Erneuerung der Kultur. Dokumente 1945 – 1949, hrsg. von G. Dietrich, Berlin 1983.
- Hamann, Richard/Hermand, Jost (1965-1967, 1975): Deutsche Kunst und Kultur von der Gründerzeit bis zum Expressionismus, Band I – V, Berlin.
- Harich, Wolfgang (1946): Nietzsche im Zwielficht des Jahrhunderts, in: Harich und das Zwielficht, Neue Deutsche Literatur, 44. Jg., 506. Heft, März/April 1996, S. 123-125.
- Harich, Wolfgang (1987): »Revision des marxistischen Nietzschebildes?«, in: Sinn und Form, Heft 5, S. 1018-1053.
- Wolfgang Harich (1989): Nietzsche und seine Brüder, Schwedt 1994.
- Haufe, Eberhard (1965) (1987): Deutsche Briefe aus Italien, Berlin.
- Heise, Wolfgang (1958): Friedrich Nietzsche: Werke in drei Bänden (Rezension), in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Heft 4, S. 653-658.
- Heise, Wolfgang (1964): Aufbruch in die Illusion. Zur Kritik der bürgerlichen Philosophie in Deutschland, Berlin.

- Hermlin, Stephan (Hrsg.) (1976) (1988): Deutsches Lesebuch. Von Luther bis Liebknecht, Leipzig.
- Hermlin, Stephan (1987): Rede auf dem X. Schriftstellerkongreß der DDR 1987, Plenum, Berlin und Weimar 1988.
- Hermlin, Stephan (1988): Von älteren Tönen, in: Sinn und Form, Heft 1, S. 179-183.
- Irritz, Gerd (1988): »Ich brauche nicht viel Phantasie«, in: Sinn und Form, Heft 1, S.192-194.
- Kändler, Klaus (1988): »Nun ist dieses Erbe ...«!?, in: Sinn und Form, Heft 1, S. 189-192.
- Klaus, Georg/Buhr, Manfred (Hrsg.): Philosophisches Wörterbuch, Leipzig 1964ff.
- Malorny, Heinz (1978): Friedrich Nietzsche gegen den klassischen bürgerlichen Humanismus, in: Philosophie und Humanismus. Beiträge zum Menschenbild der Deutschen Klassik, Weimar, S. 220-234.
- Malorny, Heinz (1979): Tendenzen der Nietzsche-Rezeption in der BRD, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Heft 12, S. 1493-1500.
- Malorny, Heinz (1980): Friedrich Nietzsche und der deutsche Faschismus, in: Faschismusforschung, Positionen, Probleme, Polemik, hrsg. von Dietrich Eichholtz und Kurt Gossweiler, Berlin, S. 279-301.
- Malorny, Heinz (1981): Nietzsche-Renaissance in der Welt von gestern, in: Einheit, Heft 10, S. 1038-1045.
- Malorny, Heinz (1982a): Friedrich Nietzsches Kritik an der Bourgeoisie und der bürgerlichen Gesellschaft, in: Ludwig Elm/Günther Rudolph/Heinz Malorny: Traditionen des Konservatismus, Berlin, S. 41-54.
- Malorny, Heinz (1982b): Einige Bemerkungen zur Philosophie Friedrich Nietzsches als einer theoretischen Quelle des Konservatismus, in: Konservatismus in der BRD. Wesen, Erscheinungsformen, Traditionen, Berlin, S. 125-129.
- Malorny, Heinz (1985): F. Nietzsches Wiederkehr, in: Spectrum Forum 5.
- Malorny, Heinz (1986): Jenseits von gut und böse? Warum spricht Zarathustra schon wieder? Nietzsche-Renaissance in der Welt des Imperialismus, in: Wochenpost, Nr. 21, S. 16f.
- Malorny, Heinz (1988): Zu den gegenwärtigen Auseinandersetzungen um die Philosophie Friedrich Nietzsches, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Heft 9, S. 791-796.
- Malorny, Heinz (1989): Zur Philosophie Friedrich Nietzsches, Berlin.
- Middell, Eike (1985): Totalität und Dekadenz. Zur Auseinandersetzung von Georg Lukács mit Friedrich Nietzsche, in: Weimarer Beiträge, Jg. 31, S. 561.
- Middell, Eike (1988): Was die Dichter reizte. Zur Nietzsche-Rezeption von Literaten, in: Wochenpost v. 19.2.
- Naake, Erhard (1985): Friedrich Nietzsches Verhältnis zu wichtigen sozialen und politischen Bewegungen seiner Zeit, Diss. A, Universität Jena (unveröff.).
- Oduev, Stepan F. (1977): Auf den Spuren Zarathustras. Der Einfluß Nietzsches auf die bürgerliche deutsche Philosophie, Berlin.
- Pepperle, Heinz (1986): Revision des marxistischen Nietzsche-Bildes? Vom inneren Zusammenhang einer fragmentarischen Philosophie, in: Sinn und Form, Heft 5, S. 934-969.
- Pepperle, Heinz (1988): »Wer zuviel beweist, beweist nichts«, in: Sinn und Form, Heft 1, S. 210-220.
- Reschke, Renate (1983a): Kritische Aneignung und notwendige Auseinandersetzung. Zu einigen Tendenzen moderner bürgerlicher Nietzsche-Rezeption, in: Weimarer Beiträge, Heft 7, S. 1190-1215.
- Reschke, Renate (1983b): Die anspornende Verachtung der Zeit. Studien zur Kulturkritik und Ästhetik Friedrich Nietzsches, Diss. B, Humboldt-Universität zu Berlin (unveröff.).
- Richter, Stefan (1988): Spektakulär und belastet, in: Sinn und Form, Heft 1, S. 198-200.
- Rietzschel, T. (Hrsg.) (1986): Die Aktion 1911-1918, Berlin und Weimar.
- Schottlaender, Rudolf (1988): Richtiges und Wichtiges, in: Sinn und Form, Heft 1, S.183-186.
- Tomberg, Friedrich (1987): Der Streit Nietzsches contra Wagner im historischen Vorfeld des Faschismus, in: Beiträge zur Kritik der bürgerlichen Philosophie und Gesellschaftstheorie, Nr. 7-8, Halle-Wittenberg, S. 187ff.
- Tschiche, H.-J./Nowak, L./Steinmüller, F. (1982): »Der mißbrauchte Philosoph.« Wiederentdeckung von Friedrich Nietzsche, Tagung des Katholischen Seelsorgeamtes und der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt, Magdeburg (3. April 1982).

CHRISTOPH JÜNKE

Auf zum letzten Gefecht?

Zur Kritik an Domenico Losurdos

Neostalinismus

Linke, die sich inmitten des neoliberalen Durchmarsches Anfang der neunziger Jahre damit trösteten, daß wenigstens der Stalinismus historisch endgültig passé sei, müssen umdenken. Nicht nur, daß einige stalinistische Reservate im globalkapitalistischen Welt-system überlebt haben. Auch in der Theorie kann man seit einigen Jahren zunehmend selbstbewußter vorgetragene Diskurse beobachten, die wesentliche Theoreme der alten stalinistischen Weltanschauung aktualisieren und darauf hinauslaufen, den historischen Stalinismus mehr oder weniger unverhohlen zu rechtfertigen.¹

Das neueste Kapitel dieser Renaissance hat nun der namhafte italienische Linksphilosoph und Publizist Domenico Losurdo geschrieben. Er wurde für diesen intellektuellen Dienst prompt und sicherlich nicht zufällig von der ostdeutschen Tageszeitung *junge Welt* belohnt. Als exklusive Vorveröffentlichung einer im Mai im DKP-Verlag *Neue Impulse* erschienenen Broschüre² brachte sie Ende März den fast vollständigen Text in einer immerhin sieben-teiligen doppelseitigen Serie. Der folgende Text (hier in erweiterter und mit Anmerkungen versehener Fassung) wurde Anfang April als Reaktion auf die Serie in der *jungen Welt* verfaßt, nicht ohne mich vorher bei der Redaktion zu versichern, daß Kritiken ausdrücklich erwünscht sind. Doch auch nach zwei Monaten konnte sich die Redaktion zu einer Veröffentlichung noch nicht durchringen, da solcherart Kritik, vor allem die darin benutzte Vokabel des (Neo-)Stalinismus, geeignet sei, die Diskussion auf eine vermeintlich schiefe Bahn zu lenken.³

Vorurteilsfreie Selbstkritik wagen?

Schluß machen mit der »Unterwerfung der Opfer unter die Werte ihrer Unterdrücker« möchte Domenico Losurdo in seinem Versuch über »die kommunistische Bewegung zwischen Selbstkritik und Selbsthaß«. Schluß machen mit der »Selbstgeißelung der Linken« und ihrer »Scham« über die in Blut und Enttäuschung getränkte Vergangenheit des »real existierenden Sozialismus«.

Mit »radikaler und vorurteilsfreier Selbstkritik« will er gegen den »aufgeblasenen Narzißmus der Sieger« angehen, wie er gleich zu Beginn erklärt, und fordert deswegen autonome Souveränität im Umgang mit Geschichte und Gegenwart ein. Doch ich weiß nicht, worüber ich mehr staunen soll: über den Inhalt von Domenico Losurdos Argumentation oder über die Form, mit der er diese vorträgt.

Christoph Jünke – Jg. 1964, lebt und arbeitet als Historiker und Journalist in Bochum. Zuletzt: »Zur Verteidigung der Neuen Linken. Eine Erwiderung auf Georg Fülberths politische Archäologie derselben«, in: Z – Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Juni 2000, S. 179-186 und »Freiheit wozu? Zur Einführung in Leben und Werk Leo Koflers (1907-1995)«, in: Leo Kofler: Zur Kritik bürgerlicher Freiheit. Ausgewählte politisch-philosophische Texte eines marxistischen Einzelgängers, Hamburg 2000, S. 7-29.

1 »Im Beschönigen und Lobpreisen stalinscher Taten und in der Unterdrückung antistalinistischer Kritik lebt Stalinismus bis heute fort.«
Manfred Behrend: Überlegungen zum Stalinismus-komplex, in: Beiträge zur Stalinismus-Diskussion, Berlin 1997, S.18.

Diktatur, Terror und Verbrechen habe es zwar gegeben im Lande der Oktoberrevolution und in der kommunistischen Weltbewegung, aber jedes diesbezügliche Eingeständnis wird von ihm unmittelbar relativiert mit dem internationalen Kontext eines vermeintlichen »Dritten Weltkrieges«. Auch Bürokratie habe es zwar gegeben, aber deren Fehler, Irrtümer und Verbrechen seien subjektiv bedingt gewesen, »mit der traditionellen Arroganz der Mandarine verbunden«, also Überbleibsel des Alten, nicht Grundlage des Neuen, wie er am chinesischen Beispiel behauptet.

Losurdo beklagt sich darüber, daß man darauf »wetten« könne, daß jeder, der »schüchtern« (also anders als er selbst) versuche, objektive Rahmenbedingungen des postkapitalistischen Sozialismus-Kommunismus zu erforschen, mit dem Vorwurf des Rechtfertigungsversuchs konfrontiert werde. Man wird zwar hellhörig, schließlich war solcherart Objektivismus schon immer das Einfallstor des Stalinismus. Doch bei gutem Willen klingt das nicht verkehrt, denn »objektive Rahmenbedingungen« sind bekanntlich nur die eine Seite, können noch immer mit kritischer Betrachtung des Inhalts einhergehen. Was aber, wenn wie bei Losurdo diese kritische Binnenbetrachtung schlicht ausbleibt? Dann bleibt in der Tat nur die Rechtfertigung des Geschehenen mit den nicht selbst verschuldeten objektiven Rahmenbedingungen.

Zu allem Überfluß insistiert Losurdo noch darauf, daß die Marxsche Methode des historischen Materialismus darin zusammengefaßt wird, daß die Menschen ihre Geschichte zwar selbst, aber nicht unter selbst gewählten Bedingungen machen. Was jedoch tut Losurdo? Die in dieser Formulierung enthaltene dialektische Spannung löst er auf, indem er sich im folgenden ausschließlich über die »nicht selbst gewählten Bedingungen« ausläßt. Daß er es mit solch hohler Methodik schafft, einen nicht unerheblichen Teil seines Publikums zu blenden, sagt wenig über seine Geschicktheit aus und mehr über dessen weit verbreitetes Bedürfnis, sich blenden zu lassen ...

Die Logik des »Dritten Weltkrieges«

Den Großteil seiner Energie (vier von sieben Kapiteln) verwendet Losurdo darauf, den »Dritten Weltkrieg« zu beschreiben. Dieser war »erbarmungslos«, kannte »keine Regeln« (hier zitiert er einen US-General), »erstreckt(e) sich über den ganzen Erdball und dauert(e) Jahrzehnte«.

Doch in der Nacht sind alle Katzen grau, heißt es. Und genauso ist es mit Losurdos »Dritter-Weltkriegs«-Theorie. Sie ist alles andere als konkret, vermag als homogenisierende Abstraktion realgeschichtlich nicht mehr zu unterscheiden und verunmöglicht damit jede ernsthafte, wissenschaftliche Analyse. Auch der Klassenkampf – um ein anderes methodisches Beispiel zu nennen – ist immer virulent. Mal ist er offener, mal versteckter, mal ist er stärker, mal schwächer. Mal ist das Klassenhandeln der Individuen und Parteien den Herausforderungen angemessen, mal ist es kontraproduktiv. Wir haben also noch nicht viel erklärt, wenn wir konkrete Klassengeschichte auf die allgemeine Tatsache von die Geschichte beherrschenden Klassenkämpfen zurückführen.

2 Domenico Losurdo:
Flucht aus der Geschichte?
Die kommunistische Bewegung zwischen Selbstkritik und Selbsthaß, Essen (Neue Impulse) 2000 (in: *junge Welt* vom 15.-23. März 2000 vorveröffentlicht).

3 Der Begriff des Stalinismus ist noch immer sehr umstritten und wird in bestimmten Kreisen der Linken geradezu als Indikator des Antikommunismus angesehen. Solche Linke ziehen sich zumeist darauf zurück, daß man eine gesellschaftliche Theorie und Praxis nicht mit einer Person benennen könne. Sie haben aber keinerlei Probleme damit, sich selbst als »Marxisten« und andere als »Trotzkisten«, »Luxemburgisten« usw. zu titulieren. Sicherlich ist der Begriff nicht optimal, da er verschiedene Phänomene zu sehr vereinhaltet. Doch er ist meines Erachtens noch immer der treffendste, weil inhaltlich neutralste. Es ist jedoch geboten, mit dem britischen Historiker und Marxisten Edward P. Thompson (Das Elend der Theorie. Zur Produktion geschichtlicher Erfahrung, Frankfurt/M. – New York 1980, S. 193ff.) zwischen dem Stalinismus als einem spezifischen historisch-politisch-soziologischen Ereigniszusammenhang auf der einen und der stalinistischen Ideologie, ihren weiterwirkenden Institutionen und Praktiken auf der anderen Seite zu unterscheiden. »Wenn wir den Stalinismus in seinem zweiten Sinne als ein System von institutionellen Formen, Praktiken, abstrakten Theorien und Herrschaftsverhalten verstehen, dann ist die ›nachstalinistische Generation‹ noch nicht geboren worden«.
Thompson, a.a.O., S. 196.

Entsprechend ergeht es dem »Dritten Weltkrieg«: Wenn alles abstrakt ein permanenter Krieg war, wie erklärt sich Losurdo dann die konkrete Abfolge von friedlichem Wettbewerb der Systeme in den zwanziger und dreißiger Jahren sowie weitgehend friedlicher Koexistenz während der sechziger und siebziger Jahre? Selbst im ersten Kalten Krieg der fünfziger wie auch im zweiten Kalten Krieg während der achtziger Jahre gab es blockübergreifende Zusammenarbeit. Ach ja: In der Nacht sind alle Katzen grau.

Es stellt sich bei diesen methodologischen Ungereimtheiten nicht nur die Frage, was der Aufweis eines vermeintlichen »Dritten Weltkrieges« eigentlich *erklären* soll? Mehr noch stellt sich die Frage, was dieser Aufweis zu *rechtfertigen* in der Lage ist? Für Losurdo ist die Sache klar: »Es handelt sich dabei um ein Kräftemessen, das sich letzten Endes (!) auf die Wirtschaft und Politik des feindlichen Landes auswirkt (!), auf seine ganzen (!) inneren Verhältnisse«. Er führt auf diesem Wege den stalinistischen Terror – seine Formulierung des »erst leninsche(n), dann stalinsche(n) Terror(s)« erweist sich als geschickte Homogenisierung – auf den sich weltweit ausbreitenden Totalitarismus zurück und sieht den permanenten Ausnahmezustand im Nominalsozialismus als integralen Bestandteil der »totale(n) Mobilmachung und Gleichschaltung« im »Dritten Weltkrieg« usw. usf. Solcherart von individueller und kollektiver Schuld gereinigt, wird ihm der (natürlich in Gänsefüßchen gesetzte) Stalinismus »mit allen (!) seinen Schrecken ein Kapitel jenes Emanzipationsprozesses ..., der das ›Dritte Reich‹ besiegt hat« und den Impuls gab für den Kampf gegen Dekolonisierung, Antisemitismus und Rassismus.

Was ist dies anderes als eine unverhohlene und umfassende Rechtfertigung? Außerdem ist es auch noch falsch. Der Stalinismus hat Emanzipationsprozesse nicht nur nachhaltig blockiert, er hatte auch keinerlei Probleme, wenn nötig, auf Rassismus und Antisemitismus zurückzugreifen und hat selbst seine »Bruderparteien« und Satellitenstaaten in quasi kolonialer Manier gehalten. Und daß ihm das Verdienst des Emanzipationskampfes gegen den Faschismus zufällt, ist sehr zu bezweifeln; erinnert man sich daran, wie er durch seine verheerende Politik zuerst zu dessen Machtergreifung beigetragen und dann den antifaschistischen Kampf seinen diplomatischen Direktiven untergeordnet hat.

Leo Trotzki beschrieb bereits 1939, wie eine souveräne Antwort auf solcherart »Leistung« aussähe: »Wenn einer ein Haus in Brand steckt oder dabei hilft und dann von den 10 Einwohnern des Hauses 5 rettet, um sie zu Halbsklaven zu machen, so ist dies ein geringeres Übel, als wenn alle 10 verbrannt wären. Aber eine Rettungsmedaille hat dieser Brandstifter für seine Tat wohl kaum verdient. Sollte ihm dennoch eine solche Medaille verliehen werden, so wäre er gleich darauf zu erschießen, wie es mit einem Held aus einem Roman von Victor Hugo geschieht.«⁴

Losurdo wird nicht müde, Stalin und andere mit Roosevelt, Churchill und Co. zu vergleichen und treibt dieses Spiel bis zur zynischen Erbsenzählerei, wer denn schwerwiegendere Verbrechen verübt, wer denn mehr Menschen auf dem Gewissen habe. Und fragt an: »Auf Grund welcher Logik kann man also behaupten, die

4 Leo Trotzki: Noch einmal zum Charakter der UdSSR, in: Ders.: Schriften 1, Sowjetgesellschaft und stalinistische Diktatur, Bd. 1.2. (1936-1940), S. 1302.

Verbrechen Lenins und Stalins (man beachte die Gleichsetzung – cj.) seien schlimmer als jene, derer sich Clinton schuldig macht?«

Hier beißt sich die graue Katze schließlich in den eigenen Schwanz: Wenn diese verschiedenen Verbrechen alle Teil eines übergeordneten Ganzen, des »Dritten Weltkrieges«, und insofern alle gleich sind, warum sollen wir uns dann eigentlich dazu durchringen, die »kommunistische« Weltbewegung zu verteidigen, uns als sogar stolzen Teil derselben verstehen? Weil jemand behauptet, gut heiße kommunistisch zu sein? Weil bei den einen das gesellschaftliche Eigentum in der Hand einer staatlichen Bürokratie, während es bei den anderen in den Händen der Bourgeoisie privatisiert ist? Auch darauf wußte schon Trotzki das passende Bildnis zu erwidern: »Wenn ein Dampfer zum Kollektiveigentum erklärt wird, die Passagiere aber nach wie vor in erste, zweite und dritte Klasse eingeteilt werden, so ist offensichtlich, daß für die Passagiere der dritten Klasse der Unterschied in den Existenzbedingungen von weit größerer Bedeutung sein wird als der juristische Eigentumswechsel. Umgekehrt werden die Passagiere der ersten Klasse bei Kaffee und Zigarren dem Gedanken huldigen, das Kollektivgut sei alles, die bequeme Kajüte dagegen nichts.«⁵

Hier sind wir beim Kern der Sache angelangt. Losurdo will die Kommunisten souverän machen, aus ihrer Unterordnung unter die Logik der Sieger befreien. Doch er selbst bindet sich in schlichter Negation unerbittlich an die Logik einer untergegangenen (und in ihren letzten Resten zum Untergang verdammt) bürokratischen Kaste. Die Perspektive mag eine andere sein, die Unterordnung ist dieselbe.

Es läßt sich dabei nicht einmal sagen, daß er sich der Logik der Besiegten unterordnet, denn die bürokratische Kaste ist nur bedingt der Verlierer des »Dritten Weltkriegs«. Nennenswerte Teile derselben haben sich gekonnt in die neuen abhängig-kapitalistischen Verhältnisse gerettet – oder sind dabei, sich gekonnt hinein zu retten. Losurdo vertritt dagegen jene ehemalige Schicht von in tiefster Subalternität verharrenden Linksintellektuellen, die jede Denkdirektive von oben immer geflissentlich befolgt haben. Ein Großteil dieser Schicht hat mit dem Zusammenbruch des Nominalsozialismus jeden ideologischen Halt verloren und hat sich mal mehr, mal weniger der bürgerlichen Logik untergeordnet. Ein kleiner Teil verharrt dagegen in trotzigem »Jetzt erst recht!« und ist auf der Suche nach einem neuen großen Bruder, an den man sich anlehnen kann. Für letztere und gegen erstere schreibt Losurdo. Mit Souveränität, eigenbestimmter Logik oder marxistischem Sozialismus hat dies wenig zu tun.

Die Logik des Sozialismus

Losurdo kommt dagegen zur absurden Konsequenz, die bürgerliche Theorie des nackten »Kampfes ums Dasein« einfach auf die Ebene der Systemauseinandersetzung anzuwenden und sich zustimmend auf Carl Schmitts bürgerlich-reaktionären Souveränitätsbegriff zu beziehen.

In der bürgerlichen Gesellschaft ist die sie zutiefst kennzeichnende Entfremdung eine sich alltäglich reproduzierende. Souveränität

5 Leo Trotzki: Verratene Revolution (1936), in: Ders: Schriften 1, a.a.O., S. 943.

erscheint hier einzig als außergewöhnliche möglich, als Souveränität, über den Ausnahmezustand zu entscheiden. Sozialistinnen und Sozialisten dagegen sind souverän, wenn sie es vermögen, mit der bürgerlichen Alltäglichkeit, mit der alltäglichen Entfremdung und den ihnen entsprechenden Denkformen (zumindest partiell) zu brechen. Souveränität hat etwas mit Subjektivität zu tun, doch Losurdos ganzes Sinnen ist in typisch stalinistischer Denktradition auf Objektivitäten gerichtet.

Die Verbrechen Stalins, Pol Pots und all der anderen sind in der Tat schlimmer als die Verbrechen der Bourgeoisie, weil sie – und hier ist die objektive Rechtfertigung für den von Losurdo so beklagten »Verrats«-Vorwurf – im Namen des Sozialismus durchgeführt wurden und weil sie mehrere Generationen von Sozialisten-Kommunisten in Verwirrung und Verirrung getrieben haben. Sie wirkten verheerender, weil die sozialistische Bewegung hier nicht von außen, sondern von innen massakriert wurde.

»Niemand, Hitler inbegriffen, hat dem Sozialismus so tödliche Schläge versetzt wie Stalin. Das ist auch nicht verwunderlich: Hitler hat die Arbeiterorganisationen von außen attackiert, Stalin – von innen. Hitler attackiert den Marxismus. Stalin attackiert ihn nicht nur, sondern prostituiert ihn auch. Nicht ein ungeschändetes Prinzip, nicht eine unbefleckte Idee sind übriggeblieben. Selbst die Worte Sozialismus und Kommunismus sind grauenhaft kompromittiert, seit wildgewordene Gendarmen unter der Titulatur »Kommunisten« ihr Gendarmenregime Sozialismus nennen. Eine abscheuliche Lästerung! Die GPU-Kaserne ist nicht das Ideal, für das die Arbeiterklasse kämpft. Sozialismus bedeutet eine durch und durch transparente Gesellschaftsordnung, die auf der Selbstverwaltung der Werktätigen beruht. Stalins Regime basiert auf einer Verschwörung der Herrschenden gegen die Beherrschten. Sozialismus bedeutet ständig zunehmende Gleichheit aller. Stalin hat ein System abscheulicher Privilegien geschaffen. Der Sozialismus hat die allseitige Entfaltung der Persönlichkeit zum Ziel. Wo und wann wurde die Persönlichkeit so erniedrigt wie in der UdSSR? Der Sozialismus hätte gar keinen Wert, wenn nicht die Menschen miteinander uneigennützig, ehrlich, human umgehen. Stalins Regime hat die gesellschaftlichen und persönlichen Beziehungen mit Lüge, Karrierismus und Verrat durchtränkt. Gewiß, nicht Stalin bestimmt die Wege der Geschichte. Wir kennen die objektiven Ursachen, die der Reaktion in der UdSSR den Weg geebnet haben. Doch nicht zufällig kam Stalin an die Spitze der thermidorianischen Welle. Dem gierigen Appetit der neuen Kaste verstand er unheilvollen Ausdruck zu geben. Er trägt keine Verantwortung für die Geschichte. Aber er trägt die Verantwortung für sich und seine Rolle in der Geschichte. Diese Rolle ist verbrecherisch. Die Maßstäbe des Verbrecherischen sind derart, daß Ekel sich mit Schrecken multipliziert.«⁶

Wer wie Losurdo das welthistorisch Neue des Sozialismus nicht verstanden hat, wer nicht verstanden hat, daß die sozialistische Umwälzung anders als alle bisherigen Revolutionen nur als eine eminent bewußte und selbsttätige Tat der Bevölkerungsmehrheit gegen eine sie ausbeutende und erniedrigende Minderheit gelingen kann, will sie Ernst machen mit dem emanzipatorischen Ziel einer

6 Leo Trotzki: Der Anfang vom Ende (August 1937), in: Ders.: Schriften 1, a.a.O., S. 1100.

Aufhebung menschlicher Entfremdung, der versteht auch nicht die historisch neuartige Tiefe der sozialistischen Niederlage. Die Sklaven Roms lehnten sich mit der Macht historischer Fatalität und einer daraus erwachsenden – von Losurdo genüßlich zitierten – barbarischen Grausamkeit immer wieder neu auf, weil sie in der Tat nichts mehr zu verlieren hatten. Auf die modernen Proletarier, die lohnarbeitende Klasse, trifft dies – hier irrte das *Kommunistische Manifest* – nicht zu. Ihre Entscheidung zum Sozialismus ist nicht die »Freiheit von«, sondern die »Freiheit zu«. Anders können sie gar nicht die ungeheuren Aufgaben in Angriff nehmen, die vor ihnen stehen. Denn Sozialismus baut zwar auf bürgerlich-kapitalistischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften auf. Nichtsdestoweniger ist er ein fundamentaler Bruch mit denselben. Er stellt erstmals den Menschen in den Mittelpunkt von Arbeit und Leben. Und da es einen Zusammenhang zwischen Ziel und Mittel gibt, wird sich der Sozialismus nicht als Hegelsche »List der Vernunft« gegen deren Subjekte durchsetzen lassen. Und weil dies so ist, lassen sich die Verbrechen der »kommunistischen« Weltbewegung auch nicht durch den Vergleich mit den Verbrechen der bürgerlichen Gesellschaft oder durch Vergleiche mit der vorbürgerlichen Geschichte (Christentum, Sklavenaufstände etc.), also mit dem, was Marx und Engels noch als »menschliche Vorgeschichte« ansahen, relativieren.

Daß sich Losurdo von der sozialistischen Idee grundlegend abgewandt hat, zeigt sich, wenn er am chinesischen Beispiel »die Hauptaufgabe der neuen Volksmacht nach dem Sieg der Revolution« schlicht und einzig darin sieht, »die zurückgebliebenen Produktivkräfte zu entwickeln«⁷, spricht: in der Erledigung der bürgerlichen Aufgaben. Daß er diese Produktivkräfte als rein technische mißverstehet, ist dabei gleichermaßen Ursache wie Folge solch fundamentalen Unverständnisses.

»Das wichtigste Kriterium der Politik ist für uns«, so Trotzki dagegen 1939, »nicht die Umwandlung des Eigentums auf dem einen oder anderen Teilterritorium (oder gleichsam die bloße Entwicklung der Produktivkräfte – cj.), wie wichtig sie an und für sich auch immer sein möge, sondern der Wandel in der Bewußtheit und Organisiertheit des internationalen Proletariats und die Steigerung seiner Fähigkeit, alte Errungenschaften zu verteidigen und neue zu machen. Unter diesem allein entscheidenden Gesichtspunkt und aufs Ganze gesehen ist die Politik Moskaus nach wie vor reaktionär und bleibt das Haupthindernis auf dem Wege zur internationalen Revolution.«⁸ Unter diesem Gesichtspunkt gesehen prallt der Losurdosche Aufruf zum letzten blinden Gefecht an der Intelligenz und Humanität der Mehrheit derer ab, auf die es ankäme.

Während sich der alte sozialdemokratische Revisionismus den unmittelbaren proletarischen Denkformen anpaßte und Sozialismus als bloße Erweiterung bürgerlicher Demokratie verstand, ordnete der erziehungsdiktatorische Stalinismus den subjektiven Faktor dem von ihm (vermeintlich) erkannten objektiven Weltgeist unter. Drängte die Sozialdemokratie ihre ehemals eigenständige sozialistische Rationalität zurück und ordnete diese zunehmend der herrschenden bürgerlichen Logik unter, so ordnete der Stalinismus die

7 So Losurdo in seiner zeitgleich im Verlag Neue Impulse erschienenen Broschüre *Die Linke, China und der Imperialismus*, S. 27.

8 Leo Trotzki: Die UdSSR im Krieg, in: Ders.: Schriften 1, a.a.O., S. 1292.

9 Vgl. hierzu Peter Cardorff: Studien über Irrationalismus und Rationalismus in der sozialistischen Bewegung. Über den Zugang zum sozialistischen Handeln, Hamburg 1980.

ehemals eigenständige kommunistische Rationalität ihrer politbürokratischen Herrschaftslogik unter.⁹ Beiden gemeinsam war damit die Abkehr vom Glauben an die Fähigkeit der lohnarbeitenden Klasse zur umfassenden Selbsttätigkeit, die erneute Unterwerfung der Emanzipationssubjekte zu Objekten ihres Herrschaftsanspruchs.

Ein ganzes Kapitel verwendet Losurdo darauf, den Begriff der Implosion des ehemals real existierenden Sozialismus als »völlig ungeeignet« abzulehnen. Ein solcher Begriff ist ihm lediglich »ein apologetischer Mythos des Kapitalismus und Imperialismus«, der den Charakter des »Dritten Weltkrieges« verschleierte. Fällt jedoch eines beim realgeschichtlichen Zusammenbruch der »kommunistischen« Staaten auf, so war es, daß weder die »kommunistischen« Regierungen noch deren Bevölkerungen Widerstand leisteten, der in seiner Intensität auch nur annähernd dem nahekommt, was man bei einem »(Welt-)Krieg« erwarten sollte. Daß dies ein schlagender Hinweis darauf ist, daß dieser Zusammenbruch doch mehr mit inneren als äußeren Faktoren zu tun hat, das kann für Losurdo nicht sein, weil es eben nicht sein soll.

Die Geschichte des Dritten Weges (nicht zwischen Kapitalismus und Sozialismus, sondern zwischen sozialdemokratischem »Sozialismus« und politbürokratischem »Sozialismus«), das was Losurdo unter dem Stichwort »Zurück zu Marx« heftig ablehnt und denunziert, ist der Versuch, einen Maßstab der eigenen Kritik an den genannten Strömungen zu finden, sowie mögliche Hinweise, wie man es anders machen könnte bzw. müßte. Während Trotzismus, Reformkommunismus, Syndikalismus, westlicher Marxismus, Neue Linke und andere eine neue Synthese von Demokratie und Sozialismus suchten, rief die real-existierende Politbürokratie schlicht »Glaubt uns, folgt uns, wir werden es schon für Euch richten!« und tötete mehr Kommunisten als Hitler. Bei ihrem schließlichen Zusammenbruch ließ sie ihre historischen Errungenschaften einfach fahren, rettete dagegen (soweit wie möglich) ihre Felle ins Trokene und hinterließ ideologisches Ödland.

10 Bei einem der weltweit engagiertesten und fundiertesten Kritiker des Neoliberalismus, Franz Hinkelammert, läßt sich nachlesen, daß dies kein Ausrutscher Losurdos ist, daß und inwieweit stalinistisch-sowjetisches Denken vielmehr bemerkenswerte Übereinstimmungen zum neoliberalen Denken zeitigt. (Vgl. dazu Franz Hinkelammert: Kritik der utopischen Vernunft. Eine Auseinandersetzung mit den Hauptströmungen der modernen Gesellschaftstheorie, Mainz/Luzern 1994; Ders.: Kultur der Hoffnung. Für eine Gesellschaft ohne Ausgrenzung und Naturzerstörung, Mainz/Luzern 1999.)

Die Logik des Neoliberalismus

Und nun kommt Losurdo (in Kapitel 5 und vor allem 7) und sagt uns: Schuld am ideologischen Kater sind die illusionären Hoffnungen auf menschliche Emanzipation. Putzen wir uns doch einfach, so Losurdo, diese Emanzipationsversprechen als anarchistische von der Backe und erkennen, daß die reale historische Bewegung der marxistischen Theorie überlegen ist. Er singt das bourgeoise Lied von den angeblich eschatologischen Grundlagen des marxistischen Emanzipationsversprechens und heult schließlich mit jenen Neoliberalen, die am Eingang von Dantes Hölle ausrufen: »Ihr, die ihr hier eintretet, laßt alle Hoffnung fahren!«¹⁰

Daß mit der sozialistischen Revolution der Staat abzusterben beginnt, und daß in diesem Prozeß sowohl die Klassenwidersprüche aufgehoben, als auch die nationalen, ethnischen und Geschlechterverhältnisse angegangen werden müssen, interpretiert Losurdo umstandslos als »eschatologische Hoffnung auf eine vollständig verhönte Gesellschaft ohne jegliche Widersprüche und Konflikte«,

die »gewiß nicht als eine Theorie der zu errichtenden nachkapitalistischen Gesellschaft betrachtet werden (kann)«.

Welch gnadenlos tragische Ironie, daß der vermeintliche Kämpfer gegen die neoliberalen Sieger nicht nur deren antisozialistische Vorurteile teilt, sondern auch noch deren Kerntheorem reproduziert, wenn er den chinesischen »Marktsozialismus« mit der Aussage verteidigt, es gäbe zu ihm keine Alternative. Losurdo behauptet, daß die chinesische Führung eine »revolutionäre Macht«, daß der staatliche Sektor Chinas »sozialistisch« sei. Demokratie hält er für vernachlässigenswert, weil die »zuvor nie genossenen ökonomischen und sozialen Rechte ... ein(en) Emanzipationsprozeß von enormem Ausmaß« in Gang gesetzt hätten. Er sagt uns aber nicht, daß die chinesischen Lohnarbeiterinnen und Lohnarbeiter bestenfalls nominell Eigentümer ihrer Produktionsmittel sind. Er sagt uns nicht, daß sie faktisch keinerlei demokratische Kontrollmöglichkeiten haben über jene Produktionsbedingungen, unter denen sie ausgebeutet werden. Er sagt uns nicht, daß sie keinen Einfluß auf Werksstillegungen und Arbeitsplatzunsicherheit haben, und auch nicht, in welchem Ausmaß gerade Frauen und Wanderarbeiter überausgebeutet und aus dem gesellschaftlichen Produktionsprozeß ausgespuckt werden. Er sagt uns nicht, welche Ausmaße Arbeitslosigkeit und Armut in China angenommen haben und wie sich die Korruption strukturell ausweitet. Er sagt uns nicht, in welchem großen Umfang sich die Arbeiter und Bauern im Arbeiter- und Bauern-Staat mittels Streiks, Bummel und Sabotage ihrer nackten Haut erwehren. Er sagt uns nicht, wie unabhängige Arbeitergruppen real agieren und von den Hütern des »Sozialismus« mit Terror und Mord überzogen werden.¹¹ Auf innenpolitische Verhältnisse in China geht Losurdo weder hier noch in seiner speziell zu China verfaßten zweiten Broschüre¹² ein. Er will uns statt dessen weismachen, daß all dies unsere einzige Alternative zum Kapitalismus sei und daß »eine Reihe von Dingen ... neues Licht auf die Ereignisse vom Tien-An-Men werfen«.

Wen will Domenico Losurdo mit all dem eigentlich überzeugen, was ist der kommunikative Sinn seiner Ausführungen? Bestenfalls überzeugt er die eh schon Überzeugten, spendet Trost den Trostlosen. Zur proklamierten Hegemoniebildung kann er damit jedenfalls nicht beitragen. Und wie will Losurdo gegen die die Menschen und die Natur zerstörende und erniedrigende neoliberale Profitlogik ankämpfen, wenn er ein System verteidigt, das in dieser Profitlogik sein einziges Heil sieht und das deswegen auf eine menschliche und ökologische Katastrophe zusegelt, von der wir uns noch gar keinen richtigen Begriff machen können?¹³

Das theoretische wie praktische Ringen um einen emanzipativen Sozialismus ist kein solches, wenn es erziehungsdiktatorisch daher kommt. Und der theoretische wie praktische Kampf gegen den Neoliberalismus ist kein solcher, wenn er einäugig à la Losurdo geführt wird.

11 Vgl. Gerard Greenfield, Apo Leong: China's Communist Capitalism: The Real World of Market Socialism, in: Socialist Register 1997, p. 96-122.

12 Vgl. Anmerkung 7.

13 Vgl. Richard Smith: Creative Destruction: Capitalist Development and China's Environment, in: New Left Review, No 222, March/April 1997, p. 41.

SIMONE BARCK

»Grundfrage: Antifaschistischer Widerstand«. Zur Widerstandsrezeption in der DDR bis 1970

Seit dem Ende der deutschen Zweistaatlichkeit besteht in der Forschung weitgehend Konsens darüber, daß es sich bei der Rezeption des Widerstandes gegen das Dritte Reich als Folge der deutsch-deutschen System-Konkurrenz um weitgehend komplementäre Vorgänge gehandelt hat, deren Koordinaten, Inhalte und Darstellungsweisen oft einer tagespolitischen Instrumentalisierung unterlagen. Was jeweils unter Widerstand gefaßt und gewertet wurde, diente nicht nur in der Zeit des Kalten Krieges zur ideologischen und politischen Abgrenzung des jeweils anderen deutschen Staates. Für die Übereinstimmung in der Zeichnung der Hauptlinien in der Geschichte der komplementären Verengungen und politischen Stilisierungen können die folgenden Wertungen stehen. In dem von Peter Steinbach und Johannes Tuchel herausgegebenen Standardwerk von 1994 heißt es: »In der DDR wurde bis in die 70er Jahre hinein der kommunistische »antifaschistische Widerstand« beschworen, während in der BRD bis weit in die 60er Jahre vor allem die Verschwörer des 20. Juli 1944 als Widerstandskämpfer gefeiert wurden.«¹ Eine fast identische Einschätzung finden wir zeitgleich in einem Forschungsüberblick der aus der DDR stammenden Historikerin Ines Reich 1994: »In der Bundesrepublik dominierte bis in die 60er Jahre hinein die Behandlung des Widerstandes des 20. Juli 1944 sowie der kirchliche Widerstand und in der DDR der kommunistische Widerstand sowie Fraktionen wie das NKFD oder die Rote Kapelle.«²

Simone Barck – Jg. 1944, Dr. sc., Literaturwissenschaftlerin, Berlin. 1970-1991 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentralinstitut für Literaturgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR; zur Zeit wissenschaftliche Mitarbeiterin und Projektleiterin am Zentrum für Zeitgeschichtliche Forschung Potsdam.

Gekürzte Fassung eines Vortrags, der auf der Tagung »Frauen erinnern. Widerstand Verfolgung Exil 1933-1945« am 23. Oktober 1999, veranstaltet von der Arbeitsgruppe Frauen im Exil in der Gesellschaft für Exilforschung und der Alice Salomon Hochschule Berlin, gehalten wurde. Er basiert auf einer größeren Studie, die unter dem Titel »Widerstands-Geschichten und Helden-Berichte. Momentaufnahmen antifaschistischer Diskurse in den fünfziger Jahren« in dem

Daß es sich hierbei jedoch nicht um platte Dichotomien, sondern um historische Darstellungsweisen und Rezeptionsformen handelte, die durch vielfältige Differenzierungen und wechselseitige Verflechtungen und Einflüsse gekennzeichnet waren, macht die schier unüberschaubare Anzahl von Forschungsergebnissen zum Widerstand im letzten Jahrzehnt deutlich.³ Die nach dem Ende der DDR vor allem delegitimierend⁴ und weniger historisch gebrauchte Formel vom »verordneten Antifaschismus« erfaßte dabei nur eine, wenn auch wesentliche Dimension des Umgangs mit Antifaschismus in der DDR, nämlich die Etablierung, Inszenierung und Ritualisierung des Antifaschismus als zentralem Gründungsmythos und Teil des gesellschaftlichen Lebens in der DDR. Nicht beziehungsweise unzureichend erfaßt wurden und werden mit dieser Formel die vielfältigen Formen eines praktizierten, realen Antifaschismus, wie er sich in den narrativen, ikonischen Vermittlungsarten sowie in den sich differenzierenden historiographischen

Darstellungen und lebensweltlichen Erfahrungsbereichen und individuellen Erinnerungsmustern niederschlug. Das von dem Berliner Politologen Helfried Münkler 1997 vorgeschlagene Interpretationsmuster vom unterschiedlichen kollektiven Gedächtnis der Deutschen, wonach das der Ostdeutschen vor allem kulturell, das heißt durch öffentliche Vermittlung und Präsentation, und das der Westdeutschen vor allem kommunikativ, das heißt durch Alltagskommunikation geprägt sei, bedarf in bezug auf den Stellenwert des Antifaschismus in diesem Zusammenhang noch genauerer Untersuchungen. Den von Münkler identifizierten beiden Gründungsmythen – hie Antifaschismus und da Währungsreform und Wirtschaftswunder⁵ – hat Edgar Wolfrum 1999 mit der Zuweisung des 17. Juni 1953 als »entscheidendem Knotenpunkt für die Erinnerung«⁶, als Paradigma und politischem Symbol der Bundesrepublik einen Interpretationsvorschlag für die deutsch-deutsche Geschichtspolitik und -kultur gemacht, der in seiner verklammernden geschichtspolitischen Relevanz nach vorne offen ist und der in besonderer Weise auch mit der Geschichte des Widerstandes der Deutschen in zwei Diktaturen verbunden ist.

Wie schwierig nach 1989 die Wege zu einem »integralen Widerstandsverständnis« (Peter Steinbach) waren, haben die Auseinandersetzungen um die ständige Ausstellung in der Gedenkstätte des deutschen Widerstandes oder die Vorgänge um die bilderstürzlerischen Berliner Straßenumbenennungen, zuletzt um die Käthe Niederkirchner Straße, und vieles andere gezeigt. Eine im einzelnen noch zu leistende kritische Bilanzierung der erreichten Forschungsergebnisse hätte sich zugleich der verschiedenen historischen Rezeptionsweisen zu vergewissern, um sowohl das verfügbare Wissen wie auch die signifikanten Leerstellen im Heute präsent halten zu können.

Daß es nach wie vor Nachholebedarf gibt und wie differenzierte Wertungen auch heute durch ungenaue Recherchen und Ambivalenzen gefährdet sein können, zeigt ein Blick auf eine an sich sehr verdienstvolle wichtige Publikation zu Ricarda Huch, deren Bemühungen um Widerstands-Bilder der »Märtyrer der Freiheit« am Anfang einer noch gesamtdeutschen Anstrengung stehen. Wolfgang M. Schwiedrzik hat das Torso gebliebene »Gedenkbuch« zu rekonstruieren versucht und durch Briefe und Dokumente ergänzt. Ein Teil der Porträts war 1947 in der Presse, darunter der *Täglichen Rundschau* erschienen. Deutlicher zeigt sich in dieser Edition⁷ Ricarda Huchs breite, verschiedene Lager des deutschen Widerstandes gegen Hitler umfassende Anlage, die Qualität ihrer Porträts, die ihren Ausdruck im Modellieren der Geistesart und dem Aufdecken der individuellen politischen und ethischen Motivationen der Akteure fand. Noch genauer allerdings wäre die Rekonstruktion ausgefallen, wenn der Herausgeber die im Weisenborn-Nachlaß der Ostberliner Akademie der Künste überlieferten Dokumente einbezogen hätte.

Bekanntlich hatte Ricarda Huch im Kontext des 1947er Schriftstellerkongresses Weisenborn ihr Material zur Fortsetzung der Arbeit zu treuen Händen übergeben.⁸ Statt dessen erweist sich des Herausgebers Vorwurf an Weisenborn, bezogen auf den 1953 im

Band »Geschichte als Herrschaftsdiskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR« (Böhlau Verlag 2000) auf den Seiten 119-173 nachzulesen ist.

1 Peter Steinbach, Johannes Tuchel (Hrsg.): Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Bonn 1994, S. 597.

2 Ines Reich: Geteilter Widerstand. Die Tradierung des deutschen Widerstandes in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 7/1994, S. 635.

3 Vgl. die Auswahlbibliographie »Neuere Literatur zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten« 1989-1994, in: Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten, hg. von Jürgen Danyel, Berlin 1995, S. 247-264.

4 Vgl. hierzu Antonia Grunenberg: Antifaschismus – ein deutscher Mythos, Reinbek bei Hamburg 1993.

5 Vgl. Helfried Münkler: Das kollektive Gedächtnis der DDR, in: Parteiauftrag: ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR, hg. von Dieter Vorsteher, DHM, Berlin-München 1996, S. 458-468.

6 Edgar Wolfrum: Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948-1990, Darmstadt 1999, S. 7.

7 Ricarda Huch: In einem Gedenkbuch zu sammeln ... Bilder deutscher Widerstandskämpfer, hg. und

eingeleitet von Wolfgang M. Schwiedrzik, Leipzig 1997.

8 Vgl. hierzu: Erster Deutscher Schriftstellerkongreß 4.-8. Oktober 1947, Protokolle und Dokumente, Hrsg. von Ursula Reinhold, Dieter Schlenstedt und Horst Tanneberger, Berlin 1997, S. 44.

9 Ricarda Huch: In einem Gedenkbuch zu sammeln, S. 69.

10 Henryk Keisch: Literatur und historische Wahrheit. Zu einem westdeutschen Dokumentarwerk über den Widerstand gegen Hitler, in: NDL 3/1954, S. 156/157.

11 Dokumente der SED, Band III, Berlin 1952, S. 570ff. bes. 581-583.

12 Bemerkungen zum Lehrbuch der Politischen Grundschulen über die Entwicklung Deutschlands und der deutschen Arbeiterbewegung, 16. 2. 1953, in: SAPMO-BA Dy 30 NL 182/925.

Hamburger Rowohlt-Verlag erschienenen »Lautlosen Aufstand. Bericht über die Widerstandsbewegung des deutschen Volkes« (nach dem Material von Ricarda Huch), als unzutreffend. Die monierte »Linkslastigkeit« und die fehlende »Wärme und Sympathie«⁹ halten einer Lektüre von Weisenborns nach wie vor wichtigem Standardwerk nicht stand und verkleinern zudem Ricarda Huchs Bemühung auch um den sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen und kommunistischen Widerstand.

Mit dem »Lautlosen Aufstand« sind wir bei der frühen Geschichtsschreibung zum Widerstand gelangt und der Erörterung, warum zum Beispiel dieses Buch nie in der DDR erschienen ist, obwohl Weisenborn ein in DDR-Verlagen sonst gern publizierter Autor war. Die Gründe dafür lagen eindeutig im Konzept (gerichtet auf einen objektiv und allen Richtungen des Widerstandes gerecht werdenden »Bericht«) sowie in der Ausführung (weniger Kommentar denn breite Präsentation von Original-Quellen), denn beides zusammen stand zu den Koordinaten des DDR-Widerstands-Diskurses mindestens quer. Das ist der zeitgenössischen Reaktion zu entnehmen. So vermerkte eine Rezension in der vom Schriftstellerverband herausgegebenen Zeitschrift »Neue deutsche Literatur« im März 1954 zwar zunächst positiv ein »Plädoyer zur Rehabilitierung der Widerstandsbewegung in Westdeutschland«, um dann jedoch zugleich eine »Verschiebung der Proportionen«¹⁰ innerhalb der Widerstandsbewegung zu beklagen und einen Verstoß gegenüber der historischen Wahrheit, daß die Kommunisten den größten Anteil im Kampf gegen das NS-Regime gehabt hätten, festzustellen.

Dieses Argumentationsmuster im Widerstands-Diskurs (Massenhaftigkeit plus Makellosigkeit) hatte seine Grundlegung in der SED-Geschichtsschreibung mit der im Oktober 1951 gefaßten ZK-Entscheidung über »Die wichtigsten ideologischen Aufgaben der Partei« erfahren, in der die »wissenschaftliche Ausarbeitung der deutschen Geschichte und der deutschen Arbeiterbewegung vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus«¹¹ programmiert, die Gründung einer Zeitschrift für Geschichtswissenschaft angeregt und die Ausarbeitung eines Hochschullehrbuches der deutschen Geschichte beschlossen worden waren. Diese Maßnahmen waren einhergegangen mit der Überprüfung des bisherigen propagandistischen Materials. So geriet das für das Parteilehrjahr 1951/1952 herausgegebene »Lehrbuch für die Politischen Grundschulen«, besonders in seinem Teil über die Jahre 1933 bis 1945 in eine aufschlußreiche Kritik. Die gegenüber Walter Ulbricht geltend gemachten Haupteinwände der Abteilung Propaganda des ZK der SED an dem von Walter Bartel ausgearbeiteten Teil richteten sich auf »fehlerhafte Einschätzungen und Schlußfolgerungen, die die geschichtliche Wahrheit entstellen«.¹² Das Buch schenke der Geschichte der KPD eine »ungerechtfertigt geringe Aufmerksamkeit«. Das zeige sich unter anderem darin, daß die Widerstandsbewegung in Deutschland gegen das Hitlerregime unter der Führung der KPD als »außerordentlich schwach« erscheine. Es würden vor allem die Schwächen dieser Bewegung hervorgehoben, so zum Beispiel die Unfähigkeit der KPD, Aktionen größeren Ausmaßes

zu organisieren. Statt auf die objektiven Schwierigkeiten unter den NS-Terrorbedingungen und den heroischen Kampf der Kommunisten hinzuweisen, würde durchweg der Eindruck des subjektiven Versagens der KPD und der historischen Niederlage vermittelt. Statt die einzelnen Widerstandsgruppen gebührend zu würdigen, stelle man die bekannte Generalsverschwörung, für deren Behandlung in diesem Lehrbuch kaum eine Notwendigkeit bestünde, in eine Reihe ihres Kampfes gegen das Hitlerregime. Die beispielgebende Rolle Ernst Thälmanns für den antifaschistischen Kampf werde nicht herausgearbeitet. Außerdem kämen noch hinzu: Lobeshymnen auf die Sozialdemokratie, ausführliche Zitate von Reaktionen wie Eduard Bernstein und Philipp Scheidemann.

Die hier formulierten Einwände spiegelten zeittypische Diskurs-Figuren, die problematisch geworden waren. Das betraf in dem 1952er »Lehrbuch« vor allem drei Feststellungen. Im Lande selbst hätten die illegalen Widerstandsgruppen heroische Anstrengungen gemacht, das deutsche Volk zum Kampf gegen Hitler und den Krieg zu mobilisieren. Der schrankenlose Terror der Gestapo und der SS habe aber immer wieder die Bemühungen der in strengster Illegalität wirkenden Widerstandsorganisationen zerschlagen. Und: »Obwohl die Saefkow-Gruppe, die Gruppe Römer-Sachse-Uhrig, die Gruppe Schulze-Boysen-Harnack (Rote Kapelle) und viele andere Gruppen heroische Beispiele des Widerstandes gaben, blieben sie doch von den Massen des deutschen Volkes isoliert.«¹³ Das hier dokumentierte kritische Eingeständnis von äußerst begrenzten Wirkungen angesichts einer NS-beeinflußten Bevölkerung und des brutalen Terrors wurde nun als Diskurs-Figur abgeschafft. Aus den Niederlagen der umgekommenen Widerstandsakteure mutierten die Siege der SED-Führung, die sich berufen erklärte, deren Vermächtnis zu erfüllen.

Kampf und Sieg auf der einen Seite und Leiden und Niederlage auf der anderen Seite waren auch die Pole, zwischen denen bis zum zwangsweise verfügten Ende der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes« (VVN) im Februar 1953 noch verschiedene plurale Deutungsmuster und unterschiedliche Ströme von Berichts- und Dokumentarliteratur – wengleich auch nicht unumstritten und parteiideologisch angegriffen – existieren konnten. Mit der Auflösung auch des *VVN-Verlages*¹⁴, der immerhin zweihundert eigene Titel mit gesamtdeutscher Ausrichtung und internationaler Dimension in hohen Auflagen herausbringen konnte, entstand eine folgenreiche Leerstelle im Antifaschismus-Diskurs, die vor allem die jüdische Opferperspektive mit Langzeitwirkung in den Hintergrund schob. Ein Teil dieser Titel sowie neue Dokumentationen zum Mord an den Völkern des Ostens und den Juden Europas kamen jedoch ab der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre im *Kongreß-Verlag, Ruetten & Loening* und dem *Union-Verlag* in großer Anzahl heraus.¹⁵ Letztere Publikationen waren auf den Nachweis der an der Menschengeschichte und -vernichtung verdienenden Monopole und NS-Institutionen gerichtet und machten die NS-Täter namentlich, dies vor allem gegen die Bundesrepublik gewandt, in der mancher von ihnen nach wie vor ungeschoren lebte. Hier zeigte sich ein generelles Merkmal der DDR-Geschichtswissenschaft und

13 Lehrbuch für die Politischen Grundschulen der SED, Berlin 1952, S. 410.

14 Vgl. hierzu Simone Barck: Zeugnis ablegen. Zum frühen Antifaschismus-Diskurs am Beispiel des VVN-Verlags, in: *Verwaltete Vergangenheit. Geschichtskultur und Herrschaftslegitimation in der DDR*, Leipzig 1997, S. 259-291.

15 Zu der im Ruetten & Loening Verlag erschienenen Geschichtsliteratur vgl.: Siegfried Lokatis: *Geschichtswerkstatt Zensur*, in: *Geschichte als Herrschafts*

diskurs. Der Umgang mit der Vergangenheit in der DDR, Köln Weimar Wien 2000, S. 175-225. Als Beispiele seien genannt: Faschismus Ghetto Massenmord. Dokumentation über Ausrottung und Widerstand der Juden in Polen während des 2. Weltkrieges. Hg. vom Jüdischen Historischen Institut Warschau, Berlin 1960; Braunbuch. Kriegs- und Naziverbrecher in der Bundesrepublik. Staat. Wirtschaft. Armee. Verwaltung. Justiz. Wissenschaft, Berlin 1965.

16 Vgl. hierzu: Jürgen Danyel, Olaf Groehler und Mario Keßler: Antifaschismus und Verdrängung. Zum Umgang mit der NS-Vergangenheit in der DDR, in: Die DDR als Geschichte. Fragen – Hypothesen – Perspektiven, hg. von Jürgen Kocka und Martin Sabrow, Berlin 1994, S. 148-152.

17 Vgl. hierzu die Studie von Thomas Taterka: In diesem anderen Land oder »Buchenwald liegt in der Deutschen Demokratischen Republik«. Zu Funktion und Verfertigung des Lagerdiskurses in der DDR. (noch unveröffentlicht)

18 Im Feuer vergangen. Tagebücher aus dem Ghetto. Mit einem Vorwort von Arnold Zweig, Berlin 1958, S. 9.

19 Ota Kraus, Erich Kulka: Die Todesfabrik, Berlin 1957, S. 5.

-politik. Das war der enge Zusammenhang, in dem sich aktuelle Parteipolitik (hier als Außenpolitik) mit der Faschismusforschung (mit der bekannten Dimitroff-Definition von 1935) und der Widerstandsforschung befanden. Er drückte sich langfristig in dem vorherrschenden Interesse für die ökonomischen und politischen Ursachen und Strukturen des Nationalsozialismus und weniger in der sozialen, mentalen und psychologischen Aufklärung der Ursachen für Massengefolschaft und Wirkungsmächtigkeit des Nationalsozialismus aus.¹⁶

Der Widerstands- und Lager-Diskurs als zentrale Teile des historischen Herrschafts-Diskurses erwiesen sich als eng miteinander verbunden, das zeigte sich in dem öffentlichen Umgang mit den KZ-Gedenkstätten ebenso wie im publizistisch-editorischen Bereich, dem für die narrative Vermittlung entscheidenden.¹⁷ Bereits zwei Beispiele können diese Zusammenhänge belegen.

1958 erschien im Berliner *Ruetten & Loening* Verlag als Übersetzungstitel aus dem Polnischen »Im Feuer vergangen. Tagebücher aus dem Ghetto, mit einem Vorwort von Arnold Zweig«. Des Schriftstellers Vorwort, datiert auf den 15. September, einen Tag nach der staatsoffiziellen Einweihung des Buchenwalddenkmals, enthält – wie Thomas Taterka in einer bisher unveröffentlichten Studie zum Lager-Diskurs in der DDR schreibt – die vielleicht einzige in der DDR öffentlich gewordene Reaktion auf das Ausblenden der jüdischen Opfer in der Anlage und bei der Einweihung der Buchenwalder Gedenkstätte. »Unter den 21 Fahnen der Völker, welche sich auf dem Eppersberg zusammen fanden, um das unauslöschliche Gedenken der Helden und Märtyrer mit dem Kampfprud gegen die Wiederkehr der Barberei zu verbinden, fehlte die Fahne mit dem uralten Emblem des Davidsterns, welches die jüdischen Opfer des faschistischen Terrors vertreten hätte. Hier, in diesem Buche, ist sie neben den roten gehißt.«¹⁸ Weder wurde je der Davidstern in Buchenwald gehißt, noch entging die Bemerkung Zweigs auf Dauer der Zensurbehörde. Allerdings enthielt noch die 7. Auflage von 1962 diesen Satz.

Auch das zweite Beispiel erregte wegen seines Vorworts, verfaßt von Hermann Langbein, dem langjährigen Generalsekretär des Internationalen Auschwitz-Komitees und Autor des Buches »Die Stärkeren. Ein Bericht«, Wien 1949, Anstoß. In dem Übersetzungstitel aus dem Tschechischen »Die Todesfabrik« von Ota Kraus und Erich Kulka (Kongreß Verlag Berlin 1957) hatte dieser zu Beginn geschrieben: »Es gibt leider noch immer in verschiedenen Ländern Konzentrationslager. Wir, die wir die deutschen Konzentrationslager zur Zeit Hitlers kennengelernt haben, überlassen es anderen, das Bestehen solcher Lager zu rechtfertigen.«¹⁹ Dieser vieldeutige Satz, der wie so oft – den geltenden Zensur-Regeln zuwiderlaufend – als Teil der »Einleitung« nicht der Zensur-Behörde vorgelegen hatte, löste hektische Reaktionen des Komitees der Antifaschistischen Widerstandskämpfer in der DDR (KAW, die Folgeeinrichtung der VVN) aus, die zur Zurückziehung des Buches führten. Die Vertreter des KAW, die sich in der Folgezeit zu obersten Gralshütern der Wahrheit über den Widerstand aufwarfen, vermuteten eine antisowjetische Provokation, da Langbein die sowjetische

Intervention bei den ungarischen Ereignissen von 1956 öffentlich abgelehnt hatte. Um zukünftig solche »Pannen«, das heißt »falsche« Darstellungen von Vorgängen der Widerstandsbewegung (innerhalb und außerhalb der Lager) zu vermeiden, wurden im Januar 1958 in einem Rundschreiben der Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel alle Verlage der DDR angewiesen, vor Drucklegung dokumentarischer und fiktionaler Darstellungen zur Widerstandsbewegung das KAW zur Beratung und Begutachtung zu konsultieren. Damit war auf diesem Gebiet neben der zentralen staatlichen Zensur-Instanz ein zusätzliches Instrument zur Durchsetzung eines »richtigen« Bildes vom Widerstand geschaffen.²⁰

Mit dieser Instanz bekam es auch ein Buch zu tun, das als bis dahin umfangreichster Darstellungsversuch über den antifaschistischen Widerstandskampf zu werten ist und insofern durchaus mit Weisenborns »Lautlosem Aufstand« zu vergleichen war: Walter A. Schmidts 1958 erschienenes Buch »Damit Deutschland lebe. Ein Quellenwerk über den deutschen antifaschistischen Widerstandskampf 1933-1945«. In einer Art Lesebuch vermittelte es in einer umfänglichen, über 800 Seiten umfassenden Text-Montage einen bisher so nicht vorhandenen detaillierten Einblick in fast alle Richtungen und Handlungsfelder des Widerstandes. Die Hauptteile waren dem Widerstand in den Betrieben, in den verschiedensten Volksschichten, in den faschistischen Konzentrationslagern und Zuchthäusern gewidmet. Komplettiert wurde dies durch Überblicksteile zum »allgemeinen Kampf antifaschistischer Widerstandsgruppen« (in den Phasen 1933-39, 1939-42, 1943-45, in der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition, in Spanien, in den verschiedenen Emigrationsländern, wobei die Sowjetunion nicht extra vorkam), durch ein Kapitel zum Widerstand in der Wehrmacht und einen Schlußteil »Die KPD, die Führerin des umfassenden Kampfes gegen den Faschismus«. Das »Quellenwerk« war trotz mancher stofflicher Überschneidungen und thematischer Dopplungen das beachtliche Arbeitsergebnis eines einzelnen, der im Vorwort als KPD- und Gewerkschaftsfunktionär, Journalist und Widerstandskämpfer vorgestellt wurde und dessen autobiographische Beziehung zum Thema im Buch selbst noch genauer deutlich wird. Als führender Funktionär in der Angestellten-Gewerkschaft hatte er zunächst illegal in Deutschland und dann von der Schweiz aus gegen den Nationalsozialismus gewirkt, nicht zuletzt durch einige Broschüren, die illegal nach Deutschland gelangten, das heißt einen Teil seines Materials hatte er bereits im Exil sammeln können.²¹ Interessante Perspektiven eröffnete das Buch vor allem dadurch, daß Texte unterschiedlichster Art zusammengestellt waren: bereits veröffentlichte, aber auch viele bisher unbekannte biographische Erinnerungen und Aufzeichnungen von Akteuren des Widerstandskampfes, Manifeste und Verlautbarungen der politischen und sozialen Organisationen, Zeugnisse des illegalen Kampfes, Auszüge aus Gestapo-, Polizei- und Gerichtsakten. Eine vielzitierte Quelle ist dabei Weisenborns »Der Lautlose Aufstand«, was die offizielle Kritik als problematisch vermerken wird. Ausgespart blieben die »opponierenden Generale und Kapitalisten« der sogenannten Bewegung des 20. Juli 1944, dies blieb die zentrale Leerstelle. Das

20 Vgl. hierzu: Thomas Taterka. In diesem anderen Land oder »Buchenwald liegt in der Deutschen Demokratischen Republik«. Zu Funktion und Verfertigung des Lagerdiskurses in der DDR (Ms).

21 Walter A. Schmidt: Damit Deutschland lebe. Ein Quellenwerk über den deutschen antifaschistischen Widerstandskampf 1933-1945, Berlin 1959, S. 118/119.

Buch erlebte zwei Auflagen und fand in der Breite seines Materials keine Nachfolge. Schmidts Materialbuch repräsentierte eine bemerkenswerte Zwischentappe im Widerstandsdiskurs. Es kam noch außerhalb der Partei- und akademischen Institutionen zustande und wurde wohl auch nur veröffentlicht in Ermangelung von vergleichbaren parteioffiziellen Überblicksdarstellungen. In einer unendlichen Geschichte schwelte über fünf Jahre ein Konflikt zwischen dem Autor und den Partei- und staatlichen Instanzen, dessen Inhalt aus der Logik des Herrschafts-Diskurses nicht überraschend war: Die führende Rolle der KPD für den Widerstandskampf käme nicht genügend klar zum Ausdruck.²² Außerdem erwies sich der »faktologische Charakter des Buches« als anstößig. Die »nur mit einem Mindestmaß kommentierte Quellensammlung« gäbe vielen subjektiven Färbungen Raum. Ein einzelner sei heute nicht mehr in der Lage, eine solche Darstellung zu leisten. Als außerordentlich ungünstig für Schmidt erwies sich letztlich, daß 1962/63 inzwischen der »Grundriß zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung« erschienen war und damit die Sicht auf den antifaschistischen Widerstand unübersehbar parteioffiziell fixiert war. Es sei klar, daß ohne dessen »Auswertung« und »grundsätzliche Umarbeitungen«²³ das Buch nun nicht mehr erscheinen könne.

Mit dem Erscheinen des »Grundrisses« begann nun auch eine neue Etappe im Widerstandsdiskurs, die Publikationen zu diesem Thema außerhalb von Parteiinstitutionen von vornherein keine Chance mehr gab. Die Tatsache, daß es später trotz beträchtlicher wissenschaftlicher Forschungskapazitäten nicht mehr zu einer ähnlich gearteten umfangreichen Quellendokumentation gekommen ist, zeigt noch einmal die persönliche historische Leistung Schmidts. Sie wirft zugleich ein bezeichnendes Licht auf die anhaltenden Schwierigkeiten in der parteieigenen Forschungsarbeit, die aus dem Festhalten an bestimmten Dogmen und Tabus resultierten. Die Ära der kollektiven Geschichtsprojekte erreichte mit der »Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung« (GdA) einen Höhepunkt, nachdem die langwierige Arbeit am Hochschullehrbuch bereits die Gestehungskosten dieser Art kollektiver Arbeitsweise offenbart hatte. Ulbricht fühlte sich durch den desaströsen Verlauf der Hochschullehrbucharbeit in seiner Meinung bestärkt, daß die »richtige Geschichtsdarstellung« sowieso nur unter der Leitung des Politbüros mit ihm an der Spitze entstehen könne.

In der seit 1947 innerhalb der höchsten Parteigremien institutionalisierten Widerstandsforschung mit zunächst wechselnden Bezeichnungen (Hauptreferat Widerstandsbewegung, Sektor Geschichte des antifaschistischen Widerstandskampfes u. ä.) war neben der Sicherung und Sammlung von Dokumenten früh mit der Organisierung von sogenannten Erinnerungs-Berichten begonnen worden, einem wichtigen erfahrungsgeschichtlichen Material für das kollektive Gedächtnis der Partei, das jedoch sekretiert blieb.²⁴ Publiziert wurde zunächst die im Institut für Marxismus-Leninismus erarbeitete Reihe »Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung«. Hier erschienen in den Jahren 1957 bis 1960 Dokumentationen zu den Widerstandsgruppen Neubauer-Poser, Saefkow-Jacob-Bästlein, Bästlein-Jacob-Abshagen,

22 Ingo Materna, Wolfgang Herbst: Wahre Helden unseres Volkes. Neue Publikationen zum deutschen Widerstandskampf gegen den Faschismus, in: Neues Deutschland vom 27. 8. 1958, S. 4.

23 Bruno Haid an Erich Wendt am 15. 11. 1962, in: BA DR 1 7775.

24 Vgl. hierzu: Beatrice Vierneisel. Das Erinnerungsarchiv. Lebenszeugnisse als Quellengruppe im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, in: Verwaltete Vergangenheit, S. 119-144; Karin Hartwig: Das »Gedächtnis« der Partei. Biographische und andere Bestände im Zentralen Parteiarchiv in der »Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv«, in: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Berlin 1993, S. 312-323.

Schumann-Engert-Kresse, die als »solide Aktengrundlage für die zukünftige wissenschaftliche Arbeit auf diesem Gebiet«²⁵ gedacht waren. Noch 1958 erklärte der zuständige Sektorenleiter des Institut für Marxismus-Leninismus die Erforschung und Darstellung der Phase 1939-1945 als vorrangig, »weil über diesen Zeitabschnitt die größte Unkenntnis besteht«. Drei Feststellungen erschienen ihm als verbindlich: die »einzig führende Rolle der KPD« im Widerstandskampf, die einheitliche Leitung durch das ZK der KPD, ein größerer Umfang der illegalen Aktivitäten der KPD als bisher angenommen.²⁶

In der Rezeption der oben genannten Dokumentations-Serie offenbarte sich bald jedoch ein deutlicher Widerspruch im parteioffiziellen Widerstands-Diskurs: Einerseits sollten die regionalen und lokalen Aktivitäten und Aktionen dargestellt werden, andererseits führte dies dann oft zum Vorwurf der »Überschätzung« einzelner dieser Gruppen. Wie sehr hier ernsthafte Forschungsprobleme mit überformenden Deutungsmustern kollidierten, machte ein Artikel im Märzheft der »Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung« (BzG) 1961 sichtbar, dessen Aufgabe es war, »ernsthafte Mängel und fehlerhafte Darstellungen«²⁷ in Veröffentlichungen des Institut für Marxismus-Leninismus zu benennen und orientierende Richtlinien für die weitere Arbeit auf diesem Gebiet zu geben.

Verfaßt von dem im Institut für Marxismus-Leninismus für diese Arbeit zuständigen »Kollektiv« (der sogenannten Widerstandsbrigade), handelte es sich um eine in dieser Form recht seltene öffentliche Selbstkritik, die nicht als solche auf den ersten Blick erkennbar war. Der wissenschaftliche Maßstab dieser Kritik sind vor allem die »Arbeiten des Genossen Walter Ulbricht«. Die trotz »mancher wertvoller Forschungsergebnisse« in den IML-Arbeiten enthaltenen »Fehler« hätten in der ungenügenden Berücksichtigung von Ulbrichts Darstellung, im vorherrschenden »subjektiven Herangehen« ihre Ursachen.

Zwischen dem Lob von 1958 und der jetzigen Kritik lag die »ideologische Offensive« nach dem V. Parteitag der SED, die unter anderem Klarheit in den sozialistischen Traditionsbeständen verlangte. Die Hauptthese für den kommunistischen Widerstand erfuhr noch eine Steigerung, ohne daß dies mit entsprechenden empirischen Resultaten gestützt wurde. Den Kernpunkt der Selbstkritik ahnen wir schon: Ungenügend sei die führende Rolle der Partei und ihres ZK herausgestellt worden. Unklar blieben auch die historischen Etappen. Der Beitrag entwarf eine starke Kontinuitätslinie der KPD-Politik, vom Programm zur nationalen und sozialen Befreiung von 1930 über 1935 und 1939 bis zum Januar 1940, als die bisherigen Abschnittsleitungen aufgelöst und eine zentrale operative Leitung der KPD im Lande aufzubauen versucht wurde. Dies sei durch »Instruktorsgruppen des ZK« geschehen und habe so die Führungsrolle von Moskau aus gewährleistet. In den Darstellungen zu einzelnen Widerstandsgruppen in der oben genannten »Reihe« wäre demgegenüber der irreführende Eindruck vermittelt worden, daß »die Kommunisten im Lande auf sich allein gestellt und gezwungen gewesen wären, ohne die richtungsweisende Orientierung und Führung durch das ZK die politische Linie

25 Über die wissenschaftliche Behandlung der Geschichte der Arbeiterbewegung, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 4 (1969), S. 667.

26 Fritz Knittel: Die KPD – die einzige führende und organisierte Kraft des antifaschistischen Widerstandskampfes in Deutschland 1933-1945, in: ZfG, Sonderheft zum 40. Jahrestag der Novemberrevolution, 1958, S. 190-201.

27 Zur führenden Rolle der KPD und ihres ZK im antifaschistischen Widerstandskampf, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung 3/1961, S. 547-572.

28 Ebenda, S. 564.

der Partei selbst auszuarbeiten«.²⁸ Das »unsterbliche Verdienst« der im Lande tätigen Funktionäre bestünde darin, daß sie die zentralen Beschlüsse umgesetzt hätten.

Das von Ulbricht gesetzte Dogma war in den Darstellungen der Tätigkeit der Widerstandsgruppen mit ihren konkreten historischen Abläufen und sehr differierenden Bedingungen für die illegale Arbeit vor Ort sowie den unterschiedlichen Erfahrungshorizonten in Widerspruch geraten. Die notwendigen Selbständigkeiten vor Ort beschränkten sich jedoch nicht nur auf die antifaschistischen Aktionen und Initiativen, sondern sie dokumentierten sich auch in programmatischen Ausarbeitungen und operativen Materialien. Dies in ersten Anfängen und Ansätzen mit Materialien dokumentiert zu haben, ließ offensichtlich die »Reihe« im Verständnis Ulbrichts als eine unzumutbare Provokation erscheinen. Auch in den von den Bezirks- und Kreiskommissionen zur Erforschung der Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung veröffentlichten Broschüren schlug sich diese als Dezentralisierungsthese zu fassende Erscheinung wohl zu deutlich nieder.

Der hiermit verbundene Widerspruch im parteioffiziellen Widerstandsdiskurs blieb zu Zeiten Ulbrichts bestehen, in der achtbändigen »Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung« wurde er 1966 mit dem Dogma von der allseits führenden Rolle des ZK für den Widerstand absichernd zugedeckt. Langfristig jedoch war das eine nicht ohne das andere zu haben: Die gewünschte und geförderte breite Dokumentation des antifaschistischen Widerstands im Lande brachte immer mehr Zeugnisse und Erfahrungsberichte ans Licht, deren offensichtliche Eigenständigkeit das zentrale Dogma mehr und mehr verblassen ließ.

In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre begannen sukzessive Materialien »aus der Tätigkeit illegaler Leitungen der KPD im Lande« zu erscheinen, aus denen die theoretischen und praktischen Leistungen der Illegalen in ihrer Selbständigkeit hervorgingen. Erstmals konnte nun festgestellt werden, daß in den Jahren 1943/1944 die »direkte Verbindung zur Parteiführung« in Moskau unterbrochen war. Und der in sich widersprüchliche Kommentar konnte für den aufmerksamen Leser dieser Dokumente die tatsächlichen Unterschiede, auch die Gemeinsamkeiten, in den programmatischen Vorstellungen nicht mehr verdecken.

Zwei Momente waren es wohl vor allem, die es für die SED-Geschichtsschreibung geboten sein ließen, diese Zeugnisse so lange wie möglich lieber im Verborgenen zu halten: der radikalere politische Kurs auf eine »proletarische Diktatur« und die aus der täglichen illegalen Arbeit resultierende selbstbewußte Grundhaltung, die sich der »Zentrale« demokratisch gegenüber sah. Während man in Moskau über die »politische Zurückgebliebenheit«²⁹ der Illegalen räsonierte, bezweifelte Franz Jacob, einer der wichtigsten kommunistischen Inlandsfunktionäre, im Juli 1944 in einer Erklärung vor der Gestapo, daß von den ZK-Funktionären »brauchbare Vorschläge für unsere Arbeit« zu erwarten gewesen wären, da sie schon seit so vielen Jahren aus Deutschland heraus seien. »Ob nach Eintritt anderer Verhältnisse in Deutschland die von uns vertretenen politischen Auffassungen und unsere Arbeit die Billigung des

29 Peter Eler, Horst Laude, Manfred Wilke (Hg.): »Nach Hitler kommen wir«. Dokumente zur Programmatik der Moskauer Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994, S. 107.

30 Zitiert nach Johannes Tuchel: Über kommunistische Neuordnungsvorstellungen in Berlin-Brandenburg 1943/44, in: Ursel Hochmuth: Illegale KPD und Bewegung »Freies Deutschland« in Berlin und Brandenburg 1943-1945. Biographien und Zeugnisse aus der Widerstandsorganisation um Saefkow, Jacob und Bästlein, Berlin 1998, S. 33.

ZK finden würde, müsse man getrost der Zukunft überlassen.«³⁰ Der sich hier abzeichnende innerparteiliche Konflikt kam infolge der Ermordung fast aller führenden Köpfe dieser Gruppierungen nicht zum Tragen, seine Existenz allerdings war bei den am Widerstandsdiskurs Beteiligten in dem geschilderten Umgang mit diesem historischen Komplex präsent.

Es berührte auch die Problematik der sogenannten Buchenwalder in ihrem Führungsanspruch, deren wechselhafte Geschichte in der umfangreichen Dokumentation von Lutz Niethammer und Karin Hartewig³¹ seit 1994 nachzulesen ist. In der seit 1962 erarbeiteten und 1966 erschienenen GdA, deren Herstellungsprozeß auf über 1000 Seiten umfassenden stenographischen Protokollen festgehalten ist, wurden in der »Grundfrage: antifaschistischer Widerstand« Deutungsmuster gesetzt und bestehende Legenden festgeschrieben, die erstmals ein Gesamtbild dieses Gegenstandes zeichneten. Das waren erstens die These vom organisierten Übergang in die Illegalität, zweitens die führende Rolle des ZK von Moskau aus. Drittens betraf es andere Widerstandsaktivitäten wie die des NKFD, der Gruppe Schulze-Boysen-Harnack und der Bewegung des 20. Juli 1944: letztere erstmals gewertet als antinazistische Tat, die objektiv auf die Beseitigung des Hitlerregimes gerichtet gewesen sei.³² Das war eine neue Wertung, die sich auch stützen konnte auf das 1964 in der DDR erschienene Buch von David Melnikow »20. Juli 1944. Legende und Wirklichkeit«. 1967 erschien dann die erste Stauffenberg-Biographie von Kurt Finker, der sich auch in der Folgezeit diesem Forschungskomplex widmete.

Am Anfang einer starken biographiegeschichtlichen Linie in der Widerstandsforschung stand der 1949 im VVN-Verlag erschienene Band »... besonders jetzt tu deine Pflicht!«, der neben kurzen biographischen Angaben »Briefe von Antifaschisten, geschrieben vor ihrer Hinrichtung« enthielt. Es überwiegen bei den ausgewählten – 52 männlichen und 12 weiblichen – Personen die bis zu diesem Zeitpunkt bekannt gewordenen Mitglieder der verschiedenen Widerstandsgruppen. Aber es kamen auch Alleinagierende vor wie der Fernmeldemonteur Ernst Witte oder die Krankenschwester Gertrud Seel, die wegen Hilfeleistung für verfolgte Juden noch Anfang 1945 nur 27jährig hingerichtet worden war. Es fehlten die Mitglieder der »Weißen Rose« so wie auch Lilo Hermann.

Die in diesem Band Porträtierten bildeten einen Personenbestand, auf dem folgende ähnliche Publikationen aufbauten, zum Beispiel in dem 1958 vom Institut für Marxismus-Leninismus herausgegebene Band »Erkämpft das Menschenrecht. Lebensbilder und letzte Briefe antifaschistischer Widerstandskämpfer«. In letzterem machte die nun dokumentierte Zahl von über 400 Männern und 51 Frauen den quantitativen und qualitativen Wissenszuwachs über die Akteure des Widerstands deutlich. Schon mit Herausgeberschaft und einem Vorwort von Wilhelm Pieck wurde diesem Band kanonisierende Deutungshoheit zugewiesen. Die insgesamt alphabetische Abfolge durchbrach der an die Spitze gestellte Beitrag über Ernst Thälmann. Die Grundsubstanz bildete der Kaderbestand der KPD und des KJVD in allen ihren Gliederungen. Hinzu kamen die verschiedenen Widerstandsgruppen, die sich

31 Der ›gesäuberte‹ Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald. Dokumente. Herausgegeben von Lutz Niethammer unter Mitarbeit von Karin Hartewig, Harry Stein und Leonie Wannemacher, Berlin 1994.

32 Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Band 5, Berlin 1966, S. 414.

meist um mehrere »Köpfe«, darunter auch Sozialdemokraten, geschart hatten. So wurden hier vor allem folgende Gruppen dokumentiert: Schumann/Engert/Kresse, Uhrig, Lechleiter, Poser/Neubauer, Schulze-Boysen-Harnack, Jacob-Bästlein-Saefkow, Abshagen, Herbert Baum, Groscurth/Havemann. Aufgenommen waren auch eher Einzelkämpfer wie Heinz Kapelle oder Georg Benjamin, Sozialdemokraten wie Erich Kuttner, Erich Knauf, parteilose Antifaschisten wie Wolfgang Heinze und Maria Grollmus. Beiträge über einzelne Widerstandskämpfer wurden ergänzt durch Erinnerungen an die ermordeten Antifaschisten Erich Mühsam, Carl von Ossietzky und Hans Otto. Erfasst waren auch die Schicksale der Schauspieler Joachim Gottschalk und Hans Meyer-Hanno, die wegen ihrer jüdischen Frauen verfolgt wurden und umkamen. Dutzende von Namen wurden in einzelnen Personenartikeln zusätzlich und ergänzend genannt, wodurch eine breite Dokumentation des Widerstandes im Exil, im Dritten Reich, im KZ, in der Partisanentätigkeit und während des Spanienkrieges zustande kam. Als auffällige Leerstellen blieben die »Weiße Rose« und die Akteure des 20. Juli sowie der heterogene Bereich des Widerstandes aus religiösen Motiven.

Keine Erwähnung fanden natürlich auch die in der Sowjetunion umgekommenen Antifaschisten. Eine 2. Auflage von 1970 in zwei Bänden (Deutsche Widerstandskämpfer 1933-1945, Biographien und Briefe) enthielt bereits 467 Porträts, davon waren 83 Frauen gewidmet. Sowohl die Mitglieder der Weißen Rose wie wichtige Vertreter des 20. Juli waren jetzt enthalten. Das Nachschlagewerk von 1973 »Biographisches Lexikon zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung« wurde bald nach seinem Erscheinen zurückgezogen, weil nicht nur einige unliebsame Personen der Parteigeschichtsschreibung wie Willi Münzenberg zu positiv geraten waren, sondern weil bei zu vielen KPD-Funktionären ein Todesdatum in der UdSSR vermerkt war. Hier schlug sich der fatale und symbiotische Zusammenhang von Stalinismus und Antifaschismus nieder, der auch die seit Mitte der siebziger Jahre verstärkt einsetzenden interdisziplinären Forschungen zum Exil substantiell beeinträchtigte und erst nach 1989 in seinen tiefgehenden und schlimmen Auswirkungen analysiert werden konnte. Im Vergleich mit den hier näher beschriebenen fünfziger und sechziger Jahren müssen die siebziger und folgenden Jahre erst noch in ihren historischen Verlaufsformen und Deutungsmustern im einzelnen analysiert werden. Tendenziell ging es in Richtung einer gewachsenen Souveränität im Umgang sowohl mit den antifaschistischen Bemühungen im Lande und im Exil als auch mit einer differenzierten Bewertung von Akteuren des Widerstands.

JULIANE WETZEL

Zur Widerstandsrezeption in der BRD bis 1989

Der Widerstand in seinen vielen Facetten löste in der Bundesrepublik immer wieder mehr oder weniger heftige Kontroversen aus, die stets von einer Instrumentalisierung durch die Politik begleitet waren.¹ Verschiedene gesellschaftliche Gruppen, vor allem die Parteien und die Kirchen, haben sich den Widerstand als identitätsstiftendes Element zu eigen gemacht, Geschichtswissenschaft und öffentliche Debatten sich gegenseitig beeinflusst. Dies hat dazu geführt, daß einzelne Formen und Gruppen des Widerstands lange Zeit ausgegrenzt wurden. Erst die politischen Veränderungen und die Einbeziehung von Alltags- und Sozialgeschichte in die bundesdeutsche Historiographie haben das Widerstandsbild realitätsnaher werden lassen.

Peter Steinbach, Professor an der FU-Berlin und wissenschaftlicher Leiter der häufig im Mittelpunkt solcher Auseinandersetzungen stehenden »Gedenkstätte Deutscher Widerstand« machte dies in seiner Gedächtnisvorlesung für die »Weiße Rose« deutlich: »Die Auseinandersetzung mit dem Widerstand eignet sich deshalb nicht zur gruppen- und organisationspezifischen Traditionsbildung, weil der Widerstand keinem ›gehört‹, von Politikern nicht zu ›besetzen‹ ist, nicht in der Lage ist, das Handeln und die Ziele gegenwärtig streitender Organisationen widerspruchs- und problemlos zu legitimieren. Widerstand eignet sich aber auch nicht zur ›Ausgrenzung‹ von Kontrahenten im politischen und gesellschaftlichen Konflikt.«² Jene, die Widerstand leisteten oder sich verweigerten, konnten sich nur auf ihr Gewissen berufen und sich bestenfalls auf ihre engste Familie stützen, manchmal nicht einmal das. Daß Parteien oder die beiden großen Kirchen den Widerstand von ihren jeweiligen Mitgliedern nach Kriegsende für sich in toto reklamierten, widerspricht den tatsächlichen Gegebenheiten.

Die ersten Jahre der Bundesrepublik sind sowohl von einer im politischen Interesse erfolgten Überhöhung insbesondere des militärischen Widerstands und jenes der Angehörigen konservativer Kreise geprägt, die in engem Zusammenhang mit der angestrebten Westintegration standen, als auch von der in der Bevölkerung weit verbreiteten Meinung, die Opposition gegen Hitler sei Landesverrat gewesen. Große Teile der ehemaligen Wehrmachtssoldaten machten sich diese Verratsthese zu eigen. Die Möglichkeit eines Widerstands innerhalb des Heeres zu akzeptieren und sich mit dem eigenen Anteil am verbrecherischen Krieg auseinanderzusetzen, mußte den Sinn ihres Kriegseinsatzes in Frage stellen. Die Verschwörer

Juliane Wetzel – Jg. 1957, Dr. phil., Historikerin und Kunsthistorikerin, Mitarbeiterin am Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin; Veröffentlichungen zur jüdischen Verfolgungs- und Nachkriegsgeschichte sowie zum Rechtsextremismus

Vortrag, der auf der Tagung »Frauen erinnern. Widerstand, Verfolgung, Exil 1933-1945« am 23. Oktober 1999, veranstaltet von der Arbeitsgruppe Frauen im Exil in der Gesellschaft für Exilforschung und der Alice Salomon Hochschule Berlin, gehalten wurde.

1 Zur Rezeption des Widerstandes vgl. das der Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) »Aus Anlaß des 20. Juli 1944« 7 (1994); Peter Steinbach: Widerstand im Widerstreit.

Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in der Erinnerung der Deutschen, Paderborn 1994 (erscheint im Dezember 1999 in einer erweiterten Neuauflage); Regina Holler: 20. Juli 1944 – Vermächtnis oder Alibi? Wie Historiker, Politiker und Journalisten von 1945-1986 mit dem deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus umgehen, München 1994.

2 Peter Steinbach: Erinnerung – aktives Gedenken. Annäherung an den Widerstand, in: Die Weiße Rose und das Erbe des deutschen Widerstands. Münchner Gedächtnisvorlesungen, München 1993, S.140.

3 Vgl. New York Times vom 9. August 1944, zitiert in: Die Zeit vom 18. Juli 1997.

4 Norbert Frei: Erinnerungskampf. Zur Legitimationsproblematik des 20. Juli 1944 im Nachkriegsdeutschland, in: Von der Aufgabe der Freiheit. Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Hans Mommsen, hrsg. v. Christian Jansen, Lutz Niethammer, Bernd Weisbrod, Berlin 1995, S. 494.

5 Claudia Ahrens: Der 20. Juli kommt vor Gericht. Der Remer-Prozeß und Fritz Bauers Kampf um eine neue politische Kultur in Deutschland, in: Frankfurter Rundschau vom 20. Juli 1998.

6 Frei: Erinnerungskampf, S. 496.

des 20. Juli hatten allerdings nicht nur in den Augen der Soldaten, sondern auch in jenen des Großteils der bundesdeutschen Bevölkerung gegen ihr eigenes Volk gehandelt, sie fühlten sich durch das Attentat hintergangen.

Bereits unmittelbar nach dem Attentat des 20. Juli wurde der Grundstock für Verdrängung und Verratsthese, die nach 1945 jahrelang die Rezeption des Widerstands bestimmen sollte, gelegt. Hitler sprach von »einer kleinen Clique ehrgeiziger Offiziere«. Nicht nur Churchill, sondern auch die Presse in den USA und in Großbritannien reduzierten den Attentatsversuch auf »Ausrottungskämpfe unter den Würdenträgern des Dritten Reiches« bzw. übten heftige Kritik daran, daß ein Staatsoberhaupt und Oberkommandierender der Armee durch die »typische Waffe der Verbrecherwelt«, eine Bombe, getötet werden sollte.³ Ein erfolgreicher Widerstand, die Beseitigung Hitlers und des NS-Regimes aus dem inneren Kreis der Führungsmacht, wäre dem Ziel der Westalliierten, Deutschland zu einer bedingungslosen Kapitulation zu zwingen, hinderlich gewesen. Das Verdrängen der deutschen Opposition gegen Hitler bestimmte auch nach Kriegsende die Politik der westalliierten Besatzungsmächte in Deutschland. Dieser offensichtlichen Reserviertheit bzw. gar Desinteresse lag nicht zuletzt die Absicht der Westalliierten zugrunde, der deutschen Öffentlichkeit kein Instrument an die Hand zu geben, sich auf den Widerstand zu berufen, um die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit zu meiden. Die ersten Jahre der Bundesrepublik haben allerdings gezeigt, daß genau dies eingetreten ist. Zudem wurde das Thema Widerstand nun jenen Kreisen überlassen, die die Opposition ins Negative verkehrten und sie als Verrat diskreditierten.

Die erste politische Reaktion der neu konstituierten Bundesrepublik Deutschland erfolgte erst 1952, als sich Bundespräsident Theodor Heuss gegen die »Versudelung« des Andenkens an die Opfer des 20. Juli aussprach.⁴ Im selben Jahr wurde im Braunschweiger Prozeß gegen Otto Ernst Remer eindeutig formuliert, daß die Männer des 20. Juli keine Landesverräter gewesen seien. Remer, Mitglied des Berliner Wachbataillons, das bei der Niederschlagung der Verschwörung vom 20. Juli beteiligt war, und Gründer der rechtsextremen Sozialistischen Reichspartei, erhielt wegen Verleumdung der Männer und Frauen des Widerstands eine dreimonatige Haftstrafe. Maßgebend für das Zustandekommen des Prozesses gegen Remer war Generalstaatsanwalt Fritz Bauer. Bauer reklamierte einen Zusammenhang zwischen Widerstand und deutscher Nachkriegsdemokratie. Sein Ziel war die Festschreibung eines Widerstandsrechts als rechtsstaatlicher Bestandteil der demokratischen Kultur der Bundesrepublik. Bauer konstatierte, daß der »Eid auf Hitler unsittlich« gewesen sei, den Eid auf eine Person und nicht auf Gesetz, Recht oder Vaterland bezeichnete Bauer als leere Pflichtethik.⁵

Allerdings ergaben Meinungsumfragen bei ehemaligen Soldaten noch 1954 ein äußerst bedenkliches Bild, 59 Prozent äußerten sich negativ über die »Männer vom 20. Juli«.⁶ Fast 40 Prozent der Westdeutschen verneinten im gleichen Jahr die Frage, ob Emigranten nach ihrer Rückkehr ein hohes Regierungsamt bekleiden sollten.⁷

Noch 1963 hielt nach Infas jeder vierte Bundesbürger die Verschwörer des 20. Juli und andere Widerstandskämpfer für Vaterlandsverräter.⁸ Erst im Laufe der sechziger Jahre waren die Verschwörer des 20. Juli auch im öffentlichen Bewußtsein von dem Ruch, Verräter gewesen zu sein, befreit, wenn auch in rechtsextremen Kreisen diese These bis heute aufrechterhalten wird.

Die Leidtragenden dieser verdrängten Opposition waren vor allem die Angehörigen der ermordeten Widerstandskämpfer. Sie wurden von ihren deutschen Landsleuten ignoriert, zum Teil sogar diffamiert und waren zunächst auf Hilfe aus dem Ausland, u. a. von deutschen Emigranten, angewiesen. Acht Jahre nach Kriegsende erst wurden die Hinterbliebenen und Überlebenden des Widerstands in die Wiedergutmachungsleistungen für die Verfolgten des NS-Regimes einbezogen. Allerdings mußten etwa die Witwen beweisen, wie stark sie selbst verfolgt worden waren, viele haben daraufhin auf einen entsprechenden Antrag verzichtet. KPD-Opfer erhielten nach dem Verbot der Partei 1956 keine Zuwendungen mehr.⁹

Seit Beginn der fünfziger Jahre – seit 1952 in Berlin und kurze Zeit später auch in Bonn – gehört die Gedenkveranstaltung des 20. Juli zum offiziellen Ritual der politischen Öffentlichkeit der Bundesrepublik. In den fünfziger Jahren war sie allerdings mehr das Resultat einer Instrumentalisierung für politische Zwecke als ein Zeichen für die Auseinandersetzung mit dem NS-Regime und seinen Gegnern. Wie stark das dort vermittelte Widerstandsbild noch ein Tribut an das Ausland war, das für die angestrebte Westintegration, die Wiedererlangung der Souveränität (1955) und die Wiederbewaffnung eingenommen werden mußte, zeigt die erst in den sechziger Jahren eingeführte nationale Beflaggung. Berührt wurde mit der Würdigung des militärischen und bürgerlichen Widerstands auch die innerdeutsche Frage. Die Absicht, sich deutlich gegenüber der DDR abzusetzen, die den kommunistischen Widerstand als staatstragend verinnerlicht hatte, war evident.

Innerdeutschen Vorbehalten, aber auch dem Kalten Krieg ist letztlich auch die jahrzehntelange Verweigerung der Anerkennung der Widerstandsorganisation um Arvid Harnack und Harro Schulze-Boysen, unter dem NS-Begriff »Rote Kapelle« bekannt, geschuldet. Die Mitglieder wurden als Spione und Verräter beschimpft, weil sie durch die Zusammenarbeit mit Stalin Deutschland in den Rücken gefallen seien. Solche Argumentationen paßten in die Zeit des West-Ost-Konflikts.¹⁰

Die bundesdeutsche Idealisierung des militärischen Widerstands machte nicht nur die Ausgrenzung anderer Formen von Opposition nur allzu deutlich, sondern sie führte auch dazu, daß manche Protagonisten unreflektiert heroisiert und Ambivalenzen ihrer Biographien nicht thematisiert wurden. So wurde auch der sogenannte Halder-Putsch vom Herbst 1938 unreflektiert kolportiert und erst viel später kritisch hinterfragt. Daß Halder zwar 1938/39 in Opposition zu Hitler stand, 1941 aber als Chef des Generalstabes die Beteiligung der Wehrmacht an der Vernichtungspolitik in der Sowjetunion mit zu verantworten hatte und einen wesentlichen Anteil an der Formulierung des »Kommissarbefehls« hatte, war in der

7 Peter Steinbach: Nicht selten schafft die Fiktion erst die historische Realität, in: FU 3-4 (1995); vgl. auch Peter Hoffmann: Der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: Hans-Erich Volkmann (Hrsg.): Ende des Dritten Reiches – Ende des Zweiten Weltkriegs. Eine perspektivische Rückschau, München 1995, S. 307.

8 taz vom 20. Juli 1994.

9 Hoffmann: Der deutsche Widerstand, S. 305f.

10 Steinbach: Widerstandsdeutungen, S. 409f.

Öffentlichkeit nahezu unbekannt, obgleich die Forschung schon längst darauf hingewiesen hatte. Neuere Forschungen sehen allerdings im sogenannten Halder-Putsch von 1938 nichts weiter als ein Gedankengerüst, dem keine ernsthaften Pläne zu Handlungen zugrunde lagen.¹¹

11 Vgl. Karl-Heinz Janßen: Die Halder-Legende oder: die abenteuerliche Geschichte der Generäle, die im Herbst 1938 Hitler putschen wollten, in: Die Zeit vom 1. Oktober 1998.

12 Frankfurter Rundschau vom 16. Februar 1998.

13 Hoffmann: Der deutsche Widerstand, S. 303.

Widerstand und Beteiligung an nationalsozialistischen Verbrechen schließen sich also nicht gänzlich aus. Der Historiker Hans Mommsen glaubt, »daß wir ein Widerstandsbild brauchen, daß die Verstrickungen des Offizierscorps in eine teilweise verbrecherische Politik zur Kenntnis nimmt.«¹² Einzelne Persönlichkeiten des Widerstands haben sich zunächst am Rassenvernichtungskrieg beteiligt und sich später erst der Opposition gegen Hitler angeschlossen, ohne sich jedoch gänzlich von der Rassenpolitik zu distanzieren. Die Männer und Frauen des 20. Juli waren Menschen, die sich gegen Vernichtungspolitik und Radauantisemitismus wandten, die traditionellen antisemitischen Stereotypen ihrer Zeit aber keineswegs hinterfragten. Peter Hoffmann, einer der besten Kenner des Widerstands, schrieb deshalb 1995: »Es ist wissenschaftlich illegitim, den Komplex Antisemitismus mit Zustimmung zur Judenverfolgung gleichzusetzen.«¹³ Die Erkenntnis, daß es einen Idealtyp des Widerständlers nicht gibt, erfolgte erst allmählich. Viele Angehörige des Widerstands waren keineswegs frei von antisemitischen Vorurteilen. Nur bei wenigen, wie bei Dietrich Bonhoeffer, der sich allerdings erst spät von seinen früheren Positionen zum Judentum gelöst hatte, lieferte die Judenvernichtung einen Grund für die Opposition gegen Hitler. Der Historiker Christof Dipper wies darauf hin, daß bis 1940 die Judenverfolgung für die Mehrheit der Verschwörer »kein Motiv zum Widerstand« gebildet hatte. Teile des Widerstands formierten sich erst, als sich die militärische Katastrophe abzuzeichnen begann, also nicht zu einem Zeitpunkt, bevor die nationalsozialistische Vernichtungspolitik bereits hunderttausende Opfer gefordert hatte.

Der noch heute besonders in linken Kreisen verbreitete Vorwurf, die Verschwörer des 20. Juli hätten keine demokratischen Ziele verfolgt, läßt außer acht, daß sich Männer der verschiedensten gesellschaftlichen und politischen Gruppen – Monarchisten, Sozialisten, Konservative, Offiziere, Gewerkschaftler, Theologen – zusammenschlossen, um Hitler auszuschalten, um den Krieg zu beenden und dann ein neues Deutschland, sicherlich konservativer Prägung, aufzubauen. Die Forderung nach einer demokratischen Staatsform in heutigem Sinne verkennt die historischen und gesellschaftlichen Gegebenheiten der damaligen Zeit.¹⁴ Gräfin Dönhoff faßt dies unter die Aussage, »es [der 20. Juli] war ein Aufstand des Gewissens, keine soziale Revolution.«¹⁵

14 Vgl. Die Zeit vom 22. Juli 1999.

15 Die Zeit vom 16. Juli 1998.

Hat die Rezeption etwa des Widerstands vom 20. Juli 1944 in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit mehrfache Wandlungen von der Verteufelung als »Vaterlandsverrat« bis hin zur Stilisierung als Beispiel für die »saubere Wehrmacht« erfahren, so hat auch die historische Nachkriegsforschung unterschiedliche Prämissen gesetzt und erst allmählich die vielen Facetten der Opposition erkannt und analysiert. Die Emotionalisierung und Politisierung des Themas hat die Unterscheidung in vermeintlich freiheitlich-demokratische

und undemokratisch-totalitäre Formen des Widerstands forciert und schien die Vernachlässigung bzw. Ablehnung etwa des kommunistischen Widerstand zu legitimieren. Erst Anfang der sechziger Jahre begann sich vor allem in der Widerstandsforschung das Bild zu wandeln, als die »obrigkeitsstaatliche und politisch-hegemoniale Verfassungsvorstellung und außenpolitische Denkmodelle des bürgerlichen und militärischen Widerstands« akzentuiert wurden, wie Peter Steinbach 1992 konstatierte.¹⁶

In gleichem Maße hat sich auch die Rezeption der verschiedenen Formen des Widerstands überhaupt verändert. Nachdem bis weit in die sechziger Jahre der Widerstand des 20. Juli 1944, des Kreisauer Kreises (Moltke, Leber, Mierendorf, Reichwein, Poelchau, Gerstenmaier etc.), der immer im Schatten des militärischen Widerstands stand, und der »Weißen Rose« die Wahrnehmung dominierten, wurden nun der kommunistische Widerstand und damit auch die Arbeiterbewegung thematisiert. Damit einher ging eine Neubewertung des Exils und die Rezeption anderer Formen von Widerstand wie Putschversuche einzelner, etwa jener von Georg Elser am 8. November 1939¹⁷, die stille Opposition der kleinen Leute, Hilfe für Juden, Sabotage, und weitere Beispiele zivilen Ungehorsams. Darunter fallen auch die verschiedensten Formen der Verweigerung Einzelner oder ganzer Gruppen aus religiöser Überzeugung, dies trifft auf die Zeugen Jehovas, die Quäker sowie katholisch oder protestantisch orientierte Kreise und vor allem auf den jüdischen Widerstand zu. Erst mit den Prozessen in den sechziger Jahren wie gegen Adolf Eichmann in Israel, aber auch die Gerichtsverfahren gegen nationalsozialistische Gewaltverbrechen in Deutschland selbst haben etwa Aspekte des Widerstands in Konzentrationslagern und Ghettos, die Aufstände in den Vernichtungslagern Sobibór, Treblinka und Auschwitz thematisiert. Eine wesentliche Rolle bei der Auseinandersetzung mit diesem Widerstand innerhalb der Vernichtungsmaschinerie spielten die Zeitzeugen, die zum Teil erstmals über ihre Erlebnisse berichteten. Im Zusammenhang mit dem Diskurs über linken Widerstand und jenen aus dem Kreis von Jugendgruppen, wurde nun auch der jüdische Anteil an solchen oppositionellen Gruppen, die sich politisch überwiegend dem Kommunismus oder dem Zionismus zugehörig fühlten, bekannt. Einige Hundert deutscher Juden kämpften in Spanien gegen den Faschismus, während des Krieges schlossen sich Flüchtlinge den Partisanen- und Untergrundorganisationen im besetzten Ausland an, Emigranten dienten in den Einheiten der Alliierten im Kampf gegen das NS-Regime.

Gruppen wie die zionistische »Chug Chaluzi«, die Herbert-Baum-Gruppe, die auch von Nicht-Juden mitgegründete »Gemeinschaft für Friede und Aufbau« versuchten, sich – wenn auch mit sehr beschränkten Möglichkeiten – gegen die Verfolgung zu wehren. Jahrelang wurde diese Selbstbehauptung und Opposition nicht wahrgenommen und wenn, ihr Scheitern nicht jenen angelastet, die das NS-Regime unterstützt oder das Verschwinden von Nachbarn, Arbeitskollegen, selbst Freunden mit Desinteresse verfolgt beziehungsweise sie gar denunziert hatten, sondern den Widerstandsgruppen selbst.

16 Peter Steinbach: Widerstandsdeutungen in der geschichtspolitischen Auseinandersetzung. Erfahrungen aus der Arbeit an der ständigen Ausstellung »Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Berlin«, in: Andreas Nachama, Julius Schoeps (Hrsg.): Aufbau nach dem Untergang. Deutsch-Jüdische Geschichte nach 1945, Berlin 1992, S. 404.

17 Der Kunstschreiber Johann Georg Elser hatte am 8. November 1939 im Bürgerbräukeller in München versucht, Hitler mit einer Bombe zu töten. In Oppositionskreisen überwog die Überzeugung, Elzers Attentat sei von den Nationalsozialisten inszeniert gewesen, auch nach Kriegsende vertraten die Historiker die These Elser, habe mit Hilfe der Gestapo gehandelt. 1946 wurde Elser unterstellt, er sei Gestapo-Agent gewesen, danach geriet er in Vergessenheit, erst am 8. November 1969 erinnerte ein dokumentarischer Spielfilm im Ersten Deutschen Fernsehen an den Attentäter, der bis zu ihrem Verbot 1933 Mitglied der KPD gewesen und am 9. April 1945 in Dachau hingerichtet worden war. In den achtziger Jahren entdeckten Historiker und Schriftsteller Elser wieder. Wolfgang Benz, Walter H. Pehle (Hrsg.): Lexikon des deutschen Widerstands, Frankfurt a.M. 1994, S. 185-190; vgl. auch: Der Spiegel vom 11. November 1996.

18 Vgl. Christl Wickert: Frauen zwischen Dissens und Widerstand, in: Benz, Pehle (Hrsg.): Lexikon des deutschen Widerstands, S. 141-156; vgl. die angegebene Literatur dort.

19 Literaturhinweis: Ingrid Strobl: Die Angst kam erst danach. Jüdische Frauen im Widerstand in Europa 1939-1945, Frankfurt a.M. 1998.

Ebenso jahrzehntelang gänzlich vernachlässigt wurde die Beteiligung von Frauen in oppositionellen Gruppen, als zentrale Figuren bei Hilfsaktionen für Juden, als Boten und Verbindungsglieder der Widerstandsgruppen, also als eigenständige Personen, die sich dem Regime verweigerten und nicht nur als Ehefrauen, Schwestern oder Mütter von Widerstandskämpfern.¹⁸ Die bisher unterbliebene Würdigung des Frauenwiderstands liegt wohl im wesentlichen daran, daß Opposition gegen das NS-Regime noch immer in »aktive« und »passive« Formen unterteilt wird. Nur der aktive (militärische, bewaffnete, in Form von Spionage verübte) Widerstand gilt als erinnerungswürdig. Frauen, die oft als Verbindungskräfte beziehungsweise Kundschafter fungierten, Juden versteckten beziehungsweise Hilfe für andere Verfolgte leisteten oder in der Berliner Rosenstraße 1943 erfolgreich gegen die Deportation ihrer Männer demonstrierten, werden zu Unrecht dem »passiven«, also weniger »effektiven« Widerstand zugerechnet.¹⁹

Die unspektakulären Widerstandsformen von Jugendgruppen und Frauen wie Verweigerung, Bummelei, Sabotage, Hilfe durch Beschaffung von Lebensmitteln, vorübergehend Unterkünfte für Verfolgte bereitstellen, Auflehnung in der Schule oder im Betrieb hatten zunächst keine Lobby in der Bundesrepublik. Dieser Widerstand von unten, die Opposition im Alltag lief nicht nur nationalsozialistischem Ordnungs- und Obrigkeitsdenken zuwider, sondern widersprach auch den Verhaltensmustern der bundesdeutschen Nachkriegsgesellschaft, konnte also erst frühestens nach den studentischen Widerständen 1968 und der Akzeptanz eines systemkritischen Verhaltens der jungen Generation in den siebziger Jahren Aufnahme in den Diskurs finden, erst dann also, als Zivilcourage zum wichtigen Ideal einer pluralistisch-demokratischen Gesellschaft erklärt wurde, die vom einzelnen abhängig ist. In den Bereich der Zivilcourage und der Debatte um Obergangs- und Befehlsgewalt gehört auch die lange Jahre, zum Teil bis heute, strittige Anerkennung des Desertierens als Widerstandsform.

Die Erweiterung des Widerstandsbegriffs fand schließlich auch Eingang in die offiziellen Gedenkfeiern, die nun die verschiedensten Formen der Opposition einbezog. Erstmals hat Bundespräsident Gustav Heinemann bei seiner Rede 1969 auch den kommunistischen Widerstand erwähnt.

Die Politisierung des Themas reduzierte sich aber erst in den siebziger Jahren, als der Diskurs vor allem im wissenschaftlich-historischen Umfeld geführt wurde. Ende der siebziger Jahre schien sich dann ein pluralistisches und damit historisches Bild des Widerstands durchzusetzen. Allerdings zeigten die Debatten um die Einladung Herbert Wehners als Redner zum Gedenktag 1978 und der massive Widerstand gegen den ehemals kommunistischen SPD-Parteivorsitzenden von einer Gruppe um den CSU-Abgeordneten Franz Ludwig von Stauffenberg noch einmal, welche Emotionen das Thema noch immer begleiteten. Trotz aller wissenschaftlich und bildungspolitischen Bemühungen in den vorangegangenen Jahren war es offensichtlich nicht gelungen, die Würdigung des Widerstands aus den Fängen eines hochemotionalisierten Politikums zu befreien. Wehner hielt die Rede nicht.

Die Auflehnung gegen Wehner resultierte nicht alleine aus seiner kommunistischen Vergangenheit, sondern bezog sich mindestens ebenso auf seine »Fahnenflucht«, nämlich die Emigration ins Exil. Nicht nur Wehner, sondern auch Willy Brandt wurden von rechtskonservativer und insbesondere von rechtsextremer Seite immer wieder wegen ihrer Flucht ins Ausland während der NS-Zeit diffamiert. Hier zeigt sich deutlich die unterschiedliche Wahrnehmung eines Widerstands von »innen« und jenes, der von »außen«, also aus der Emigration heraus erfolgte. Wenngleich zu konstatieren ist, daß die Gefahren für jene, die im Land gegen den NS-Staat opponierten, unvergleichlich höher waren, so kann daraus aber nicht die Legitimation hergeleitet werden, Emigranten, die von »außen« etwa mit Gegenpropaganda im Ausland bzw. mit Einschleusen von Propagandamaterial nach Deutschland die Opposition unterstützten, als »fahnenflüchtig« zu bezeichnen. Insbesondere in den fünfziger Jahren wurde den Emigranten vorgeworfen, den Kampf im Inneren feige im Stich gelassen und sich in Sicherheit begeben zu haben. Die Ablehnung resultierte auch aus der Tatsache, daß das Exil vor allem von linker politischer und kultureller Opposition geprägt war.

Bis heute hat sich allerdings die zentrale Rolle des 20. Juli 1944 im öffentlichen Bewußtsein gehalten; sie nimmt in der Hierarchie des Widerstands noch immer den obersten Platz ein, nicht zuletzt deshalb, weil das Gedenken an den Widerstand jährlich an eben diesem Tag im Juli gefeiert wird. Das Manko etwa des Widerstands der Linken besteht darin, daß kein historisches Datum reklamiert und deshalb kein stichhaltiges Argument gegen das symbolische Gedenken am 20. Juli benannt werden kann. Es liegt also in der Natur der Sache, daß an diesem Tag, bei allen Versuchen, der gesamten Breite des Widerstands öffentlich zu gedenken, immer die Verschwörer des 20. Juli 1944 im Vordergrund stehen.

Nachdem in den achtziger Jahren der Widerstand in erster Linie zu einem Thema der Geschichtswissenschaft geworden war, durch alltags- und lokalgeschichtliche Zugänge der jüngeren Generation, auch über Geschichtswerkstätten, die verschiedenen Formen der Opposition und Zivilcourage untersucht und die Ergebnisse der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wurden, ließ das Gedenkjahr 1994 noch einmal die Gräben zwischen Links und Rechts aufreißen und erneut einen Streit der Parteien um das Erbe des Widerstands ausbrechen. Abermals hatte sich etwa Peter Steinbach und die »Gedenkstätte des Deutschen Widerstands« mit Angehörigen der Verschwörer des 20. Juli auseinanderzusetzen, die forderten, bestimmte Gruppen des deutschen Widerstands und der Emigration wie die Sequenz über das »Nationalkomitee Freies Deutschland« aus der Ausstellung zu entfernen bzw. im Bendlerblock nur noch jene Exponate zu präsentieren, die sich für ein Gedenken und die Ehrung der ermordeten Verschwörer eignen, die historische Ausstellung jedoch auszulagern etwa in das Deutsche Historische Museum (so Eberhard Diepgen). Diesen Forderungen widersprachen jedoch zahlreiche Angehörige der Widerstandskämpfer vehement wie Freya Moltke, Detlev Graf von Schwerin und Franz von Hammerstein. Die Ausstellungsverantwortlichen ließen sich von

20 Frankfurter Rundschau vom 16. Februar 1998.

21 Noch 1962 knüpfte das BGH das Recht auf Widerstand an die Möglichkeit eines erfolgreichen Umsturzes, der nur aus militärischen Kreisen hätte erfolgen können. Das Gerichtsverfahren betraf einen Mann, der aus Gegnerschaft zum Nationalsozialismus den Einberufungsbefehl verweigert hatte und nach Bundesentschädigungsgesetz Ansprüche geltend machen wollte. Das BGH hat ihm dies abgesprochen, da Verweigerung des Dienstes und Minenlegen Einzelaktionen wären und die bestehenden Verhältnisse nicht zu ändern vermochten, hingegen das Attentat vom 20. Juli dies sehr wohl hätte bewirken können. Seit 1969 ist im Grundgesetz das Widerstandsrecht legalisiert.

22 Vgl. Steinbach: Widerstandsdeutungen, S. 404f.

23 Die Zeit vom 8. Juli 1994.

den massiven Attacken jedoch nicht beeinflussen und blieben bei ihrer Maßgabe, die gesamte Palette des Widerstands darzustellen. Aber die Debatte, die manche bereits wieder zu einem neuen Historikerstreit hochstilisierten, ist noch nicht beendet.

Im übrigen reduziert auch die Ausstellung »Aufstand des Gewissens« vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt Potsdam, die etwa 1998 in Frankfurt gezeigt wurde, den Widerstand, so Hans Mommsen, auf diejenigen, die aus »Gewissensentscheidung gehandelt haben. Das ist der klassische Versuch, den Widerstand zu entpolitisieren und den linken Widerstand aus dem Bild herauszutransportieren. Damit wäre der Widerstand nur dann legitim, wenn er in der Lage ist, sofort wieder Ordnung zu schaffen, was für den kommunistischen Widerstand nicht gilt.«²⁰ Solche von konservativen Kreisen bis heute geforderten Voraussetzungen für eine Anerkennung des Widerstands, wurden allerdings bereits durch die Erkenntnis aus den Strafverfahren gegen nationalsozialistische Gewaltverbrechen in den sechziger Jahren ausgeräumt. Entgegen dem vom Bundesgerichtshof 1962 erlassenen Grundsatzurteil²¹ konnten danach nicht nur Umsturzversuche aus dem Machtapparat selbst das Regime stürzen, sondern Anerkennung fanden nun auch Systemverweigerung und Verhaltensweisen, die die Wirksamkeit des Regimes stören konnten.²²

Das, was Joachim Fest in seinem Buch »Staatsstreich. Der lange Weg zum 20. Juli« als »Widerstand ohne Volk« für die Verschwörer konstatiert, trifft alle Deutschen gleichermaßen, jene, die 1949 in der freiheitlich demokratischen Bundesrepublik und jene, die in der DDR lebten. Beide deutsche Staaten benutzten den Widerstand, die einen den 20. Juli und die anderen den kommunistischen Widerstand, als identitätsstiftend für die Nachkriegsgesellschaft. Damit haben sich beide politische Systeme jahrelang etwas vorgemacht. Karl Heinz Janßen stellte im Juli 1994 anlässlich des 50. Jahrestages deshalb zu Recht fest: »Der 20. Juli ist sowenig der Ursprung der Bundesrepublik gewesen wie das Nationalkomitee Freies Deutschland die Urzelle der DDR.«²³

Schließlich bleibt noch festzuhalten, daß im Nachkriegsdeutschland der fünfziger und sechziger Jahre der – allerdings nur selektiv wahrgenommene – Widerstand erinnert wurde, die Opfer der Vernichtungspolitik aber kaum wahrgenommen wurden. Erst in den siebziger Jahren begann sich das Bild zu wandeln, mit dem Aufkommen der alltagsgeschichtlichen Forschung veränderte sich nicht nur die Rezeption des Widerstands, sondern auch die Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen. Eine wirklich positive Wendung nahm der Bewußtseinsprozeß allerdings erst seit Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre mit dem Nachwachsen neuer Generationen und insbesondere der Erkenntnis, daß individuelle Zeugnisse der Überlebenden gerade für junge Leute den Zugang zu Widerstand und Verfolgung während des NS-Regimes viel eher möglich machen als die wissenschaftliche Fachliteratur.

Ein schnellwirkendes Heilmittel ... Ein Gespräch mit Roland Müller, Mitherausgeber einer Edition aus dem Nachlass von Reinhard Opitz

Die großen Themen der politischen Linken beschäftigten Reinhard Opitz sein Leben lang: der Faschismus, liberale und monopolkapitalistische, kolonialistische und imperialistische Herrschaftsstrategien, die Europastrategien des deutschen Kapitals, politische Theorien wie die Totalitarismustheorie, Ideologiekritik. Dazu kam die Tagespolitik seit den fünfziger Jahren: Neofaschismus und Notstandsgesetzgebung, Berufsverbotspraxis und Friedenspolitik. Sein veröffentlichtes Werk umfaßt über 100 Titel. Nach seinem Tod 1986 fanden sich über 6000 nachgelassene, unveröffentlichte Manuskriptseiten, von denen ein großer Teil nun in drei Bänden mit ca. 1500 Seiten im BdWi-Verlag veröffentlicht worden ist.

Der Faschismus und seine Bekämpfung standen im politischen Zentrum des Werkes von Reinhard Opitz. Im wissenschaftlichen Zentrum stand, was Opitz bereits Mitte der sechziger Jahre das »kapitalistische Integrationsproblem« nannte, »das Problem also: wie bekommt man für das Ausbeutungssystem eine ausreichende politische Massenbasis im eigenen Lande«. Diesem »Geheimnis« des Mechanismus politischer Herrschaft der kapitalistischen Gesellschaft spürte er nach – in den in dieser Edition erstmals veröffentlichten umfangreichen Manuskripten zum Thema Liberalismus und kapitalistische Integration, den Schriften zum Thema Formierung – Faschismus und Neofaschismus und im letzten großen Buchprojekt Die politischen Richtungskämpfe im deutschen Großkapital der dreißiger Jahre und das Blutbad vom 30.6.1934, an dem er bis zu seinem Tod arbeitete, ohne es vollenden zu können, sowie schließlich in seinen zahlreichen Referaten, Aufsätzen und Kolumnen, die hier erstmals gesammelt vorgestellt werden.

Aus Anlass der Publikation der Bände sprachen wir mit dem Politikwissenschaftler und Journalisten Roland Müller (Marburg), der den »Röhm-Band« edierte und sich auch um die Abschlussredaktion kümmerte.

Redaktion: Du hast den Nachlass von Reinhard Opitz bearbeitet, ohne ihn selbst erlebt zu haben. Was für einen Zugang hattest Du?

ROLAND MÜLLER: Opitz gehörte nicht nur vom Alter her zu einer anderen Generation, er repräsentierte auch eine andere Generation der Linken. Dass ich ihn nie in Vorträgen oder Gesprächen selbst erlebt habe, habe ich mit jeder Zeile, die ich editiert habe, mehr bedauert. Er war ein glänzender Erzähler. Bei Vorträgen von ihm herrschte absolute Stille, weil sich alle beim geduldigen Warten auf das Verb höllisch konzentrieren mussten. Fiel es endlich, löste sich für kurze Zeit die Spannung, die er dann wieder aufzubauen wusste. Das habe ich zwar vom Hörensagen, aber das lässt sich auch gut vorstellen, wenn man seine Vortragsmanuskripte liest. Beim Lesen muss man sich an die Satzungetüme, in die er manchmal alles packen wollte, erst gewöhnen. Hat man mit der Zeit den Rhythmus

Reinhard Opitz (1934–1986) war marxistischer Politikwissenschaftler, Faschismustheoretiker, politischer Polemiker und Musik- und Kunstliebhaber mit enzyklopädischen Interessen. Für die Stationen seines politischen Lebens standen Namen wie VVN, Konkret, SDS, DFU oder BdWi. Er publizierte in Zeitschriften und Verlagen wie Röderberg und Pahl-Rugenstein, im Argument, dem Forum Wissenschaft, der DVZ/die tat, den Marxistischen Blättern und den Blättern für deutsche und internationale Politik, deren langjähriger Herausgeber er war. Reinhard Opitz war einer der bedeutendsten marxistischen Publizisten der Bundesrepublik und vielleicht der scharfsinnigste Faschismustheoretiker der deutschen Linken.

Reinhard Opitz:
 Liberalismus – Faschismus
 – Integration, 3 Bände.
 BdWi-Verlag Marburg 2000.

Aus dem Inhalt:

Band 1

Liberalismus – Integration
 Teil A: Liberalismus und
 Integration. Phasen der
 kapitalistischen Integration
 und Formierung
 Teil B: Das kapitalistische
 Integrationsproblem Thesen
 zum geplanten Buch »Form-
 ierung und Faschismus«
 Teil C: Liberalismus. Die
 vier Hauptzerfallslinien des
 Liberalismus in der deut-
 schen Geschichte

Band 2

Faschismus
 Teil A: Formierung. Die
 Formierte Gesellschaft –
 Rückkehr zum autoritären
 Staat? Teil B: Faschismus.
 Faschismustheorien/
 Faschismus: Entstehung,
 Ursachen und Funktion/
 Faschismus und Wirtschaft/
 Arbeitsbedingungen unter
 dem Faschismus/Faschis-
 mus und Wissenschaft
 Teil C: Neofaschismus.
 Welche Einflüsse haben das
 Grundgesetz geprägt?/
 Hintergründe und Aktualität
 des Faschismus/Neofa-
 schismus und Totalitarismus

Band 3

Die »Röhm – Affäre«
 Ernst Röhm und der Luden-
 dorf-Kreis/Die Umstrukturie-
 rung der politischen Kapital-
 gruppenfronten ab 1925/26/
 Röhm als Stabschef der SA
 1930 – 30.1.1933 etc.

Jeder Band enthält ein
 Literaturverzeichnis sowie
 ein Personen-, Sach- und
 Organisationsregister. Im
 Band 3 findet sich ein
 Verzeichnis der von Opitz
 veröffentlichten Schriften.

gefunden, lässt sich leicht erahnen, wie das durch mündliche Beto-
 nungen zu einem genussvollen Ereignis wird, und dann macht auch
 das Lesen Spaß. Um auf Deine Frage zurückzukommen: Opitz
 genähert habe ich mich schlicht durch Einlesen – in die Manuskripte,
 in die Briefe im Zusammenhang mit Veranstaltungen und Arti-
 keln – und natürlich durch viele Gespräche mit Freunden von ihm.

REDAKTION: Und welches Bild von ihm hast Du Dir dabei gemacht?

ROLAND MÜLLER: Opitz war ein politischer Wissenschaftler, ge-
 nauer: Kommunist und Historiker. Wissenschaftler war er wie in
 der Karikatur, ein bisschen alltagsuntauglich. Wenn ihn ein Thema
 gepackt hatte, saß er mit Bleistift und Büchern am Schreibtisch,
 rauchte und schrieb; zwischendurch machte er sich eine Dose Ra-
 violi auf. Das einzige, was ihn umgehend vom Schreibtisch weg-
 brachte, war eine Veranstaltungseinladung. Das lässt sich aus sei-
 ner Korrespondenz gut herauslesen. Jedes Projekt ließ er stehen
 und liegen, sobald es irgendwo durch einen Artikel, Vortrag oder
 Streitgespräch darum ging, sich in eine aktuelle Diskussion einzu-
 mischen. Er verstand sich als politischer Publizist. Dafür blieben
 auch Sachen liegen, die ihm Geld eingebracht hätten. Da hatte er
 seine eigene Prioritätensetzung. Die dann öfters dazu führte, dass
 er sich einen sehr genauen Haushaltsplan schreiben musste, in dem
 die Zigaretten, die ihm bis zum Monatsende noch blieben, einzeln
 aufgeführt wurden. Opitz war arm. Wenn man in einem Manuskript
 vertieft auf einmal einen solchen Kalkulationszettel findet – das
 bringt ziemlich hart auf den Boden zurück. Liest man dann noch
 Briefe, wo er sich von einer Studentengruppe gebeten spontan be-
 reit erklärt, sich in irgendeine lokale Auseinandersetzung an der
 Münchner Universität einzumischen und dafür eine gut dotierte
 Auftragsarbeit liegenlässt, dann schwankt man zwischen Hochach-
 tung und »der tickte nicht richtig«.

REDAKTION: Du hast gesagt, Opitz war eine andere Generation der
 Linken. Ist das, was Opitz schrieb, dann Schnee von gestern oder
 hatte Dir das noch etwas zu sagen?

ROLAND MÜLLER: Opitz ist verblüffend aktuell. Er war Kommu-
 nist, hat sich aber als Wissenschaftler oder Publizist nie mit den so-
 zialistischen Staaten beschäftigt. Die kamen in seiner Auseinander-
 setzung mit der Totalitarismusthese nur als Projektionsfläche der
 Interessierten in der westlichen Welt vor. Man schaue sich heute
 das Spektakel um das Schwarzbuch des Kommunismus an und
 weiss, dass die bisher siegreiche Gesellschaftsform die Projektion
 auch noch braucht, wenn die Fläche bereits verschwunden ist. Wer
 Opitz liest, weiss auch warum. Opitz war ein verdammt guter Kri-
 tiker bürgerlicher Ideologien. Seine historischen Arbeiten vom 19.
 Jahrhundert an und dann insbesondere alle Varianten, die mit dem
 Nationalsozialismus in Verbindung standen, hat er in Zusammen-
 hang mit aktuellen Erscheinungen gesetzt. Und dabei sehr originell
 Linien und Brüche herausgearbeitet. Die Zeit, in der ich politisch
 sozialisiert wurde – Anfang der achtziger Jahre – mit Friedensbe-

wegung und undogmatischen Gruppen und Grüppchen, war sehr betroffenenfuselig, das Denken vielfältig ahistorisch. Hätte ich es noch gebraucht, als ich mich mit dem Nachlass zu beschäftigen begann, wäre Opitz ein schnellwirkendes Heilmittel gewesen. Solange es Kapitalismus gibt, gibt es bürgerliche Schutzideologien und solange ist eine Ideologiekritik, wie sie Opitz bietet, auch aktuell. Sollte es irgendwann auch mal wieder kritische Gegenbewegungen geben, so tun sie gut daran, sich ab und an mit Opitz' Schriften darüber Gedanken zu machen, wem sie demnächst auf den Leim gehen könnten.

REDAKTION: In Eurer dreibändigen Edition werden Schriften zu Liberalismus und Faschismus veröffentlicht. Was habt Ihr aus welchem Grund weggelassen?

ROLAND MÜLLER: Die Edition deckt alle Themenfelder ab, mit denen sich Opitz beschäftigt hatte. Im Nachlass fanden sich einige hundert Manuskripte. Davon waren etliche doppelt (Durchschläge, Kopien, Handschriftenfassungen) und/oder bereits an leicht zugänglicher Stelle veröffentlicht; die schiedenen von Anfang an aus. Es blieben etwa 6000 Seiten übrig. Die entscheidenden Fragen waren: Was geht inhaltlich über das bereits Veröffentlichte hinaus und ist das heute noch von Interesse. Davon abweichend wurden noch wenige Artikel und Reden aufgenommen, die nur von tagespolitischer Bedeutung waren, teilweise heute eher krude ankommen, aber unserer Ansicht nach beispielhaft drinnen sein müssten, weil sie Opitz und seine Entwicklung charakterisieren. Die Deutsche Friedensunion, der SDS, die VVN oder der BdWi haben viel von Opitz Leben und seiner Arbeit ausgemacht. Dass dies jetzt zum grössten Teil doch nicht veröffentlicht wird, hat finanzielle Gründe. Nachdem ein Mäzen abgesprungen war, haben wir den vierten Band gestrichen. Anderes, was spannend gewesen wäre, war in einem so unfertigen Zustand, dass es zuviel Arbeit gemacht hätte und das Ergebnis vermutlich trotzdem keine zufriedenen Leserinnen und Leser gefunden hätte. Eine solche Arbeit haben wir nur bei den auch unfertigen RöhM-Manuskripten für ertragreich gehalten.

REDAKTION: Meinst Du, Ihr findet bei dem stolzen Preis von so 80,- DM pro Band zufriedene Leserinnen und Leser?

ROLAND MÜLLER: Der Preis ist Ausdruck von Not, nicht des Wunsches nach einem erlesenen Kundenkreis, gar als posthume Wertschätzung von Opitz. Er selbst hätte sich seine Nachlassschriften nicht leisten können. Wir hoffen, dass es ein paar Opitz-Liebhaber gibt, für die das Geld nicht zu viel ist, dass es andere gibt, die sich die Bände schenken lassen können und dass es Bibliotheken gibt, die die Bände anschaffen und damit zugänglich machen und dass die Rede von den politisch-historisch uninteressierten Intellektuellen eine Lüge ist.. Eines kann ich allerdings versprechen: Die Leserinnen und Leser werden eine ganze Menge Spannendes für sich finden. Bei gut 1500 Seiten haben sie auch ein Weilchen etwas davon.

Demokratische Politikwissenschaft – oder einfach, was dasselbe ist, exakte – zeichnet sich durch das inhaltliche Begreifen der politischen Erscheinungen aus, d.h. durch das Wahrnehmen der in ihnen sich zur Geltung bringenden Klasseninteressen. (Opitz, 1973)

Diese allgemeine Funktions- und Bedingungsbestimmung des Faschismus lautet: Das monopolistische Kapital geht zur terroristischen Form seiner politischen Herrschaft (= zum Faschismus) dann über, wenn ihm die Durchsetzung seiner politischen Hauptinteressen in den Formen des auf allgemeinen Wahlen beruhenden parlamentarisch verfaßten Staates nicht mehr gelingt oder absehbar nicht mehr zu gelingen droht; sich auch alle autoritärstaatlichen Transformationen dieses Verfassungssystems als untauglich zur Gewährleistung dieser Interessenrealisierung oder als politisch nicht mehr durchsetzbar erweisen und dem Monopolkapital die realen Machtvoraussetzungen für den Übergang zur terroristischen Diktatur mittels einer faschistischen Massenpartei oder eines zu ihr entschlossenen Militärapparates zu Gebote stehen; die innenpolitischen Gegenkräfte jedoch zu schwach oder untereinander zu uneins sind, ihn verhindern zu können. (Reinhard Opitz: Ursachen des Faschismus in Deutschland, Vortrag 4.12.1979, Bd. II, S. 190)

Aktuelle Diskussionen zu Reinhard Opitz: Jungle World 14/1999, Konkret 4 und 7/2000

RICHARD SAAGE

Utopia als selbstreflexive Vision. Zu Ursula K. Le Guins »Planet der Habenichtse«

I

Ursula K. Le Guins *Planet der Habenichtse* gehört zu den wenigen Büchern, denen gleich nach ihrem Erscheinen im Jahr 1975 der Rang eines »Klassikers« attestiert wurde. Abgesehen davon, daß sich die Autorin bereits seit Ende der sechziger Jahre durch zahlreiche Romane als führende Schriftstellerin auf dem Gebiet der Science-fiction-Literatur im englischen Sprachraum profiliert hatte¹, ermöglichten drei Gründe die erstaunliche »Karriere« ihres utopischen Entwurfs. Zunächst stellt dieses Buch einen überaus gelungenen »Übergang vom tendenziell konventionellen Science-fiction-Roman mit den Elementen der interstellaren Reise, der Raumschiffe, Roboter und Aliens zur ethische Probleme diskutierenden Utopie« dar, »in deren Mittelpunkt politische Ideen stehen«.² Sodann markiert es innerhalb der Geschichte des utopischen Denkens insofern eine wichtige Zäsur, als es gültige Bedingungen formuliert, unter denen ein positives utopisches Gesellschaftsszenario heute noch glaubwürdig erscheint. Und schließlich überragt seine literarische Qualität die meisten Werke dieses Genres. Nicht zufällig erhielt die Autorin für ihn nicht nur die begehrten Science-fiction-Literaturpreise »Hugo« und »Nebula«, sondern auch den »Jupiter Award«; ganz zu schweigen vom zweiten Platz, den sie mit diesem Buch bei der Vergabe des »John W. Campbell Award« belegte.

Es kommt aber noch ein weiteres wichtiges Element der Wirkungsgeschichte hinzu, das diesem Roman allgemeine Anerkennung verschaffte. Er bündelte nämlich ökologische, anarchistische und feministische Strömungen der siebziger Jahre zu einer fiktiven Gegenwelt, in der sich in den westlichen Industrieländern die Hoffnungen und Ängste der oppositionellen Bewegungen der sechziger und siebziger Jahre in gültiger Form widerspiegeln. Le Guin hat sich auch in ihrem politischen Engagement stets zu diesen Quellen ihres utopischen Romans bekannt. Ihre ökologische Sensibilität ist offensichtlich vermittelt durch die Beschäftigung mit den Indianerkulturen Amerikas, aber auch mit der taoistischen Theologie, insbesondere mit deren der Natur verpflichtetem Ganzheitsdenken (vgl. 171). Sie selbst betonte die Bedeutung von Kropotkins anarchistischer Antwort auf den Sozialdarwinismus in dessen Schrift »Mutual Aid: A Factor of Evolution« (1902) für die Konzeption ihres Romans.³ In mehreren Publikationen engagierte sie sich zudem für die Einhaltung der Menschenrechte und für den Schutz der individuellen Freiheit. Zugleich warnte sie vor den Folgen einer

Richard Saage – Jg.1941,
Politikwissenschaftler,
Professor an der
Martin-Luther-Universität
Halle-Wittenberg.

Zitiert wurde nach folgender
Edition: Ursula K. Le Guin:
Planet der Habenichtse.
Deutsche Übersetzung von
Gisela Stege, München
1976. Die Le-Guin-Zitate,
durch in runde Klammern
gesetzte arabische Ziffern
belegt, wurden mit den ent-
sprechenden Passagen der
englischen Edition vergli-
chen: Ursula K. Le Guin:
The Dispossessed, London
u. a. 1988.

1 1991/92 waren im Buch-
handel 56 Titel aus der Fe-
der Le Guins erhältlich, eine
Bibliographie ihrer Werke
bis 1986 hat vorgelegt:
Rosemary Herbert: *Le Guin*,
Ursula K(roeber), in: *Twen-
ties-Century Science-Fiction
Writers*. Second Edition. Ed.
Curtis C. Smith, Chicago
and London 1986, p. 429f.

extremen Zentralisierung der Gesellschaft: Sowohl die Regierung als auch die großen Konzerne behandelten das Individuum nur als Mitglied einer großen Masse. »Ich glaube, daß dies zutiefst antidemokratisch und verhängnisvoll ist, weil es zu einer Zukunft repressiver Kontrolle führt.«⁴ Auch wenn Le Guin – zumindest in den siebziger Jahren – den sexistischen Anti-Männer-Impetus (anti-male bias) einiger Feministinnen ablehnte, so ließ sie doch nie einen Zweifel daran, daß sie der Frauenbewegung wichtige emanzipatorische Impulse («a great sense of liberation»)⁵ verdankte, die unübersehbar auch ihren Roman geprägt haben.

Und schließlich verweist die kulturelle Offenheit und der ethnologische sowie anthropologische Perspektivenreichtum ihres Romans *Planet der Habenichtse* auch auf ihre eigene Biographie.⁶ Am 21. Oktober 1929 in Berkeley/Cal. geboren, wuchs sie in einer kulturell und wissenschaftlich stimulierenden Umgebung auf. Ihr Vater Alfred Louis Kroeber (1876-1960) stieg als Schüler von Franz Boas, dem Begründer der modernen amerikanischen Anthropologie, zu einem der führenden Anthropologen und Ethnologen der Vereinigten Staaten auf. Mehrere Sprachen beherrschend, darunter einige indianische Dialekte, machte sich Kroeber einen Namen bei der Erforschung der Indianerkulturen Amerikas, insbesondere Kaliforniens. Nicht nur mit seinen Forschungen trug er zu einer pluralistischen Auffassung der Kulturen bei, sondern auch als Gründer des Department of Anthropology der Universität Berkeley, als Leiter des dortigen Völkerkundemuseums und als Mitbegründer der American Anthropological Association. Ihre Mutter, Theodora Kracaw (geb. 1897), gab eine Sammlung amerikanischer Mythen und die Biographie eines nordkalifornischen Indianers heraus, der eine Zeitlang bei den Kroebers lebte. Le Guin selbst hebt den prägenden Eindruck hervor, den die im Haus ihrer Eltern verkehrenden Anthropologen und Ethnologen auf sie machten: »Die Leute, die ich als Kind traf – jene Generation, die von Boas ausgebildet wurde, und die nächste Generation –, waren aufregende Leute. Sie hatten dieses intensive Interesse an Individuen und individuellen Kulturen, und dann auch diesen weiten Horizont, große Ideen zusammenzufügen. Sie waren nicht kulturgebundene Typen, möchte ich sagen; sie waren ziemlich freie Seelen, diese Anthropologen. Sie liebten die Vielfalt der Menschheit; sie konnten sie geradezu verschlingen.«⁷

Diese Pluralität von Kulturen und sehr unterschiedlich ausgebildeten Gesellschaften ist auch der tragende Hintergrund ihres utopischen Romans *Planet der Habenichtse*. Er spielt »an zwei Schauplätzen, in A-Io auf dem Planeten Urras, sowie auf dessen Mond, Anarres. Während es sich bei den rivalisierenden Urras-Staaten um eine faschistische Militärdiktatur bzw. ein zentralistisch-autoritär organisiertes sozialistisches Regiment handelt, herrscht im reichen A-Io, dem Haupthandlungsort, der Kapitalismus. (...) Im Unterschied dazu ist das Staatswesen von Anarres, ca. 170 Jahre zuvor nach der von Odo (einer Frau) eingeleiteten Revolution mit Billigung der Veränderungen fürchtenden Urrasti gegründet, ein anarchistisches Gemeinwesen (...) Im Mittelpunkt des Romans steht der anarrestische theoretische Physiker Dr. Shevek, der an einer

2 Artikel Ursula K. Le Guin: *The Dispossessed: An Ambiguous Utopia*, in: *Kindlers Neues Literatur Lexikon*, hrsg. von Walter Jens, Bd. 10, München 1990, S. 142.

3 Vgl. hierzu Hans Ulrich Seeber: *Tradition and Innovation in Ursula K. Le Guin's »The Dispossessed«*, in: *Utopien Thought in American Literature*, Tübingen 1988, S. 152f.

4 Zit. nach Joe de Bolt: *A Le Guin Biography*, in: Ders. (Hrsg.): *Ursula K. Le Guin, Port Washington etc.* 1979, p. 21.

5 Zit. nach Heinz Tschachler: »... Science Fiction can offer alternatives«. Heinz Tschachler talked to Mrs. Ursula K. Le Guin, in: *Englisch-Amerikanische Studien* 2/1987, S. 303.

6 Vgl. zu Leben und Werk Le Guin u. a. Bolt: *A Le Guin Biography* (Anm. 4), p. 13-28; Barbara J. Bachkhall: *Ursula K. Le Guin*, in: *American Woman Writers. A Critical Reference Guide from Colonial Times to the Present*. Ed. Lina Mainiero, Vol. 2, New York 1980, p. 546f.; Donald G. Keller: *Le Guin, Ursula*, in: *Postmodern Fiction. A Bio-Bibliographical Guide*. Ed. Larry McCaffery, New York u. a. 1986, p. 449-453; Herbert: *Le Guin* (Anm. 1), p. 428-431; Artikel *Le Guin, Ursula K* (roeber), in: *The Encyclopedia of Science Fiction*, London u. a. 1979, p. 345-348.

7 Zit. nach Bolt: *A Le Guin Biography* (Anm. 4), p. 15.

bahnbrechenden, zeitliche Simultaneität und Sequentialität miteinander vereinbarenden Theorie arbeitet, aber im Laufe seiner Karriere mit immer größeren Schwierigkeiten zu kämpfen hat. (...) Als Shevek dieser Hindernisse erkennt, Kontakte zu Urras zustande kommen und er sogar an die Universität des kapitalistischen Landes eingeladen wird, verläßt er, von manchem als Verräter bezeichnet, für einige Zeit Anarres. Sein Ziel ist es, im Sinne freier Kommunikation beide Welten wieder zusammenzuführen und das selbstgewählte Exil der Anarresti zu beenden.«⁸ Doch nachdem Shevek einsehen muß, daß man nur an seiner Theorie und ihrer militärischen Nutzung zur Stärkung der außenpolitischen Machtstellung der Urrasti interessiert ist, verbündet er sich schließlich mit anarchistischen Dissidenten, »deren Streik jedoch blutig niedergeschlagen wird, und er flieht in die Botschaft der Terrans. Ein Raumschiff bringt ihn dann wieder nach Anarres zurück. Er plant aber, seine Theorie der ganzen Welt zu schenken, um die Ausbeutung durch einzelne zu verhindern.«⁹

8 Artikel Le Guin (Anm. 2), S. 142.

9 A.a.O., S. 143.

Zweifellos werden die deutlich erkennbaren Science-fiction-Elemente dieser Rahmenhandlung von dem Muster der klassischen Utopie in einer Weise überlagert, daß es legitim erscheint, sie im folgenden als solche zu diskutieren. Dieser Schritt erscheint nicht zuletzt auch deswegen legitim, weil der Roman allen Kriterien genügt, die Le Guin selbst als utopiekonstitutiv bezeichnet hat. Ausdrücklich hat sie betont, daß es zur Bekämpfung evidenter Fehlentwicklungen in den westlichen Gesellschaften und im Realsozialismus einer sozialen Alternative, mithin einer Utopie, bedarf. »Gesellschaft ist nicht durch eine lange Tradition vorprogrammiert und sie ist nicht von Gott verfügt. Sie ist etwas Gemachtes, das verändert werden kann (...)«. Die eine Alternative bietende Utopie ist für sie »Planen, ein Entwurf, ein Plan, ein ›wenn wir dies täten, dann wäre es gut‹. Ich habe dies versucht. Ich habe The Dispossessed geschrieben, einen Roman, der zumindest teilweise eine Utopie ist.«¹⁰ Auch ihre Forderung, das utopische Denken zu erneuern, hat den Roman geprägt. Es scheint, so betonte sie, »daß die utopische Einbildungskraft in eine Falle geraten ist, wie der Kapitalismus, der Industrialismus und die menschliche Bevölkerung, in die Falle einer Einbahn-Zukunft, die nur noch aus Wachstum besteht«.¹¹ Demgegenüber forderte sie eine »nicht-europäische, nicht-euklidische, nicht-maskuline« Utopie.¹²

10 Zit. nach Tschachler: Science Fiction (Anm. 5), p. 297.

11 Zit. nach Joan Gordon: Dancing Gracefully But Cautiously: Ursula K. Le Guins Criticism, in: Science Fiction Studies 17/1990, p. 117f.

12 Ebenda.

In welchem Maße diese Motive in ihrem Roman eingelöst wurden, zusammen mit den tradierten Topoi des klassischen utopischen Denkens, die von der Zeitkritik und dem propagierten alternativen Ideal über das ihm zuzuordnende politische und gesellschaftliche System bis hin zum Geltungsanspruch reichen, soll im folgenden untersucht werden.

II

Die Zeitdiagnose und -kritik in Le Guins Planet der Habenichtse ist Teil des fiktionalen Szenarios der Utopie selbst. Le Guin nimmt also die sozio-politische Realität der Ursprungsgesellschaft in den utopischen Entwurf mit hinein. Dies geschieht in der Weise, daß der Held des Romans mit den Fehlentwicklungen der fiktiven

Länder A-Io und Thu auf dem Planeten Urras konfrontiert wird. A-Io ist, wie schon hervorgehoben wurde, das Äquivalent des modernen Kapitalismus westlicher Prägung, Thu dagegen repräsentiert den real existierenden Sozialismus des Ostens. Eine dritte Variante der Zeitdiagnose ist durch den Planeten Terra gekennzeichnet: Diese Militardiktatur steht für die Apokalypse der totalen ökologischen Katastrophe. Die Kriterien, die der zeitkritischen Analyse Le Guins zugrunde liegen, sind zweifellos durch das anarchistische Wertemuster bestimmt, das der Held des Romans in seinem Ursprungsland Anarres internalisiert hat. Es kommt zu einer ständigen Gegenüberstellung der idealen Normen dieser Gegenwelt mit den Defiziten der kapitalistischen Ursprungsgesellschaft, die zugleich die Form des Romans bestimmt: »Er weist 13 Kapitel auf; in den Kapiteln 2 bis 12 alterniert die Handlung zwischen der Vergangenheit Sheveks (Kindheit, Jugend, wissenschaftliche Karriere) und dem Aufenthalt auf Urras. Dagegen schildern die rahmenden und damit Anfang und Schluß miteinander koppelnden Kapitel 1 und 13 Abfahrt und Rückkehr Sheveks, der typischen Explorationsfigur der literarischen Utopie, die zumeist mit einem Führer in eine neue Welt eingeführt wird. Le Guins Erzähler bleibt zwar anonym, das den Leser lenkende Orientierungszentrum liegt jedoch in Shevek, der zwei unterschiedliche Welten kennenlernt: die eigene als Heranwachsender und die fremde, die er besucht. Da die Geschehnisse der Anarres- bzw. Urras-Kapitel zwar zeitlich weit auseinander liegen (Sequentialität), der Leser jedoch alternierend mit beiden Welten konfrontiert wird (Simultaneität), werden die technologischen und mentalen Unterschiede zwischen den beiden Gesellschaften deutlich, allerdings auch die Gemeinsamkeiten.«¹³

Zunächst fällt auf, daß sich Shevek gezwungen sieht, das in seinem Ursprungsland propagierte Feindbild des kapitalistischen Systems, wie es in A-Io herrscht, zu modifizieren. »Als Kind hatte man ihn gelehrt«, heißt es, »daß Urras eine schwärende Masse von Ungleichheit, Ungerechtigkeit und Verschwendung sei. Doch alle Menschen, die er kennenlernte, und alle Menschen, die er sah, selbst noch im winzigsten Dorf, waren gut gekleidet, gut genährt und, im Gegensatz zu seinen Erwartungen, fleißig. Sie standen keineswegs finster herum und warteten, bis man ihnen befahl, etwas zu tun. Sie waren genau wie Anarresti, ununterbrochen damit beschäftigt, etwas zu tun. Das machte ihn nachdenklich. Er hatte immer angenommen, wenn man einen Menschen des natürlichen Anreizes zur Arbeit beraubte – seiner Initiative, seiner spontanen kreativen Energie – und ihn durch eine äußerliche Motivation, einen äußerlichen Reiz ersetzte, würde er zu einem trägen, nachlässigen Arbeiter werden. Doch dieses herrliche Ackerland, diese großartigen Autos und diese bequemen Züge wurden bestimmt nicht von nachlässigen Arbeitern gepflegt und gemacht. Offenbar war der Anreiz des Profits ein weit wirksamerer Ersatz für die natürliche Initiative als man ihm stets hatte einreden wollen« (79).

Doch je intensiver Shevek mit den Mechanismen des kapitalistischen Staates A-Io vertraut wird, desto stärker treten dessen abstoßende Dimensionen hervor. Woran sich Sheveks Kritik entzündet, ist das zweckrationale Prinzip der Verwertung von Leistungen,

13 Artikel Le Guin (Anm. 2), S. 143.

Gütern und Geld zum Zweck der Profitmaximierung. Er muß bald erkennen, daß die Gastfreundschaft, die ihm der Staat A-Io gewährt, keine Ausnahme darstellt. Einer seiner Kollegen führt ihm diesen Tatbestand drastisch vor Augen: »Sie sind ein Kind unter Dieben. Alle sind gut zu Ihnen, sie geben Ihnen eine schöne Wohnung, Vorlesungen, Studenten, Geld, Schloßbesichtigungen, Fabrikbesichtigungen, Rundreisen durch hübsche Dörfer. Von allem das Beste. Alles ist großartig, wunderbar! Aber warum? Warum holen die Sie vom Mond her, loben Sie, drucken Ihre Bücher, halten Sie fest in Hörsälen, Labors und Bibliotheken? Glauben Sie etwa, daß die das aus wissenschaftlicher Wohltätigkeit, aus Nächstenliebe tun? Dies ist eine Profitgesellschaft, Shevek!« (128). Seine Versuche, deren Mechanismen einen Sinn abzugewinnen, scheitern. Für ihn sind alle Prozeduren und Verfahrensregelungen des Kapitalismus ebenso »barbarisch, unverständlich und überflüssig« wie die Riten einer primitiven Religion. »In einem Menschenopfer (für) eine Gottheit mochte wenigstens noch eine fehlgeleitete, schreckliche Schönheit liegen; in den Riten der Geldwechsler, wo Habgier, Faulheit und Neid die Handlungsweise der Menschen prägten, wurde selbst das Schrecknis noch banal« (122). Aber auch das Resultat des wettbewerbs- und gewinnbezogenen Leistungsprinzips, die kapitalistische Konsumgesellschaft, gerät Shevek immer mehr zu einem Alptraum (122f).

Allerdings wird das zeitkritische Szenario in Le Guins Planet der Habenichtse, wie schon angedeutet, durch eine andere Variante des Kapitalismus relativiert, die sich aller Korrektive sozialstaatlicher und ökologischer Art, wie man sie in A-Io findet, entledigt hat: Es handelt sich um den Planeten Terra, der von den Menschen zerstört wurde. »Meine Welt, die Erde, ist eine Ruine. Wir haben uns vermehrt, haben gepraßt und gekämpft, bis nichts mehr übrig geblieben war, und dann sind wir gestorben«, sagt ein Repräsentant von Terra. »Wir haben weder unserem Appetit noch unserer Gewalttätigkeit Zügel angelegt; wir haben uns nicht angepaßt. Wir haben uns selbst vernichtet. Aber zuerst haben wir unsere Welt zerstört. Auf der Erde gibt es keine Wälder mehr. Die Luft ist grau, der Himmel ist grau, es ist immer heiß« (316). Zwar ist die Erde noch bewohnbar. Aber nur um den Preis der Errichtung eines allmächtigen »Leviathan«, der die gesamte Gesellschaft bis in die Privatsphäre hinein kontrolliert. »... wir hatten gerettet, was wir retten konnten, hatten uns in den Ruinen auf Terra auf die einzig mögliche Art und Weise eingerichtet: durch totale Zentralisation. Totale Kontrolle über die Verwendung jedes einzelnen Hektars noch fruchtbaren Landes, jedes einzelnen Stücks Metall, jedes einzelnen Liters Treibstoff. Totale Rationierung, Geburtenkontrolle, Euthanasie, allgemeine Verpflichtung zur Arbeit. Absolute Reglementierung jedes Menschenlebens im Hinblick auf das Ziel der Rassenerhaltung« (317).

Doch andererseits ist im Licht der Zeitdiagnose Le Guins auch der diktatorische Staatssozialismus keine tragbare Alternative zu diesen beiden Varianten des Kapitalismus. Dessen politisches System hat nämlich mit ihnen eine fundamentale Gemeinsamkeit: Es ist archaisch, d.h. auf das Funktionieren eines »starken Staates«

angewiesen. »Der Staat Thu«, d.h. das realsozialistische System, »ist sogar noch stärker zentralisiert als der Staat A-Io. Die Kontrolle wird von einer einzigen Machtstruktur ausgeübt, die über alles bestimmt: über die Regierung, die Verwaltung, die Polizei, das Militär, die Bildung, die Rechtsprechung, den Handel, die Industrie. Ihr habt eine Geldwirtschaft« (126).

Das Ideal, das Le Guin den aufgezeigten Fehlentwicklungen dieser sozio-politischen Herrschaftssysteme konfrontiert, läßt sich vielleicht am besten charakterisieren, wenn man es als eine Synthese aus Feminismus und Anarchismus, verbunden mit einer dezidiert ökologischen Stoßrichtung, kennzeichnet. Tatsächlich unternimmt man in Le Guins Anarres-Utopie den Versuch, nach Prinzipien einer legendären Frau zu leben. Durch sie wird der seit Morus' Utopia bekannte »Gründungsvater« des idealen Gemeinwesens durch eine »Gründungsmutter« mit Namen Odo ersetzt: Die Werte, die sie verkörpert, sind, wie es an einer Stelle des Buches heißt, weiblich. Der Odonismus verneint die virilen Seiten des Lebens: Blut, Stahl, Krieg und Mut (262). Zugleich sind aber die normativen Grundlagen des idealen Gemeinwesens von Anarres auch anarchistisch. Es ist eine Gesellschaft ohne Regierung, ohne Polizei, ohne wirtschaftliche Ausbeutung (269). Der höchste Wert in Le Guins Anarres-Utopie ist also nicht Sicherheit, sondern Freiheit. »Wenn wir alle einer Meinung sind«, heißt es, »alle nur in der Gemeinschaft funktionieren müssen, sind wir nicht besser als eine Maschine« (326). Doch wenn die Gesellschaft nicht in isolierte, ihre Freiheit einklagende Individuen zerfallen soll, stellt sich die Frage nach dem »Kitt«, der sie zusammenhält. Mit dem Wegfall des Mythos vom Staat, so die Antwort, trete die wirkliche Gemeinsamkeit und Gegenseitigkeit der Gesellschaft und des Individuums um so klarer hervor: Sie hat ihren Ursprung im autonomen Willen der einzelnen selbst und muß von ihm permanent bestätigt werden. Wäre dies nicht der Fall, schließe Solidarität als gesellschaftlicher Konformismus in Herrschaft um. »Opfer mochten vom einzelnen verlangt werden, Kompromisse jedoch nie: denn obwohl nur die Gesellschaft Sicherheit und Stabilität geben konnte, besaß allein der einzelne, allein das Individuum die Macht der ethischen Entscheidung – die Macht, durch freien Willen etwas zu verändern, der wesentlichsten Funktion des Lebens. Die odonische Gesellschaft war als permanente Revolution gedacht, und diese Revolution beginnt mit dem denkenden Geist« (303).

Wie unterscheidet sich dieser anarchistische Individualismus vom Egoismus der bürgerlichen Gesellschaft? Le Guin knüpft an eine alte Tradition des klassischen utopischen Denkens an, wenn sie einer Privatsphäre, die als Schutzraum besitzindividualistischer Bestrebungen dienen könnte, den Boden entzieht. »Keine Tür war versperrt«, wird das Leben einer Ortschaft auf Anarres geschildert, »nur wenige geschlossen. Keine Tarnung, keine Werbung. Es lag alles offen dar, die ganze Arbeit der Stadt, offen für das Auge und für die Hand« (94), weil in einer Gesellschaft, in der »die Privilegien und Verpflichtungen menschlicher Solidarität« anerkannt sind, die Privatheit nur dort einen Wert hat, »wo sie eine Funktion erfüllte« (104). Uneingeschränkter Schutz auf Privatheit kann nur

das Sexualleben für sich reklamieren (ebd.). Auch haben Menschen, die von Natur aus ungesellig sind, das Recht, sich »aus der Gesellschaft (zu) entfernen und für sich selbst (zu) sorgen« (ebd.).

Ausgehend von dieser Transparenz der zwischenmenschlichen Beziehungen knüpft Le Guin aber auch an einen anderen Topos der klassischen Utopie-Tradition an: die Homogenität der Siedlungsstruktur. Die architektonischen Elemente der Werkstätten, Fabriken, Wohnheime, Dormitorien und Refektorien sind in allen odonischen Kommunen gleich. »Die größeren Gebäude gruppierten sich häufig um freie Plätze und gaben damit der Stadt eine zellulare Grundstruktur: eine Teilkommune oder Nachbarschaft reihte sich an die andere. Schwerindustrie und Lebensmittelverarbeitungsbetriebe konzentrierten sich auf die Außenbezirke der Stadt und die Zellularstruktur wiederholte sich insofern, daß verwandte Industriebetriebe häufig in einer Straße oder an einem Platz nebeneinanderlagen« (93). Auch in den Wohnhäusern überwiegt das Prinzip der Austauschbarkeit der architektonischen Bausteine. »Die meisten Häuser dieser Kommune ähnelten sich: schlicht, solide aus festem Stein oder gegossenem Schaumstein gebaut (...)«. Sie »(waren) alle einstöckig. Aus demselben Grund waren die Fenster nur klein und aus einem widerstandsfähigen Silikon-Plastikmaterial, das bei Erschütterung nicht zersprang« (93).

III

Das anarchistische Ideal, das die normativen Grundlagen der Anarres-Utopie bei Le Guin prägt, bestimmt auch die Eigentumsbeziehungen. Deren Muster hat die Gründungsmutter Odo eindeutig bestimmt. Ihre Maxime lautet: »Willst du einen Menschen zum Dieb machen, mache einen anderen zum Besitzer; willst du Menschen zu Verbrechern machen, mache Gesetze« (129). Besitzindividualistisches Verhalten, das unter kapitalistischen Bedingungen als durchaus vernünftig gilt, ist auf Anarres durch einen psychopathischen Charakterzug gekennzeichnet (253). Eine der Grundmaximen lautet denn auch: »Höre endlich auf zu egoisieren« (112). Diesem Imperativ entspricht, daß das Privateigentum auf Anarres weitgehend abgeschafft ist. »Nichts gehört dir allein«, heißt es. »Alles ist nur zum Gebrauch da, zum Teilen mit anderen. Wenn du etwas nicht teilen willst, dann kannst du es auch nicht benutzen« (30). Die Abschaffung des Privateigentums schlägt sich sogar semantisch in der Sprache nieder: »Die Singularformen des Possessivpronomens wurden (...) fast nur als Betonung verwendet; in der Umgangssprache vermied man sie. Kleinkinder mochten vielleicht ›meine Mutter‹ sagen, lernten aber schon bald ›die Mutter‹ sagen. ›Statt: Meine Hände tun weh‹, heißt es: ›die Hände tun mir weh‹, usw.; wollte man sagen, ›Dies gehört mir und das gehört dir‹, so sagte man (...): ›Ich benutze dies und du benutzt das‹« (57).

Die Wirtschaftsverfassung, der diese Eigentumsbeziehungen zugrunde liegen, unterscheidet sich sowohl von der Planwirtschaft des »real existierenden« Sozialismus, als auch von der Marktwirtschaft der kapitalistischen Gesellschaft des Westens. Le Guin optiert demgegenüber für einen »dritten Weg«, der, wie schon hervorgehoben wurde, den Spuren Kropotkins folgt.¹⁴ Das Geld als

14 Vgl. Seeber: Tradition, (Anm. 3), S. 153.

Äquivalent des Warenaustauschs ist ebenso abgeschafft wie das Prinzip des Kaufens und Verkaufens (18). Die Verteilung erfolgt in Magazinen (goods depository): Man nimmt, was man wünscht, nickt dem Registrator zu und geht (192). Zugleich erfahren wir, daß Anarres weit davon entfernt ist, eine Überflußgesellschaft zu sein. Vielmehr sieht sich das utopische Gemeinwesen gezwungen, mit dem Planeten Urras eine Art Außenhandel zu treiben. »Sie brachten Erdöl und Petroleumprodukte, bestimmte hochwertige Maschinenteile und elektronische Halbfabrikate, die von der Anarresti-Industrie noch nicht hergestellt werden konnten, so wie häufig eine neue Obstbaum- oder Getreideart zum Testen. Nach Urras kehrten sie dann voll Quecksilber, Kupfer, Aluminium, Uran, Zinn und Gold zurück. Das war für sie ein ausgezeichnetes Geschäft. (...) Die Freie Welt von Anarres war in Wirklichkeit nichts anderes als eine Bergbaukolonie von Urras« (88).

Alle anderen für den Erhalt der Gesellschaft notwendigen Aufgaben – von der Güterherstellung über deren Verteilung bis hin zur Konsumtion und Erziehung – sollten in freiwillig gebildeten und strikt dezentralisierten Assoziationen bewältigt werden, ohne allerdings die Zivilisation zu deurbanisieren und auf das Niveau vor-technologischer Stammeskulturen zurückzufallen. Zu diesem Zweck war geplant, alle Kommunen durch ein nichthierarchisiertes Kommunikations- und Transportnetz so miteinander zu verknüpfen, daß die angeforderten Güter und Ideen dorthin gelangten, wo sie gebraucht wurden (90f). Doch ein solches Konzept ohne Hauptstadt, ohne Kontrollzentrum und Bürokratie, das von Odo unter den günstigen Bedingungen des Planeten Urras entwickelt wurde, mußte den knappen Ressourcen auf Anarres angepaßt werden. Es stellte sich nämlich bald heraus, daß in Notzeiten eine strenge Rationierung der Güterverteilung unumgänglich war (226). Auch mußten die Kommunen in großer Entfernung voneinander angelegt werden, wenn sie genügend Ressourcen haben wollten. Vor allem aber konnten sich nur wenige Assoziationen selbst erhalten, »so sehr sie auch ihre Vorstellungen des Existenzminimums zurückschraubten« (91). Der aus diesem strukturellen Mangel resultierende gesamtgesellschaftliche Koordinationsbedarf war ohne eine Rechenzentrale nicht zu bewältigen. »Die Computer, die die Verwaltung, die Arbeitseinteilung und die Warenausgabe koordinierten, sowie die zentralen Föderativen der meisten Arbeitssyndikate, befanden sich von Anfang an in Abbenay. Und von Anfang an war es den Siedlern klar, daß jede unvermeidliche Zentralisation eine ständige Bedrohung war, der man nur durch unaufhörliche Wachsamkeit begegnen konnte« (ebd.).

Welche Rolle spielt nun in diesem Entwicklungsland Anarres die klassische Triade »Wirtschaft und Technik«, »Arbeit« und »Bedürfnisse«? Die Anarresti wußten, daß ihr Anarchismus nicht nur das Ergebnis einer ausdifferenzierten Zivilisation, einer komplexen vielgestaltigen Kultur und einer stabilen Ökonomie, sondern auch einer hochentwickelten industrialisierten Technologie ist (91): So sind, wie schon erwähnt, auf Anarres computergesteuerte Informationssysteme für den Warenumschlag und die Arbeitsvermittlung eine Selbstverständlichkeit. Andererseits ist aber entscheidend, daß

die technische Entwicklung nur unter ökologischen Vorzeichen gefördert wird. Das Baconsche Ideal der einseitigen Naturbeherrschung ist bereits wegen der fragilen Geographie, die Anarres prägt, obsolet. Das Überleben der Anarresti erscheint nur möglich, wenn sie sich dem Beziehungsnetz der Lebewesen zu ihrer Umwelt auf einem unfruchtbaren Planeten mit Vorsicht und Sorgfalt anpassen. Aus diesem Grund werden als Energiequellen Windturbinen eingesetzt, mit denen man Generatoren zur Stromerzeugung betreibt. Darüber hinaus nutzt man die Erdtemperatur, um die Wohnungen zu heizen. Ferner versucht der Anarresti, sich behutsam und unter Gefahren der engbegrenzten Ökologie seines Planeten anzupassen. »Wenn er mit Maßen fischte, und wenn er den Boden unter Verwendung organischen Düngers beackerte, gelang es ihm. Doch weitere Lebewesen konnte er nicht mit hereinnehmen. Für Pflanzenfresser gab es kein Gras, für Fleischfresser keine Pflanzenfresser. Es gab keine Insekten, die blühende Pflanzen befruchteten: die importierten Obstbäume wurden mit der Hand befruchtet. Man verzichtete darauf, von Urras Tiere herüber zu holen, um das labile Gleichgewicht des Lebens nicht zu gefährden« (172).

Angesichts der knappen natürlichen Ressourcen versteht sich die Mobilisierung der Arbeitsressourcen auf Anarres von selbst. Doch im Gegensatz zur klassischen Utopietradition erfolgt sie auf freiwilliger Grundlage, weil die Einsicht, die gesellschaftlich notwendige Arbeit verrichten zu müssen, von allen internalisiert und als eine wichtige Sinngabungsinstanz für die eigene Existenz anerkannt ist. Generell gilt im Blick auf die Arbeit die Maxime Odos: »Ein Kind, das frei von der Schuld des Besitzertums und der Last wirtschaftlichen Wettbewerbs aufwächst, besitzt den Willen, das zu tun, was notwendig ist, und die Fähigkeit, Freude darin zu finden. Nur nutzlose Arbeit verdunkelt das Herz. Die Freude der stillenden Mutter, des Gelehrten, des erfolgreichen Jägers, der guten Köchin, des geschickten Handwerkers, jedes einzelnen, der notwendige Arbeiten verrichtet, und sie gut verrichtet – diese bleibende Freude ist vielleicht die unerschöpflichste Quelle menschlicher Zuneigung und des Lebens in der Gemeinschaft überhaupt« (226). Diese prinzipielle Arbeitsmotivation vorausgesetzt, sind auf Anarres die Begriffe »Arbeit« und »Spiel« deckungsgleich (246). Daher wird Arbeit auch nicht als eine streng formalisierte Rolle im Produktionsprozeß definiert: Ihre spielerische Komponente besteht darin, daß sie um ihrer selbst willen getan wird (139) und der einzelne seine Beschäftigung nicht nur oft wechseln kann, sondern auch frei ist, gar nichts zu tun (ebd.).

Wenn dergestalt auf Anarres die Motivation zur Arbeit ausschließlich durch die Freude, die sie individuell vermittelt, sowie durch die gesellschaftliche Anerkennung gespeist wird, so sind doch die Tätigkeitsfelder selbst zentral von der Gesellschaft vorgegeben: »Die Mensch/Computer-Registrierung des Arbeitsteilung (die Verwaltung der Arbeitsteilung, R.S.) arbeitete mit unerhörter Effizienz«, heißt es. »Die Angestellte brauchte nicht einmal fünf Minuten, um die gewünschte Information zu beschaffen, und das bei diesem ständigen, ungeheuren Input und Output von Informationen über jede Arbeit, die geleistet, jede Position, die besetzt, jeden Arbeiter, der gebraucht

wurde sowie über die Prioritätsstufe all dieser Fakten der allgemeinen Volkswirtschaft der gesamten anarrestischen Gesellschaft« (245). Zugleich wird als selbstverständlich vorausgesetzt, daß Arbeitsressourcen dort zum Einsatz gelangen, wo sie am meisten benötigt werden, auch wenn dabei individuelle Wünsche – z.B. nach einer Partnerzusammenführung – nicht immer berücksichtigt werden können (225f).

Der ökologischen Bändigung der Technik auf Anarres entspricht schließlich, daß der Luxus der kapitalistischen Welt rigoros abgelehnt wird. Der Besuch einer Geschäftsstraße auf Urras erschütterte den Helden des Romans so, daß er das Erlebnis der Konsum- und Warenwelt »so schnell wie möglich aus seinen Gedanken verbannte, aber er träumte noch Monate lang davon – Alpträume« (122). Demgegenüber wird die Konsumgrenze auf Anarres durch die gegebenen natürlichen Lebensbedingungen bestimmt, die gerade das Existenzminimum sichern. Das Paradies von Anarres, so heißt es, »erwies sich als knochentrocken, kalt und windig, und der Rest dieses Planeten war noch schlimmer. Die Entwicklung des Lebens war nicht über Fische und blütenlose Pflanzen hinausgegangen. Die Luft war so dünn wie die Luft auf Urras in sehr großen Höhen. Die Sonne brannte, der Wind war eisig, der Staub erstickend« (89). Ohne die Unterordnung der persönlichen Bedürfnisse unter den Imperativ eines prekären ökologischen Gleichgewichts und knapper materieller Ressourcen hätte die Gesellschaft untergehen müssen. Zugleich wird der weitgehende Verzicht auf luxuriösen Geltungskonsum kompensiert durch die Aufwertung sexueller, aber auch ästhetischer Bedürfnisse (145).

IV

Einem alten utopischen Muster folgend, ist neben der Abschaffung des Privateigentums die Beziehung zwischen den Geschlechtern von entscheidender Bedeutung für die Stabilität der politischen Verfassung: Im Gegensatz zur klassischen Utopietradition ist freilich die Sexualität auf Anarres vollständig liberalisiert. Homosexualität gilt als ebenso »normal« wie heterosexuelles Verhalten. »Kein Gesetz, keine Grenze, keine Strafe, keine Mißbilligung gab es für Sexualpraktiken jeglicher Art, bis auf die Vergewaltigung von Kindern und Frauen, in welchem Falle die Nachbarn des Bösewichts auf eigene Faust Vergeltung übten, wenn er sich nicht stehenden Fußes in die etwas sanfteren Hände des Therapie-Zentrums begab« (225). Die gesetzlich legalisierte bürgerliche Ehe ist unbekannt. Noch wichtiger erscheint jedoch, daß die Gleichberechtigung der Frau nicht nur in allen gesellschaftlichen Bereichen vollständig eingelöst ist. Darüber hinaus symbolisiert die Tatsache, daß Anarres nach Prinzipien funktioniert, die von einer Frau, nämlich Odo, stammen, eine feministische Hegemonie in diesem utopischen Gemeinwesen. »Männer müssen zumeist lernen, Anarchisten zu werden, Frauen brauchen das nicht zu lernen«, heißt es im Roman (54). Im übrigen spielt die Eugenik bei der Hervorbringung eines »neuen Menschen«, der den anarchistischen Normen entspricht, keine Rolle auf Anarres: Sie werden durch Erziehung und das praktische Verhalten der Erwachsenen im Altersleben verinnerlicht.

Ein politisches System, das ein staatliches Gewaltmonopol im Rahmen allgemeiner Gesetze möglichst rational administriert, existiert nicht: Ihm fehlt die Grundlage, weil es weder soziale Konflikte noch Verbrechen zu reprimieren gilt. Niemand muß für irgendwas bestraft werden, »weil niemand etwas besitzt, das man ihm stehlen oder rauben könnte. Wenn man was braucht, holt man es sich aus dem Magazin. Und was die Gewalttätigkeit betrifft (...)«, so »(ist) Zwang das am wenigsten geeignete Mittel, die Ordnung aufrechtzuerhalten« (138). Selbstverständlich existieren auch keine Gesetze in Gestalt von kodifizierten Normen, hinter denen die sanktionierende Gewalt eines staatlichen Repressionsapparates steht. »Wir haben nichts als unsere Freiheit (...). Wir haben keine Gesetze als das eine und einzige Prinzip der gegenseitigen Hilfe. Wir haben keine Regierung, als das eine und einzige Prinzip der freien Gesellschaftsbildung. Wir haben keine Staaten, keine Nationen, keine Präsidenten, keine Premiers, keine Häuptlinge, keine Generäle, keine Bosse, keine Bankiers, keine Hausbesitzer, keine Löhne, keine Wohlfahrt, keine Polizei, keine Soldaten, keine Kriege. Und auch sonst haben wir nicht viel. Wir sind Teiler, nicht Besitzer. Wir sind nicht wohlhabend. Keiner von uns ist reich, keiner von uns ist mächtig« (274). Die einzige Sicherheit, die existiert, ist die Zustimmung der Nachbarn. »Ein Anarchist kann Gesetze brechen und hoffen, daß er ungestraft davonkommt, eine Gewohnheit kann man nicht ›brechen‹; sie ist der Rahmen, innerhalb dessen man mit anderen Menschen zusammenlebt« (330).

Konsequent wird auf Anarres der Versuch unternommen, die Herrschaft des Menschen durch die Verwaltung der Sachen zu ersetzen. Diese Verwaltungs- und Managementstruktur wird PDK, Produktions- und Distributionskoordination, genannt. Es handelt sich um »ein Koordinierungssystem für alle Syndikate, Föderationen und Individuen, die produktive Arbeit leisten. Die PDK regiert nicht Menschen, sondern verwaltet die Produktion. Sie hat weder die Macht, mich zu unterstützen noch mich zu hindern. Sie kann uns nur die öffentliche Meinung über uns mitteilen – wo wir im sozialen Bewußtsein stehen« (73f). Um zu verhindern, daß sich eine Machtelite, eine Herrschaftshierarchie, herausbildet, rekrutiert sich das Personal der PDK aus Freiwilligen, die durch das Los bestimmt werden. Nach einjähriger Ausbildung üben die einzelnen vier Jahre lang ihre Verwaltungsfunktionen aus, dann werden sie durch neue Leute ersetzt. Unter diesen Bedingungen kann »überhaupt niemand Macht erlangen, Macht im anarchistischen Sinn« (156). Die PDK-Sitzungen sind zudem öffentlich: Jeder kann an ihnen teilnehmen, mitdiskutieren und abstimmen. Die sogenannten »Berater«, die länger als vier Jahre in der PDK tätig sind, verlieren das Wahlrecht (ebd.). Politik als Beruf ist mithin der Boden entzogen.

V

Wie läßt sich der Geltungsanspruch charakterisieren, den Le Guin mit ihrer anarchistischen Anarres-Utopie verbindet? Zunächst ist interessant, daß sie in formaler Hinsicht an das Muster der Utopietradition vor ihrer geschichtsphilosophischen Wende Mitte des 18. Jahrhunderts anknüpft. Anarres treibt zwar, wie gezeigt wurde,

einen Warenaustausch mit Urras. Im übrigen ist jedoch die Abkapselung und Isolation von der Außenwelt perfekt: Wohl stammen die Bewohner von Anarres vom Planeten Urras, den sie, inspiriert von ihrer Führerin Odo, verlassen, um auf dem Nachbarplaneten ihr anarchistisches Gemeinwesen zu gründen. Doch seitdem herrscht auf Anarres die Doktrin der strikten Abschottung. Auch wenn auf diese Weise Thu und Terra gleichfalls ausgegrenzt werden, so liefert doch A-Io als Inbegriff kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung das entscheidende Feindbild. Diese dualistische Konstellation wird noch durch andere Gemeinsamkeiten mit dem klassischen Muster der Raum-Utopie ergänzt. So verbindet sich das anarchistische Ideal weder mit einer geschichtsphilosophischen Fortschritts-teleologie noch mit einem historischen Subjekt in Gestalt einer sozialen Schicht oder Klasse. Das Potential der Veränderung – und das heißt zugleich die Möglichkeit einer Transformation in Richtung auf das utopische Ideal der Anarchie – wird, wie in der klassischen Raum-Utopie, in die Individuen selbst verlegt (274). Dem entspricht die Erkenntnis Sheveks, daß das utopische Ideal nicht offensiv – wie in der Zeitutopie – nach außen verkündet und durchgesetzt werden kann (308).

Allerdings ist bei Le Guin eine entscheidende Differenz zur Utopietradition der Renaissance und der Reformation unübersehbar. Morus und seine unmittelbaren Nachfolger verbanden mit ihren utopischen Konstrukten die Vorstellung, es handele sich um Idealgemeinschaften schlechthin. Le Guin dagegen zeigt in aller Schärfe die innere Problematik ihres anarchistischen Gemeinwesens auf: den Widerspruch zwischen Ideal und Wirklichkeit. Sie verdeutlicht, wie auf Anarres die Freiheit des Individuums zunehmend durch informelle Machtstrukturen unterdrückt zu werden droht. Diese Tendenz verdichtet sich in der Negativfigur des Physikers Sabul, der auf Grund der »angeborenen Feigheit des durchschnittlichen Menschen« (153) immer mehr informelle persönliche Macht akkumuliert. Die öffentliche Meinung versagt als Kontrollinstanz, weil eine weitgehend entinstitutionalisierte Gesellschaft dem Machtphänomen hilflos gegenübersteht. Die Opfer des nun einsetzenden gesamtgesellschaftlichen Konformismus markieren den Umschlag des idealen Konstrukts in sein Gegenteil. So schildert Le Guin das Schicksal eines jungen Stückeschreibers, dessen künstlerische Individualität zerbricht, weil sie mit den erstarrten Konventionen des anarchistischen Gemeinwesens in Konflikt gerät (145). Ein avantgardistischer Komponist versucht, in der Musik neue Wege zu gehen. Doch seine dysfunktionalen Kompositionen werden vom Musik-Syndikat abgelehnt, weil sie den offiziellen Kriterien des »organischen Stils« nicht genügen. Und die innovatorischen Forschungen des Helden des Romans, Shevek, auf dem Gebiet der theoretischen Physik behindert man mit der Begründung, sie verstießen gegen die Prinzipien der Gründungsmutter Odo (219).

Tatsächlich besteht die Stärke des utopischen Romans von Le Guin darin, daß sie die Dialektik des Anarchismus nicht nur am Beispiel von deformierten, egoistischen und machtbesessenen Menschen aufzeigt wie Sabul oder der Mutter des Romanhelden Shevek. Verdeutlicht wird sie auch an den objektiven Strukturen

der anarchistischen Gesellschaft selbst. Zwar ist nach den Prinzipien Odos die Solidarität die entscheidende Ressource von Anarres. Aber sie droht, verraten zu werden, weil die freie Zusammenarbeit Gleicher zum Gehorsam verkommt. »Wir haben Kooperation zur Gemeinschaftspflicht werden lassen. Auf Urras besteht eine Minderheitsregierung. Hier besteht eine Mehrheitsregierung, aber immerhin eine Regierung! Das Sozialbewußtsein ist nicht mehr etwas Lebendiges, sondern eine Maschine, eine von Bürokraten beherrschte Machtmaschine« (155). Diese Bürokratisierungstendenz, die das Prinzip der anarchistischen permanenten Revolution sistiert, wird einerseits durch Gewohnheit (156) und andererseits durch die Komplexität industriell-technologischer Abläufe (ebd.) sowie durch Erfordernisse des Krisenmanagements in Notsituationen (299) gestützt und verstärkt. So gesehen, ist der Leser Zeuge eines dramatischen Vorganges: Er erlebt den Aufbau einer idealen Gegenwelt. Zugleich muß er aber auch den Prozeß der »Entidealisierung« (Seeber) des utopischen Konstrukts in Gestalt seines möglichen Scheiterns nachvollziehen.

Am Ende ist also alles wieder offen: Eine positive Alternative zu den gesellschaftlichen Fehlentwicklungen der Gegenwart, so müssen wir Le Guins Botschaft interpretieren, erscheint möglich. Aber sie kann weder durch Extrapolation gegenwärtiger Trends der Ursprungsgesellschaft antizipiert noch durch social engineering verwirklicht werden. Was sie zu bieten vermag, ist demgegenüber eine Art »kognitiver Verfremdung« (Suvin). Auf deren Folie können nicht nur alternative Konzepte zu den Fehlentwicklungen der Gegenwart bildhaft-konkret nachvollzogen werden. Fast wichtiger noch ist, daß das Konstrukt der positiven Gegenwelt seine immanente Kritik zum zentralen Thema erhebt und sich dadurch selbst relativiert.

ARNDT HOPFMANN

Effiziente Pflanzenproduktion mit Hilfe von Gentechnik?

Wenn von den heute lebenden mehr als sechs Milliarden Menschen über eineinhalb Milliarden als absolut arm gelten (das heißt nur über ein Einkommen von weniger als einem Dollar pro Tag verfügen können) und mindestens 800 Millionen chronisch unterernährt sind, dann wirft dies ein bezeichnendes Licht auf die höchst prekäre Versorgung mit Lebensmitteln weltweit. Noch viel dramatischer stellt sich die Situation allerdings dann dar, wenn die Prognosen der UN-Bevölkerungskommission berücksichtigt werden. Danach steht selbst bei einem überdurchschnittlichen Rückgang der Zuwachsrate in den nächsten Jahrzehnten schon heute fest, daß sich die Weltbevölkerung bis zum Ende des 21. Jahrhunderts nahezu verdoppeln wird. Denn in vielen Ländern Asiens und Afrikas ist fast die Hälfte der Einwohner jünger als 15 Jahre, das heißt diese sind bisher noch gar nicht im reproduktionsfähigen Alter. Selbst wenn diese zukünftigen Elterngenerationen ein ähnliches Fortpflanzungsverhalten an den Tag legen würden wie die heute sexuell aktiven Bevölkerungsgruppen in den Industrieländern, wird die Bevölkerung in diesen Ländern noch über Jahrzehnte weiter wachsen, und zwar selbst dann, wenn die Geburtenrate in dramatisch kurzer Zeit auf das Ersatzniveau fallen würde.

Daß angesichts dieser Prognose schon heute darüber nachgedacht werden muß, wie die künftig über zehn Milliarden Menschen ernährt werden können, liegt auf der Hand. Und die Suche nach Lösungen kann natürlich selbst vor so umstrittenen Produktionsverfahren wie der »grünen« Gentechnologie nicht haltmachen, zumal von der »roten« Gentechnik in absehbarer Zeit erwartet wird, daß eine Reihe von bisher tödlichen Erkrankungen geheilt werden kann, wodurch die Sterberate weltweit wahrscheinlich deutlich gesenkt werden kann. Vor diesen Hintergrund hatte daher die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen Ende Juni zu einem Kolloquium eingeladen, um die Problematik des Einsatzes einer wegen der unkalkulierbaren Risiken zumindest suspekten Technologie in seinen komplexen Bezügen zu erörtern.

Erstaunlicherweise wurde die Thematik nicht – wie zu erwarten und vielleicht auch zu befürchten war – vor allem unter volkswirtschaftlichen oder technischen »Effizienz«-Gesichtspunkten verhandelt. Lediglich *Joachim Tesch*, einer der federführenden Organisatoren und emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre, widmete seinen Beitrag vorrangig der volkswirtschaftlichen Dimension des Themas, wobei er die provokante These formulierte,

Arndt Hopfmann – Jg. 1956; Dr. oec, Mitarbeiter in der Redaktion von »UTOPIE kreativ«.

Die ›Jugendlichkeit‹ der Bevölkerungsstruktur bringt es mit sich, daß in der Dritten Welt von Jahr zu Jahr mehr Menschen in das reproduktive Alter eintreten. Die Zahl von Frauen im reproduktiven Alter wird nach UNO-Angaben in den kommenden Jahrzehnten stetig wachsen – waren es 1950 noch knapp 400 Millionen, so wurde 1990 bereits die Milliardengrenze überschritten. Bis zum Jahr 2000 werden es schätzungsweise über 1,25 Milliarden und 2025 sogar 1,8 Milliarden sein (vgl. UN: *The Sex and Age Distribution of the World Populations. The 1996 Revision*, New York 1997).

»Wenn über ein Mittel der menschlichen Erkenntnis oder ein Produktionsmittel gesprochen wird, sollte es als selbstverständlich gelten, daß die Gesprächsteilnehmer über die wesentlichen Inhalte dieses Mittels informiert sind. Leider sind aus vielen Gründen grundlegende Erkenntnisse der Gentechnik nicht Allgemeingut – weder bei einem Großteil der Bevölkerung noch speziell bei den sogenannten Intellektuellen.«
 Martin Holtzhauer: Risiko Gentechnik!?, in: UTOPIE kreativ, Nr. 105 (Juli 1999), S. 42.

»Ein Baby, das in den Vereinigten Staaten geboren wird, (verursacht) den doppelten Effekt auf die Umwelt wie eines, das in Schweden geboren wird, den dreifachen verglichen mit einem italienischen Baby, den 13fachen verglichen mit einem brasilianischen, den 35fachen verglichen mit einem indischen, den 140fachen verglichen mit einem Baby aus Bangladesch oder Kenia und den 280fachen verglichen mit Babys aus dem Tschad, Ruanda, Haiti oder Nepal.«
 Anne und Paul Ehrlich: Too many rich folks, in: populi, Nr. 16/3/89; zit. nach: Wouter van Dieren (Hrsg.): Mit der Natur rechnen (Club-of-Rome-Bericht), Basel, Boston, Berlin 1995, S. 133.

daß sich nur »reiche« Länder mit agrarer Überschußproduktion den ›Luxus‹ von Überlegungen zum Verzicht auf die Gentechnologie leisten könnten. Im Vordergrund der Diskussion wie auch der Beiträge stand statt ökonomischer Nutzenserwägungen vor allem das Nachdenken über die ›wahre‹ Natur der Gentechnik und die Anforderungen, die von ihrer Nutzung an die Entwicklung des gesellschaftlichen Bewußtseins wie auch an politische Kontroll- und Steuerungsmechanismen gestellt werden. Während *Martin Holtzhauer*, privatwirtschaftlich beschäftigter Chemiker und Molekularbiologe, für mehr Augenmaß bei der Kritik an der Gentechnik warb und vor allem eine bessere populärwissenschaftliche Verbreitung ihrer Forschungsergebnisse forderte, brachte *Kilian Heerkloß*, Philosophiestudent in Jena, zwei grundsätzliche, eher philosophische Überlegungen in die Debatte ein. Einmal sei die Akzeptanz des Einsatzes von bestimmten Technologien immer von der ethisch-moralischen Verfaßtheit – den allgemein anerkannten Werten und Normen – der Gesellschaft abhängig. Und zum zweiten könne die Lösung globaler Probleme nicht allein unter der Bedingung diskutiert werden, daß die heutigen Verhaltensmuster in den Industrienationen unangetastet bleiben müßten. Notwendig wäre vielmehr auch ein Bewußtseinswandel, der zum Beispiel in Rechnung stellt, daß heute ein in den USA lebender Mensch wesentlich mehr konsumiert und die Umwelt um ein Vielfaches stärker belastet als zum Beispiel ein Inder.

Eine weitere Dimension des Problems wurde von *Rolf Löther*, ehemaliger Forschungsgruppenleiter für philosophische Fragen der Biologie an der Akademie der Wissenschaften der DDR, in die Diskussion eingeführt. Von ihm wurde darauf verwiesen, wie fragwürdig die allgemein übliche Entgegenstellung von »natürlicher« und »gentechnisch beeinflusster« Landwirtschaft ist. Genaugenommen sei nämlich alle Landwirtschaft »unnatürlich« in dem Sinne, daß sie seit ihren Ursprüngen vor etwa 15 000 Jahren beständig neue, nicht in der Natur vorkommende Tier- und Pflanzenarten hervorbringt. Faktisch die gesamte Palette der landwirtschaftlich erzeugten Nahrungsgüter sei so durch das Eingreifen des Menschen in das Genom wild lebender Arten, durch bewußte züchterische Auswahl und Förderung bestimmter Merkmale, geschaffen worden. Die Gentechnik markiere hier wohl eine neue Stufe der Intensität derartiger Eingriffe, begründe aber durchaus keine neuartige Handlungslogik.

Gleichwohl gebietet es die wissenschaftliche Vorsicht, zwischen möglicherweise kostspieligen, aber prinzipiell beherrschbaren Risiken und unkalkulierbaren Gefahren bewußt zu unterscheiden. Aber genau das – das erforderliche klare Bekenntnis zum tatsächlichen Forschungsstand und den existierenden Ungewißheiten – sah Professor *Kurt Reiprich*, ebenfalls Mitorganisator des Kolloquiums, weder in der gängigen Informationspolitik der Konzerne noch im Verhalten maßgeblicher politischer Institutionen eingelöst. Daß gerade die Landespolitik, in deren geographischem Zuständigkeitsbereich die praktische Anwendung gentechnischer Agrarproduktion stattfindet, im Zusammenspiel von weltweit aktiven Konzernen und »nationalen Standortinteressen«, kaum über wirkungsvolle

Steuerungsinstrumente verfügt – dies zu erläutern, war schließlich die zweifellos undankbare Mission von *Uwe Volkmar Köck*, MdL in Sachsen-Anhalt.

Die hier und da in der lebhaften Diskussion bereits vorgebrachten Zweifel beschränkten sich jedoch keineswegs nur auf die Möglichkeiten adäquater Steuerung der Anwendung von Risikotechnologien durch eine gegenüber Wirtschaftsinteressen anfällige Politik, sie betrafen auch die produktionsseitige der Wirksamkeit der Gentechnik selbst. Diese Vermutungen erhielten im Vortrag von *Sabine Voigt*, Referentin in der Bundestagsfraktion der PDS, noch zusätzliche Nahrung. Sie konnte anhand von internationalen Studien nachweisen, daß die ursprünglichen Erwartungen in gentechnisch veränderte Pflanzensorten – hinsichtlich erwarteter Einsparungen beim Einsatz von chemischen Pflanzenschutzmitteln und in bezug auf die Steigerung der Erträge – kaum erreicht wurden. Vielmehr setzte sich in den Hauptanwenderländern – USA und Kanada – inzwischen eine rückläufige Tendenz durch, die vor allem auf veränderte Konsumgewohnheiten bei den kaufkraftstarken Mittelschichten zurückzuführen sei. Überhaupt verstärkt der Umstand, daß Gentechnik überwiegend in der Pflanzenproduktion von Ländern mit landwirtschaftlicher Überschußproduktion angewandt wird, den – in der Diskussion geäußerten – Verdacht, daß es sich bei den momentanen Anwendungen weniger um die Lösung des Weltnahrungsmittelpblems als vielmehr um eine ausgeklügelte Marktstrategie transnationaler Konzerne handelt, die eine dauerhafte Abhängigkeit der Bauern von gentechnisch verändertem Saatgut und darauf abgestimmten Pflanzenschutzmitteln zu erzeugen versuchen.

In das Geflecht von technischen, politischen, ökonomischen und philosophischen Problemlagen, das sich um die Nutzung der Gentechnik im Bereich der Pflanzenproduktion rankt, konnte das von rund 40 interessierten und zum Teil sehr fachkundigen Teilnehmern besuchte Kolloquium natürlich nur ganz winzige Lichtungen schlagen. Und so geschah das, was bei der schier unerschöpfbarkeit der Problemstellung (nach Karl Valentin) immer geschieht, nach einem ereignisreichen Tag trat am Ende recht unvermittelt der Schluß ein.

»Gerade Gen- und Biotechnologien zeigen ... eine exklusive Wachstumsrate in der Forschungsförderung ..., die mit den Gesamthaushaltskürzungen im reziproken Verhältnis steht. Schon hier zeigt sich eine politische Schwerpunktsetzung, um den Anschluß an den Weltmarkt nicht zu verpassen. (...) Die »kritische«, unabhängige Wissenschaft (Öko-Institute, NRO) sieht sich dagegen mit weniger Fördermitteln, Spenden und ungebührender Anerkennung ihrer Ergebnisse an den Rand gedrängt.«
Sabine Voigt: Risiko Gentechnik!? Ein Replik auf Martin Holtzhauer, in: UTOPIE kreativ, Nr. 109/110 (November/Dezember 1999), S. 67.

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Im Berichtszeitraum beschäftigten sich die Medien mit zeitweise ausgebliebenem Sommerwetter, den Fußballeuropameisterschaften, der Steuerreform und anderen weltpolitischen Knallern. Doch alles wurde gegen Ende von der Kampfhundeverordnung übertroffen. Und selten waren die Fronten in den Debatten so eindeutig wie in dieser Angelegenheit. Nicht, daß – bis auf etliche löbliche Ausnahmen – nun sachlich das Für und Wider einer derartigen Regelung abgeklopft wurde, sondern wer genau hinsah, hinhörte und genau las, kam schnell dahinter, daß der Graben zwischen den Besitzern von Hunden und solchen, die keinen Hund hatten, verlief. Auch ich, hundelos, bin natürlich Partei und werde das Thema hier nicht vertiefen. Möchte es mir aber nicht verkneifen, darauf hinzuweisen, daß die Hundefreunde und Kampfhundeverordnungsgegner das deutsche Demonstrationsrecht in Berlin voll in Anspruch nahmen und mitunter mehr Leute auf die Beine brachten, als so mancher Anmelder einer Antirassismus und Antifaschismusdemonstration.

Nachdem es Helmut Kohl für angemessen gehalten hatte, seine Befragung vor dem Untersuchungsausschuß und seine Behandlung in der Presse mit der Judenverfolgung der deutschen Nazis zu vergleichen, sollten wir uns nicht wundern, daß auch Hundehalter neulich auf die Idee kamen, ihren Tieren einen Davidstern anzuhäften. Immerhin, so war in einer Berliner Zeitung zu lesen, sind bei dieser Hundedemo am Brandenburger Tor (1 000 Menschen, 500 Hunde) zwei solcher unflätigen Demonstranten des Areals verwiesen worden. Da sage noch einer, in Deutschland gebe es keine Zivilcourage. Die Demonstration stand unter dem Motto »Berlin für alle – gegen die anhaltende Diskriminierung von Hun-

dehalten«. Da dürfte sich so mancher Asylbewerber im Stillen gewünscht haben: »Ich wollt', ich wär' ein Hund ...«

Über Fußball, um auf ein weiteres Hauptthema der Deutschen und ihrer Zeitungen zu kommen, muß vorerst nicht mehr geredet werden. Die Fußballweltmeisterschaft ist noch etwas hin. Aber da es bei den Europawettkämpfen schon schön geklappt hat, daß die Beckenbauerschen Großmäuler einen Dämpfer bekamen, sollten wir diesem nächsten Großereignis wohl gelassen entgegensehen können – es ist doch nicht unwahrscheinlich, daß Deutschland nicht Weltmeister wird. Wenn aber doch? Ja, dann hilft vielleicht nur eine Auszeit – vielleicht in Form mehrwöchiger Abwesenheit von unserem deutschen Vaterlande –, um der nationalen Besoffenheit zu entgehen. Bekannte weisen mich gelegentlich darauf hin, daß es sich dabei nicht um deutsche Spezialität handele. Mag ja sein; aber macht das die Sache etwa besser?

Als der Berliner *Tagesspiegel* Mitte Juli eine ganze Ausgabe zum Thema Gen-Technologie produzierte, war auch ein Interview mit Schandschnauze Harald Schmidt zu finden. Der gab sich angenehm unschlüssig, fand jedoch auf die Interviewer-Bemerkung, daß »derzeit bei aller Skepsis in der Gen-Debatte auch eine Art Aufbruchstimmung zu spüren« sei, die Antwort:

»Unglaublich, ja. Auch dank Franz. Im tiefsten Tal der Depression holt Franz die WM, und schon heißt es: ›Weg mit Euch, Ihr DNS-Loser, die WM kommt.« Das ist der Unterschied zwischen Amerika und Deutschland. Drüben Clinton mit den Gen-Forschern, und Schröder steht zwischen Claudia Schiffer und Günter Netzer und klemmt sich wegen der WM die Daumen ab. Vielleicht habe ich eine Idee, wie man den Kanzler zur Gen-Technologie bringen könnte. Indem man ihm sagt, Gerd, das ist eine tolle Sache. Die Haare werden nicht mehr grau.«

Kommen wir zu unserer Rubrik »Bei der PDS nichts Neues«: Wie nicht anders zu erwarten, hatte die PDS auch im vergangenen Berichtszeitraum – trotz Herbstsommer und Urlaubszeit und angekündigtem Bisky-Gysi-Abtritt – nichts von ihrem Unterhaltungswert eingebüßt. In Hamburg sind die Nächte lang. Und so wußte uns Wolfgang Hübner im *Neuen Deutschland* wieder einmal über die Querelen des dortigen Landesverbandes – oder dessen, was im Westen eben mal schnell »Landesverband der PDS« heißen darf ... – zu berichten. Politischer Kindergarten ist gar nichts dagegen. Inzwischen dämmert es auch einigen Westlern in der PDS, daß vor der Beteiligung an Landtagswahlen – die zwar den daran Beteiligten vorübergehende Parteieinkünfte und Telefonanschlüsse bescheren, ansonsten aber in unschöner Regelmäßigkeit in einer Katastrophe enden, jedenfalls wahlarithmetisch gesehen – die Kärnerarbeit auf kommunaler Ebene kommt. PDS-Vize Dieter Dehm jedenfalls, so stand es in der Zeitung, »mahnt Zurückhaltung an«.

Da wird so mancher PDSler zufrieden sein, der bislang tränenenden Augen zusehen mußte, wie Parteigelder, darunter eben auch seine Beiträge, von Westgenossen frohgemut verballert wurden, obwohl von vornherein der Mißerfolg gebucht war.

Und nun bin ich gespannt, wann die PDS ihrer Westausdehnung endgültig valet sagt. Noch traut sich niemand.

André Hahn:
 Der Runde Tisch. Das Volk und
 die Macht – politische Kultur im
 letzten Jahr der DDR. Mit einem
 Vorwort von Gregor Gysi,
 Verlag am Park Berlin 1998,
 287 S. (14,80 DM)

André Hahn präsentiert in seiner sehr gründlichen Arbeit die wichtigsten Fakten und Hintergründe über die Arbeit des Runden Tisches, teilweise aufgrund eigener Mitwirkung. Er zeigt zunächst, daß für die Ende der achtziger Jahre entstandenen Runden Tische – nicht nur in der DDR! – im wesentlichen fünf auslösende Momente charakteristisch waren: die (erzwungene) Aufgabe des Machtmonopols der kommunistischen Partei; die Bereitschaft zur Einführung eines wirklichen Parteienpluralismus; die Entstehung eines gewissen Machtvakuum (neues Parteienspektrum; aber altes, nicht mehr repräsentatives »Parlament«); die Notwendigkeit der Durchführung freier Wahlen; eine Verfassungskrise infolge der gesellschaftlichen Entwicklung.

Die Konstituierung Runder Tische im Dezember 1989 und danach hatte trotz der geringen Erfahrungen der Bürger im Umgang mit derartigen Formen der Demokratie gute Erfolgchancen. Der Machtapparat der SED war durch den Druck der Bürgerbewegungen und des demoralisierenden Auswanderungsprozesses zu geschwächt, um sich tiefgreifenden Veränderungen im Lande zu widersetzen.

Andererseits verfügten SED und Blockparteien noch über ausreichend Macht, um als Verhandlungspartner respektiert zu werden. Die Mehrzahl der Oppositionsgruppen hatte sich erst im September/Oktober formell konstituiert. Außerdem war unter den zum Teil neuen Funktionären der SED jetzt eine qualifizierte Minderheit bereit, das Gespräch mit der Opposition zu suchen.

Teilt man die damals in der DDR existierenden politischen Subkulturen nach den zwei Kriterien ihres Verhältnisses zum Sozialismus allgemein und zur konkreten politischen Administration ein, so ergibt sich, daß am Zentralen Runden Tisch jene Kräfte dominierend waren, die den real existierenden Sozialismus

ablehnten und gleichzeitig eine soziale, wirtschaftliche und ökologische Alternative auch zum bestehenden Kapitalismus anstrebten. Das war die absolute Mehrheit der Vertreter der Bürgerbewegungen.

Zu Beginn der Sitzungen des Zentralen Runden Tisches waren jene politischen Subkulturen schwach präsent, die grundsätzlich jedes Sozialismusmodell ablehnten und die Position einer Restauration privatwirtschaftlicher Gesellschaftsstrukturen befürworteten. Für die spätere Entwicklung von großer Bedeutung war allerdings, daß eine große Gruppe von Menschen am Zentralen Runden Tisch nicht agierte, und zwar die der weitgehend unpolitischen, aber das System überwiegend ablehnenden Bürger. Diese akzeptierten zunächst den Runden Tisch und stimmten mit seinen Forderungen nach Beseitigung der repressiven Strukturen und öffentlicher Kontrolle der legislativen und exekutiven Tätigkeit überein. Mit der Zeit entwickelte sich aber ein Widerspruch zwischen der erhofften Verbesserung der Lebenslage durch die schnelle Vereinigung der beiden deutschen Staaten seitens dieser nicht vertretenen Gruppierung und der – zumindest mittelfristig – angestrebten Aufrechterhaltung der DDR-Eigenständigkeit durch den Runden Tisch. Die mehrheitsbeschaffende Wirkung dieser Bevölkerungsgruppe löste den Konflikt zuungunsten der Initiatoren des Runden Tisches.

Grundsätzlich ist zwischen vier Typen von Runden Tischen in der DDR zu unterscheiden: Zentraler Runder Tisch; regionale Runde Tische; lokale Runde Tische, und thematische Runde Tische. An den Sitzungen des Zentralen Runden Tisches nahmen insgesamt 193 Vertreter von Parteien und politischen Bewegungen wenigstens einmal mit Sitz und Stimme teil. Generell sehr hoch war der Bildungs- und Qualifizierungsgrad der Mitglieder des Zentralen Runden Tisches. 64 von ihnen, das entspricht mehr als einem Drittel, hatten promoviert, zehn besaßen eine Professur. Hinsichtlich des Wohnortes der Teilnehmer bestätigten sich die mehrfach geäußerten Vermutungen einer Berlin-Dominanz: Von den 177 Mitgliedern des Zentralen Runden Tisches, deren Wohnort zu ermitteln war, kamen immerhin 71,2 Prozent aus der ehemaligen DDR- und jetzigen Bundeshauptstadt.

Zur kirchlichen Einflußnahme auf den Zentralen Runden Tisch stellt der Autor fest, daß in der von ihm speziell untersuchten Gruppe (n = 153) ein Anteil von 6,5 Prozent, das heißt von zehn kirchlichen Teilnehmern auszumachen war, also weitaus weniger, als allgemein – auch von dem Verfasser der bekanntesten Monographie, Thaysen – angenommen wurde. Allerdings betrug die Zahl derer, die vor dem Herbst 1989 in kirchlichen Gruppen oder Arbeitskreisen tätig waren beziehungsweise eine theologische Ausbildung erhalten hatten, 48 Personen = 31,4 Prozent. Nicht die Gemeinsamkeit der Weltanschauung, sondern die Einigkeit im Konflikt mit der Staatsmacht ließ Menschen unter dem Schutz der Kirche, die quasi eine Herbergfunktion übernahm, zusammenkommen. Diese Fakten und auch die angeführten Zahlen bestärken den Verfasser in seiner Ansicht, daß die Rolle der Kirchen im Prozeß des Umbruchs, vor allem ihre inhaltliche Einflußnahme auf das Geschehen, im allgemeinen überschätzt wird.

Im Gegensatz zu Thaysen, der von nicht weniger als neun Phasen der Arbeit des Zentralen Runden Tisches ausgeht, vertritt der Autor eine überschaubare Phaseneinteilung:

1. der innere Ausbau (7. bis 22. Dezember 1989); 2. die Zusammenarbeit mit der Regierung Modrow (27. Dezember 1989 bis 28. Januar 1990); 3. programmatische Arbeit und Wahlkampf (29. Januar bis 12. März 1990).

Der Runde Tisch verstand sich zu keinem Zeitpunkt als bloßes Veto-Organ, sondern vielmehr als Kontroll-, Konsultativ- und Initiativgremium, das gemeinsam mit der Regierung einen Beitrag zur Überwindung der Krise im Lande leisten wollte. Daß der Runde Tisch allerdings ein Machtorgan war, da er sowohl Öffentlichkeit als auch eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung und durch die Beteiligung der Oppositionsgruppen eine gewisse »moralische Legitimation« besaß, steht für den Autor außer Zweifel.

Das wichtigste Ergebnis der Hahnschen Arbeit besteht darin, daß sie ausführlich die weitgehend in Vergessenheit geratenen inhaltlichen Ergebnisse der Tätigkeit des Zentralen Runden Tisches referiert und bewertet. Es wird die Mär ausgeräumt, es habe der Runde Tisch sich im wesentlichen nur mit der Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit

und der Niederrichtung der SED-Alleinherrschaft befaßt. Der Runde Tisch vertrat bis in die Endphase seiner Arbeit hinein objektiv vorhandene Interessen der Mehrheit der DDR-Bürger, so beispielsweise in der Frage des Eigentums an Grund und Boden, im gesamten Bereich der sozialen Sicherung und der Sicherung der Arbeitsplätze oder des § 218 StGB. Das eigentliche demokratische Vermächtnis des Runden Tisches aber ist der Entwurf für eine Verfassung der DDR. Der Grundaufbau dieses Entwurfes lehnt sich deutlich an das Grundgesetz an, allerdings sind neue Schwerpunktsetzungen augenfällig:

Machen die Grundrechte im Grundgesetz lediglich 18 Artikel (das sind etwas mehr als 12 Prozent) des Gesamtumfangs aus, finden sich im Verfassungsentwurf des Runden Tisches 40 Artikel zu diesem Gegenstand (bei insgesamt 136 Artikeln). Neben der Tatsache, daß zahlreiche (Grundrechts-)Regelungen des Runden-Tisch-Entwurfes detaillierter und konkreter als im Grundgesetz gefaßt sind, finden sich hier auch weitergehende Positionen gegenüber bisherigen bundesrepublikanischen (vor allem sogenannte soziale Grundrechte).

Der Autor geht auch auf die Behauptung ein, daß der Runde Tisch keine demokratische Legitimation besessen habe. Tatsächlich gibt es eine Reihe von Faktoren, die mit dem üblichen Verständnis von demokratischer Legitimation nur bedingt zusammenpassen. Die Runden Tische sind nicht aus Wahlen hervorgegangen. Über ihre Zusammensetzung entschieden nach dem ersten Zusammentreffen die dort versammelten Gruppenvertreter. Der Runde Tisch bezog seine Legitimation aus dem Widerstand maßgeblicher Oppositionsgruppen gegen die alte Regierung.

Aber der Vorsatz, außerparlamentarische Opposition zu bleiben, konnte nicht durchgehalten werden. Unter dem Druck der politischen und wirtschaftlichen Krise beteiligten sich Repräsentanten des Zentralen Runden Tisches aus den Reihen der Oppositionsparteien und -bewegungen ab Ende Januar 1990 an der sogenannten Regierung der nationalen Verantwortung unter Ministerpräsident Modrow.

Der Zentrale Runde Tisch übte verschiedene Funktionen bei der Gestaltung neuer, demokratischer Verhältnisse aus. Er trug dazu bei, den alten Repressionsapparat aufzulösen,

die Öffentlichkeit politischer Prozesse herzustellen, er war Kommunikationszentrum, Kontrollinstanz, beförderte die Gesetzgebung, sicherte die Vorbereitung der Wahlen, er sandte Vertreter in die Regierung, übernahm Planungsaufgaben und stellte das Dach dar, unter dem sich ein wesentlicher Teil der Parteienformierung vollzog.

Von langfristiger Bedeutung wird der Beweis sein, den der Runde Tisch geliefert hat: daß aktive Menschen und autonome politische Gruppen der »Bürgerbewegungen« der DDR in der Lage waren, Grundlagen einer politischen und wirtschaftlichen Neuordnung in der DDR zu schaffen: Er beförderte nicht nur die Neugestaltung, sondern beeinflusste auch das Ausscheiden von alten Politikern.

Bis 1993 erlangten von den 193 Teilnehmern des Zentralen Runden Tisches 45 ein Abgeordnetenmandat auf DDR-, Landes- oder Bundesebene, zusätzlich zwei im kommunalen Bereich. 15 ehemalige Mitglieder wurden in den Deutschen Bundestag gewählt, 18 kamen in Parlamente auf Landesebene. Nicht weniger als 54 Mitglieder wurden in der Folgezeit in die obersten Vorstände oder Sprecherräte der jeweiligen Parteien oder Gruppierungen gewählt.

Vom Runden Tisch wird in Deutschland auch die Erinnerung und vielleicht die Tradition bleiben, daß bei zugespitzter politischer oder sozialer Konfrontation der friedliche Weg möglich ist, daß der Kompromiß mehr wiegt als das Beharren auf der eigenen Position, Dialog wichtiger ist als Abgrenzung, daß Toleranz und Akzeptanz Selbständigkeit nicht untergraben und Ergebnisorientiertheit auch im Streit möglich ist.

Nicht zuletzt bleibt von den Runden Tischen ihr geistiges Arbeitsergebnis, das sich einen hohen Grad an Aktualität über den Zeitpunkt der Selbstauflösung hinaus bewahrt hat: Der Verfassungsentwurf enthält ebenso wie die Sozialcharta – um nur zwei Resultate zu nennen – substantielle Vorlagen zur konstruktiven politischen Auseinandersetzung im vereinten Deutschland.

Der Runde Tisch dokumentiert nach Hahn die Chancen direkter Demokratie in einer Gesellschaft mündiger Bürger gerade deshalb so einprägsam, weil er auch ihre Grenzen erkannte und sich von Beginn an in den Dienst

einer Parlamentarischen Demokratie stellte: »Fachkompetente Runde Tische mit Interessengruppen, Parteien, Verbänden, aber auch interessierten Einzelpersonen, deren Einberufung z.B. von der Vorlage einer bestimmten Anzahl von Unterschriften von Bürgern der entsprechenden Ebene abhängig gemacht werden kann, sind eine Möglichkeit, die Schwächen des Parlamentarismus partiell auszugleichen und könnten, wenn ihnen im Gegensatz zu den unverbindlichen Empfehlungen, die sich aus parlamentarischen Anhörungen ergeben, bestimmte Einspruchs-, Antrags- und gegebenenfalls (z.B. mit 2/3- oder 3/4-Mehrheit) auch Veto-Rechte zugebilligt werden, durchaus eine Bereicherung der Demokratie darstellen.«

Angesichts einer derart umfassenden, alle wichtigen Aussagen mit Quellen belegenden, die Details der praktisch-politischen Vorschläge darstellenden Arbeit muß man die Studie Hahns als ein Standardwerk über den (Zentralen) Runden Tisch bezeichnen.

FRITZ VILMAR

Fritz Reheis:
Die Kreativität der Langsamkeit.
Neuer Wohlstand durch
Entschleunigung,
Primus Verlag Darmstadt 1998,
281 S. (32 DM)

Kulturkritik mit optimistischem Ausblick besitzt Seltenheitswert. Reheis schließt seine Aufforderung zur Investition in Langsamkeit mit solcher Zuversicht: Die Chancen, neuen Wohlstand durch Entschleunigung zu gewinnen, sind gut; denn niemand kann mehr auf einer Insel der Seligen überwintern, vielmehr geht es auf der Suche nach einer vernünftigen Gesellschaftsordnung um das Überleben der Gattung und insofern um eine Solidarität, die soziale Schichten und Länder übergreift. Nach dem Kollaps des östlichen Systems kann ferner alle Kraft in die Veränderung des übriggebliebenen Systems gesteckt werden, sofern sich der Westen nicht ein neues Feindbild, den Islam etwa, einreden läßt. Schließlich sind die Mittel für eine solche Umprogrammierung vorhanden, im Prinzip jedenfalls.

Weil nach der Lektüre der 1. Auflage nach praktischen Umsetzungen gefragt wurde, hat der Autor in der 2. Auflage seines erfolgreichen Werkes zwei Hinweise eingefügt. »Zeithygiene« bedeutet Sensibilität für das, »was uns guttut« (S. 213). Quantität nicht mit Qualität verwechseln! »Zeitpolitik« dient als »Bindeglied zwischen der herrschenden kapitalistischen und einer zukünftigen nichtkapitalistischen Form des Wirtschaftens« (S. 225). Es müssen »Eigenzeiten« wiederentdeckt und respektiert werden für den Wechsel zwischen Aktion und Reflexion.

Zuvor hat Reheis den Zustand der Gesellschaft ausführlich diagnostiziert und drei Symptome als Alarmsignale für das Gemeinwesen festgestellt: durch Streß kranke Menschen, zerfallende Gesellschaftsformen mit wachsender Brutalität schon im Kindergarten und die versiegenden Ressourcen der Natur.

Wie sollte nun verlangsamt oder entschleunigt werden? Die Zeit als Teil des Produktionsprozesses gehört zum Zeitmuster einer toten Welt, in der Sachzwänge das wirkliche Leben auslöschen. Sich Zeit zu nehmen, auch als Geschenk zu genießen, stellt die Voraussetzung dafür dar, Veränderungen nicht bloß zu begreifen, sondern auch einfach auszulassen. Insofern lautet eine Antwort von Reheis auf die 11. Feuerbach-These von Marx: »Wir verändern heute viel zuviel, so daß wir mit der Interpretation nicht mehr hinterherkommen« (H. Schnädelbach, hier S. 113).

JENS LANGER

Christian Girschner:
Politische Ökonomie und Weltmarkt.
Allgemeine Weltmarktdynamik
in der Marxschen Kritik der
politischen Ökonomie,
Hochschulschriften 25,
PapyRossa Verlag Köln 1999,
437 S. (48,00 DM)

Spätestens seit jenem inzwischen berühmten Traktat von John Maynard Keynes, das bekanntlich »Vom Gelde« handelt, ist aus der ernst zu nehmenden ökonomischen Theorie die Fiktion gewichen, daß es beim Geld um ein harmloses Ding geht, das lediglich die

Zirkulation der Waren erleichtert und von dem daher problemlos abstrahiert werden könne. Das unbestreitbare Verdienst von Christian Girschner besteht darin, in seinem vorliegenden Buch anhand einer akribischen Analyse vor allem der »Grundrisse« zu rekonstruieren, wie Marx vom zufälligen Austausch über die einfache Zirkulation entwickelt, daß der Übergang zur entfalten kapitalistischen Warenzirkulation nicht ohne die vorgängige Verwandlung von Geld in Kapital – in Zahlungsmittel (Kreditgeld) und Schatz (allgemeiner Repräsentant des Reichtums) – vollzogen werden konnte. Girschner zeigt (allerdings ohne die einschlägigen Arbeiten der sogenannten Berliner monetärkeynesianischen Schule um Hajo Riese zu würdigen), daß kapitalistische Marktwirtschaften nur als Geldwirtschaften existieren können.

Dabei legt der Autor einen solchen Eifer bei der Dokumentation von Belegstellen aus den Marxschen Schriften an den Tag, daß die relevanten Textpassagen von Karl Marx insgesamt – nur durch wiederholende Erklärungen unterbrochen – wohl vollständig zum Abdruck kommen. Die Lieblingsstelle des Autors wird sogar dreimal wörtlich zitiert (S. 51, 69 und 106). Durch die beständige Repetition des bereits erklärten gerät die gesamte Abhandlung allerdings langweilig, wirkt umständlich und ist voller Redundanz.

Auch überzeugen die Weiterungen des Konzepts zu einer Theorie des kapitalistischen Weltmarkts kaum, weil die Komplexität des kapitalistischen Weltmarktzusammenhangs nicht auf die Entfaltung des Tauscherts reduziert werden kann. Unter diesem Aspekt bleibt insbesondere die Kritik des Außenhandelstheorems von David Ricardo weit hinter dem zurück, was an anderer Stelle bereits geleistet wurde (vgl. dazu vor allem Hans-Peter Krüger: Werte und Weltmarkt, Berlin (DDR) 1984 – Girschner führt den Titel zwar im Literaturverzeichnis auf, tatsächlich zur Kenntnis genommen hat er ihn offensichtlich aber nicht).

ARNDT HOPFMANN

GERHARD ZWERENZ: The Trotsky Taboo

Gerhard Zwerenz, a student of Ernst Bloch, who was expelled from the German Democratic Republic to the West in 1957 celebrates his 75th birthday this year. He is one of the few consistent anti-Stalinist veterans of the German left. With gentle irony, Zwerenz examines the German left's relationship to Leo Trotsky. And spares no one in the process, not even the small group of German Trotskyites, that is except Jakob Moneta. While Trotsky had always been present in French left thought, the situation in Germany was almost as bad as in Russia. Here, as well as there, Trotsky continued to be regarded as a non-person. Zwerenz discusses six different images of Trotsky: the writer, the reporter, the critic and analyst, the socialist and Menshevik, the Leninist Bolshevik and revolutionary strategist, the revolutionary opponent of Stalin, the exultant and the victim. The author concludes with the question: would a Trotskyite Soviet Union have also degenerated into brutality, the same way the Stalinist one did. His hope is that the reader's answer will be ›No‹.

RUTH MAY: Stalinstadt 1955.

A report of the German ›Quick‹ magazine

50 years ago, in summer of 1950, the corner stone was laid for a new town near Fürstenberg an der Oder in the German Democratic Republic (GDR). The town was envisaged to become the home of the workers of an Eisenhüttenwerk (an iron smelting plant) which also had been in construction since 1950. This was referred to as the ›first socialist town in Germany‹ by GDR propaganda. From 1953 to 1961 the town's name was Stalinstadt, since then it carried the name Eisenhüttenstadt. In 1955 Hilmar Pabel was the first West-German journalist allowed to visit the town. His photo-reportage is the theme of the urban planner and ›Stalinstadt‹ specialist Ruth May's article. Having been a frontline reporter during war, Pabel had a very specific perspective of his subject leaving Cold War stereotypes aside. He only depicted the finished parts of the town which, at the time of his visit, was still under construction a camp consisting mainly of huts. Pabel's intention was to tell his people back home about the ›Neue Mensch‹ concept (the new socialist human being to be created, as propagated at the time) which he perceived as the continuation of the Nazi era concept of the national community and therefore, the real threat to the West.

Ruth May, who lives in Dortmund, subtly deciphers the currently prevailing Western view of the East.

ULRICH BUSCH: Friedrich Nietzsche and the GDR

»The world in which we spiritually exist is one that is, in most regards, formed by Marx and Nietzsche« (Max Weber) – with this quotation Ulrich Busch starts his impressive review of how the philosophy of Friedrich Nietzsche and his writings had been handled during the period of ›state socialism‹ in East Germany (the former German Democratic Republic). Paradoxically the works of Karl Marx – who comes from Trier, a town very close to the French border – officially

had a far greater reputation than those of Nietzsche – who was born and lived most time of his life Prussian province ›Saxonia‹, a core region of East Germany. No places or roads bare even his name. But the two great thinkers, Marx (in the West) and Nietzsche (in the East), deserved the same ›political functions‹ as ideological images of ›the evil‹. The rejection of Nietzsche in the GDR was originally based on the misuse of his works under the fascist Hitler-regime. Later his writings became taboo making a critical discussion of his philosophy impossible (and ›forbidden‹ by the political rulers). But during the 1970s occurred a remarkable change. In that time the works Nietzsche (together with Luther, and other former ›non-persons‹) were officially integrated into a revised ›concept of historical legacies of the first socialist German state‹.

SIMONE BARCK: »Main Principle: Antifascist Resistance« The Perception of Resistance in the GDR until 1970

Communist resistance to Nazism prevailed nearly exclusively as the sole reference to resistance until 1970 in the GDR. Simone Barck draws a very faceted picture of research efforts of communist resistance. The disbanding, February 1953, of the VVN (Association of Victims of Nazi Persecution) persistently restricted possibilities to portray this resistance. With eagle eyes, the leadership of the SED made sure that the lion's share of recognition was granted to the ›leading role of the Communist Party of Germany« and its Moscow-based centre headed by Walter Ulbricht, even though, in fact, the leadership of the Communist Party – more often than not – had played an unimportant role. The key question was who, on the basis of what historic merits, should be entitled to a share of power. The eight-volume ›History of the German Labour Movement«, with the last volume published in 1966, finally established the legend of the leading role of the Communist Party's leadership as official truth of the party. It remained an eternal truth until the end of SED rule.

JULIANE WETZEL: The Perception of Resistance in the Federal Republic of Germany until 1989

Until the 1960s West German public awareness of the manifold forms of resistance against Nazism mainly concentrated on the ›Men and Women of the 20 July 1944« (Graf Stauffenberg's attempt to assassinate Hitler). In the beginning they were regarded traitors. Only after 1952, when the then President of the FRG Heuss gave a positive assessment of their activities, the 20 July 1944 group together with ›Kreisauer Kreis« (Kreisau Circle) and ›Weiße Rose« (White Rose) began to play a legitimising role for the Federal Republic of Germany. As the GDR leadership relied on the role of communist resistance, no mentioning of it was made in the Federal Republic. In the 1960s public awareness gradually grew to the entire framework of political resistance, and with the 1970s, the resistance of ›the man in the street« also became part of public awareness. A hierarchy in the assessment of resistance – with 20 July 1944 at the top – even today continues to persist.

Redaktion:
George Pumphrey,
Jörg Schultz,
Arndt Hopfmann